5 Euro
6 SFr.

KOSMOPROLET

HEFT 5 2018

Impressum

KOSMOPROLET wird herausgegeben von
Eiszeit (Zürich), den Freundinnen und Freunden der
klassenlosen Gesellschaft (Berlin), La Banda Vaga (Freiburg)
und Surplus Club (Frankfurt am Main).
c/o Müßiggang, Oranienstraße 14a (Heinrichplatz), 10999 Berlin
Bestellmöglichkeiten über www.kosmoprolet.org
Rabatt für Wiederverkäufer
Email: kosmoprolet@gmx.de
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: A. Müller, Oranienstraße 12, 10999 Berlin

Wir danken den Photographen und der NASA für die Abdruckgenehmigung.

KOSMOPROLET 5

Inhalt

EDITORIAL

Ich sitze am Straßenhang.
Der Fahrer wechselt das Rad.
Ich bin nicht gern, wo ich herkomme.
Ich bin nicht gern, wo ich hinfahre.
Warum sehe ich den Radwechsel
mit Ungeduld?

Bertolt Brecht

In der letzten Ausgabe von *Kosmoprolet* aus dem Jahr 2015 sahen wir uns bereits zum Abschied von einem vorsichtigen Optimismus genötigt. Die oppositionellen Bewegungen, die infolge der globalen Krise auf die Bühne der Weltgeschichte getreten waren und manche Sozialrevolutionärin auf bessere Zeiten hoffen ließen, hatten bereits an Schwung verloren und dem Alltäglichen in Form von Demokratie, Militärdiktatur und Mörderbanden Platz gemacht. Mittlerweile befinden sich, egal wohin man blickt, unverkennbar reaktionäre Kräfte im Aufstieg, die das Nationale ins Zentrum stellen und dabei auch in proletarischen Kreisen auf Zuspruch stoßen. Die Gleichzeitigkeit der Rechtsentwicklung – zu beobachten an AfD, Brexit, Trump, dem Front National, der Türkei, Österreich, Ungarn und vielen osteuropäischen Ländern bis hin zu Duterte auf den Philippinen – ist gespenstisch. Und auch links des Trauerspiels zeigen sich Elemente der nationalen Rückbesinnung. Der historische Kurs scheint klar, das Desaster ist ziemlich umfassend.

Studien zu den Wahlerfolgen der rechten Parteien sprechen, bei aller kategorialen Unschärfe, eine deutliche Sprache: Auch nicht wenige Proletarisierte suchen ihr Heil in der nationalen Restauration. Die Motive dafür sind schnell zur Hand. Um die Welt steht es bekanntlich nicht zum Besten und die Abendnachrichten tragen dies in die hellbeleuchteten Wohnzimmer: islamistische Anschläge, Flüchtlingsbewegungen, Jobverluste durch Automatisierung. Die Rechte hat eine einfache Antwort auf diese Trinität des Schreckens: Grenzen zu für die Überflüssigen! Wie praktisch, dass mit der Aussperrung des Konkurrenten um den bedrohten Arbeitsplatz zugleich der islamistische Terrorist von den Volksfesten ferngehalten werden kann und ebenso der fremde Schmarotzer – auf Kon-

sistenz nimmt das Ressentiment bekanntlich keine Rücksicht. Man sollte die Sorge vor den fremden Arbeitskräften insofern ernst nehmen, als hier ein soziales, wenngleich mancherorts vorerst potentielles Problem nationalistisch beantwortet wird, während die Klassenfrage weitgehend außen vor bleibt. Das Gefasel vom »Ernstnehmen der Sorgen der Bürger« wirft dann aber alles durcheinander: In der Angst vor dem Terroristen, dem Fremden, dem Krankheitsträger verschafft sich eine autoritäre Subjektivität Ausdruck, die systematisch hergestellt wurde. Die soziale Verheerung wird mit einer nationalistischen Antwort überdeckt und überdies mit dem weitgehend freidrehenden paranoiden Überhang des besorgten Staatsbürgers verschränkt.

Migrationsströme, latente globale Krise und Abbau des Sozialstaats erzählen eine recht düstere Geschichte über die Zukunft und die Gegenwart der Lohnabhängigen – in einer Gesellschaft, in der die Klasse als organisierter Akteur und Orientierungspunkt weitgehend verschwunden ist. Diese wurde in eine Pluralität der Interessen in einer nationalen Gemeinschaft aufgelöst. Die Atomisierung als Bürger und Konsument ist nebst der Zerschlagung der radikaleren Teile der alten Arbeiterbewegung vor allem ein Resultat der staatlichen Anerkennung und Organisierung systemimmanenter proletarischer Interessen, der entsprechenden Politik und Integration ihrer politischen Organe und schließlich der Beteiligung der Arbeiterinnen an den Produktivkraftzuwächsen unter der Vertragsklausel des sozialen Friedens gewesen. Aber wir haben es mittlerweile längst mit einer Gesellschaft zu tun, die jene Perspektive, mit der die Arbeiterbewegung dereinst integriert wurde, nicht mehr zu garantieren vermag. Mit den ökonomischen Einbrüchen in den 1970ern und den Angriffen ab den 1980ern wurde der Kompromiss der Nachkriegszeit aufgekündigt und der Horizont proletarischer Lebensperspektiven verdüsterte sich: schwächelnde Reallohnentwicklung, schwindende Arbeitsplatzsicherheit, ausgewaideter Sozialstaat. Die Kombination von proletarischer Integration, sozialer Verheerung und düsterer Zukunftsperspektive zeitigt gerade ihre Konsequenzen vom amerikanischen Mittleren Westen über Nordengland bis nach Ostdeutschland. Die Faust im Sack und der böse Blick sind derzeit neben dem Kreuzchen

für Abschottung ein recht verbreitetes Phänomen. Und es ist schwer vorauszusagen, gegen wen die im doppelten Sinne Beherrschten sich wenden werden. Man sollte sich davor hüten, sie feinsäuberlich ins nationalistische Kollektiv einzugemeinden, aber auch die Hoffnung, dass sie sich zu einem Projekt der Befreiung zusammenfinden, ist blauäugig. Zu sehr ist der Topos der Rebellion von der Reaktion besetzt. Dieser bildet dann auch die Brücke von der proletarischen Kalkulation für das eigene Interesse, die heute häufig in die nationale Reaktion mündet, zum weitgehend freidrehenden ideologischen Überhang, der für gar nichts mehr zu erreichen ist, was auch nur im Entferntesten mit Emanzipation zu tun hat.

Bei allen nationalen Unterschieden bezieht sich die Propaganda der Rechten fast immer auf die vermeintliche Entmachtung des Nationalstaates durch Weltmarkt, EU und Freihandelsverträge sowie die Usurpation des Staates durch eine willfährige und heimatvergessene Kaste von Politikerinnen. Dagegen gerieren sich die Trumps, Straches und AfDs als Opposition – auch wenn man mancherorts längst an der Regierung beteiligt ist –, die endlich dem verratenen Volkswillen wieder zu seinem Recht verhelfen will. Durch die Rückgewinnung der nationalen Souveränität und der strikten Kontrolle der Grenzen – aber auch durch die Rückkehr zur kleinfamiliären Zelle – soll die gegenwärtige Entwicklung ausgesperrt und alles wenigstens beim verklärten Alten belassen werden. Wie das mit Ideologie so ist, hat das einen realitätsbezogenen Kern: Beispielsweise müssen in Brüssel beschlossene wirtschaftliche Regularien nationalstaatlich durchgesetzt werden und die nationalen Politiker entscheiden im Sinne der Nationalökonomie, also nach Anforderungen des Kapitals, und nicht etwa für den «kleinen Mann». Bloß verschwinden im nationalistischen Furor sachlich vermittelte Herrschaft, verselbständigte ökonomische Prozesse sowie nationale Interessensdifferenzen hinter schuldigen Personen und Gruppen. Gegen diese – Merkel, Clinton, Bürokratinnen, fremde Richter, blutleere Akademiker – inszeniert die Rechte einen vorerst demokratisch kanalisierten Aufstand. Das ist die konformistische Version der Rebellion: Wer heute gegen «die da oben» und die «classe politique» wettert, erhofft sich in den allerwenigsten Fällen eine klassenlose Gesellschaft. Das Aufbegehren zielt nicht auf Befreiung,

sondern im Gegenteil soll eine fähigere und strengere Führung die idealisierte vergangene Lebensrealität konservieren. Über diese kann der Einzelne zumindest ideell vermeintlich an der Macht teilhaben und die finsteren Kräfte bekämpfen. Hierüber wird die Gefolgschaft der Rechten innerhalb der herrschenden Ordnung mobilisiert. Die Mobilisierung speist sich aus der ständigen Bedrohungsangst, die sich aber mancherorts in vollendete Paranoia steigert. Die Mobilisierten erregen sich gegen den Internationalismus der Managerelite, der einzige, der noch medial repräsentiert wird: Neoliberale Wirtschaftspolitik mit Diversität in den Konzernvorständen und der Ehe für alle. Das macht es den rechten Demagogen einfach, die Anerkennung von Minderheiten mit dem Verrat am Volk in eins zu setzen. Und die drückende Situation am unteren Ende der Gesellschaft tut ihr übriges und macht hier nationale Abschottung zur attraktiven Option.

Je umfassender die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Imperativen auf das Subjekt wirkt, desto zäher ist nicht nur die Konformität, sondern auch die ständige Angst, nicht mehr den Ansprüchen der rauen Welt zu genügen. Der kapitalistisch vergesellschaftete und autoritär subjektivierte Mensch muss in sich unterdrücken, was nicht den Anforderungen dieser Gesellschaft entspricht. Der um sein Glück Betrogene findet das Unterdrückte projektiv in den anderen: im faulen Ausländer, der unproduktiven Sozialhilfeempfängerin, der gefühlsduseligen oder der emanzipierten Frau. Das vermeintliche Mehr an Glück der anderen ist ihm Anlass genug, sie zu verfolgen – und sei dies vorerst noch vornehmlich in den geregelten Bahnen des demokratischen Wahlprozederes. Die Programme der rechten Parteien bieten für jeden Anlass und jedes Ressentiment das richtige Objekt, und zwar sowohl gegen unten als auch gegen oben: Die Wut auf die Politiker ist nicht das Gegenteil, sondern das notwendige Komplement zum Hass auf alles vermeintlich unwerte und unproduktive Leben. Man muss sich diese Zurichtung vor dem historischen Kurs des Kapitalismus vergegenwärtigen. Heute gibt es keine Erzählung mehr außerhalb des kapitalistischen Albtraums und seiner nationalen Konservierung. Nach dem Kriseneinbruch in den frühen 1970ern und der politischen Reaktion spitzt sich die Situation zu: Während der Druck weiter wächst, verschwinden die reellen Erfolgschancen

zusehends. Damit nehmen nicht nur Versagensangst und die Anteile des zu Unterdrückenden zu, sondern auch der paranoide Antrieb, sich schadlos halten zu wollen.

Angesichts der offensichtlichen Anziehungskraft, die Nationalischauvinismus, Rassismus und der ganze autoritäre Quatsch in der gegenwärtigen Situation auf die Proletarisierten ausüben, ist die Suche nach einer effektiven linken Gegenstrategie in vollem Gange. Die Facetten sind mannigfaltig, die inhaltlichen Neuerungen halten sich gleichwohl in Grenzen: Die einen versuchen sich an neuen Begründungen dafür, dass gerade jetzt die Notwendigkeit bestehe, breite Bündnisse gegen rechts zu schließen. Folgerichtig organisieren sich linksradikale Gruppen angesichts des Erfolgs etwa der AfD unter anderem im Rahmen der Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« in bunter Volksfront-ähnlicher Runde mit der Linkspartei, den Jusos, der deutschen Familienministerin und den Bundesvorsitzenden der Grünen. Im Namen der »Aufklärung über deren [AfD] menschenfeindliche Ziele« setzen sie auf »breite und zugleich entschlossene Bündnisse, um den »Kampf gegen die Gefahr einer aufkommenden neuen faschistischen Rechten [nicht] durch falsche politische Abgrenzungen [zu] schwächen«. So laufen Radikale Gefahr, Teil des Bollwerks der Aufgeklärten gegen die Parteien des dummen Pöbels zu werden. Wenn ihnen nicht mehr einfällt, als Nationalisten den Stinkefinger zu zeigen, fragt man sich, was sie überhaupt noch von Sigmar Gabriel unterscheidet. Manch einer stellt sich gar hinter die Willkommenskulturfloskeln Angela Merkels und muss dabei von dem Normalvollzug von Abschiebung und Abschottung absehen.

Noch fataler scheint eine andere Linie: der Versuch durch strategische Imitation an die Erfolge von rechts anzuknüpfen und einem linken Populismus das Wort zu reden. Die einen hoffen, die Verwerfungen der »Abstiegsgesellschaft« könnten durch einen »linken Populismus, der die Ängste der Bürger ernst nimmt«, in einen »Kampf für ein solidarisches Gemeinwesen« umgelenkt werden (Oliver Nachtwey). Andere sehen Europa leiden unter der »kulturellen Geringschätzung (...) lokaler Traditionen durch eine sich kosmopolitisch gebende Ober- und Mittelschicht, und konstatieren: wer »sich dem widersetzen

will, dem steht oft keine andere Sprache zur Verfügung als die der Nation und ihrer guten alten Zeiten« (Wolfgang Streeck). In dieselbe Kerbe hauen die bekannten rassistischen Parolen von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine, die versuchen, die politische Emotionalisierung und Affektbesetzung der Rechten zu kopieren und dabei das Schimpfen auf die politischen Eliten und das Establishment in der Hoffnung übernehmen, dass dieses mithilfe der Macht der Emotionen umgelenkt werden könnte. Leitbild ist eine linke Form der Hegemonialpolitik, die als Reaktion auf den grassierenden Rechtspopulismus einen Gegenpol stark zu machen und auf diese Weise zugleich die Proletarier für ein solidarisches Europa zu begeistern versucht. Mit ähnlicher Absicht erklärt Ernesto Laclau, neben Chantal Mouffe der akademische Vordenker eines »linken Populismus«, wie »das Volk« als Bezugsgröße wieder positiv zu besetzen sei: »Es ist naiv zu glauben, die rassistischen und fremdenfeindichen Diskurse der Rechten seien durch und durch reaktionär – auch in ihnen gibt es Anrufungen von realen Bedürfnissen und Ansprüchen der Subalternen, die eben mit reaktionären Elementen verknüpft sind.« Natürlich ist der rassistische und fremdenfeindliche Diskurs durch und durch reaktionär. Bloß bezieht er sich auf potentielle und reelle soziale Verheerungen und bestimmte Interessenlagen, die der Kapitalismus geschaffen hat. Zu fragen wäre, welche Bedürfnisse und Ansprüche hier konkret angesprochen werden. Man wird zweifellos feststellen, dass neben einigen Bedürfnissen vieles an reaktionären Sorgen und Subjektivitäten für die Manipulation von links nicht oder höchstens auf Kosten von Universalität und Emanzipation zugänglich sein kann. Die Anbiederung ans nationale Bewusstsein hat dieses nicht nur nie verändert, sondern es verstärkt und auf den Anbiedernden zurückgewirkt. Wenn beispielsweise in einer Broschüre radikaler Linker der Schweizer Nationalheld Wilhelm Tell linksnational zu Ehren kommen soll, wäre dem ein klassischer proletarischer Inter- und Antinationalismus entgegenzuhalten: Zum einen schielt dieser nicht auf die national integrierten Prolls – weder um sich anzubiedern, noch um ihre Ressentiments zu manipulieren –, sondern nimmt die Klasse in ihrer globalen Zusammensetzung ernst. Das heißt auch, dass man den gewerkschaftlichen Nationalismus genauso aufs Korn nimmt, wie man linke Kampagnen zur nationalen Wirtschaftspolitik kritisiert. Die Suche der Proletarier

nach Zusammenhalt in der Nation gründet in ihrer kompletten Entsolidarisierung als Klasse. Ohne die Arbeiterklasse mit Unsinn wie einem revolutionären Wesen aufladen zu wollen, muss man festhalten, dass sie sich zwar *mit* dem Kapital und seinem Standort, aber auch *dagegen* reproduzieren muss: Zwar sind die Lohnabhängigen auf das Geld ihres Unternehmens und des Sozialstaates angewiesen, aber in der Lohnhöhe, der Arbeitsdauer und der Arbeitsintensität – wie auch in den ökonomisch forcierten Angriffen auf den Sozialstaat – sind sie immer wieder in Konflikt mit diesen geworfen. Diesen Konflikt führt das Kapital international. EU, Freihandelsverträge und Personenfreizügigkeit sind Mechanismen, um Lohnabhängige rund um den Globus miteinander in Konkurrenz zu setzen. Die nationale Abschottung ist deswegen verheißungsvoll, weil sie zumindest kurzfristig die relativen Privilegien von Teilen der internationalen Arbeiterklasse scheinbar zu schützen vermag. Doch langfristig haben die Proletarisierten in besagtem Konflikt nur eine Chance, wenn sie so international agieren wie das Kapital. Auch wenn derzeit wenig dafür zu sprechen scheint, ist der Klassenkampf insofern notwendigerweise internationalistisch. Klassenbewusstsein hieße dann auch ein Wissen darum, dass Proletarier auf unterschiedlichen Flecken der Erdkugel an unterschiedlichen Enden der gleichen Produktionskette schuften und somit aufeinander angewiesen sind. Nur ein solches Bewusstsein könnte der Vertiefung der nationalen Spaltung und damit dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der Nationalen etwas entgegensetzen. Dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital jegliches den Status quo sprengendes Potential abzusprechen, heißt fälschlich davon auszugehen, dass die Bedürfnisse der Proletarierinnen ganz in der Kapitallogik aufgehen. Die Bedürfnisse sind längst nicht bruchlos in Dienst genommen und ihre emanzipatorischen Anteile vollständig abgetötet worden. Davon legen nicht nur soziale Eruptionen Zeugnis ab, sondern auch die alltäglichen Momente von Renitenz und nicht zuletzt jene Versprengten, die die Arbeit von Maulwürfen verrichten.

Im alltäglichen Kampf wird die radikale Linke oftmals aufgerieben zwischen dem Widerstand gegen die schlimmsten Folgen der Entwicklung und einem abstrakten Maximalismus, der sich an den realen Unwägbarkeiten die Finger nicht mehr schmutzig

machen will. Gegen die ökonomischen Verwerfungen, die die Rechtsentwicklung befeuern, kann man immanent nicht viel ausrichten, wenngleich natürlich konkrete Verschlechterungen und das Elend im Einzelfall bekämpft werden können. Aber auch mit abstrakter Aufklärung ist wenig zu erreichen, auch wenn die eine oder andere Mitdemonstrantin oder Lesegruppenteilnehmerin gewonnen werden kann. Solange sich keine *praktische* Alternative und Ermächtigung abzeichnet, ist für viele Proletarisierte die Perspektive innerhalb des Bestehenden – und das heißt, sich zur Bewahrung des eigenen Auskommens den nationalökonomischen Zwängen zu unterwerfen – schlicht die einzig realistisch scheinende Option, zumal sich die Anpassung tief in die Subjektivität vieler eingeschrieben hat. So hermetisch, wie das Ganze oftmals erscheint, ist es aber nicht: Das nationale und rechte Bewusstsein erweist sich unter Bedingungen der Ausweglosigkeit als sehr zäh, ist aber abseits der ganz Bornierten Stückwerk, konfus und brüchig.

Der Aufstieg der Rechten geht so auch nicht völlig widerstandslos vonstatten. In Polen demonstrieren Zehntausende gegen ein verschärftes Abtreibungsgesetz. In Deutschland setzten sich Millionen für die Belange von Flüchtlingen ein. Ähnliches gab es auch in den USA, wo der Wahl von Trump massenhafte antirassistische Kämpfe gegen Polizeigewalt vorausgingen und seine sexistischen Bemerkungen ein neues feministisches Aufbegehren hervorriefen. Bislang können solche Kämpfe bestenfalls die Unverschämtheiten der Rechten berechtigterweise skandalisieren. Sie bleiben voneinander getrennt, können wenig an den Bedingungen, die den Rechten Erfolg bescheren, rütteln und bestärken das Ressentiment der letzteren, von Feministinnen, undankbaren Ausländern und Gutmenschen umgeben zu sein, die das nationale Wohl der Political Correctness opfern. Nur die Entstehung einer *Klasse für sich* könnte der Vielzahl der Kämpfe eine Klammer bieten, die Ausweglosigkeit und autoritäre Anpassung zumindest aufbrechen. Dazu gibt es momentan wohl nicht viel mehr zu sagen, als dass man die wenigen Kämpfe entlang der Frontlinie der Klassen unterstützen und bekannt machen muss. Dies hätte vorderhand zwei Funktionen: Zum einen würde damit die Klasse gestärkt, die, wenn sie nicht in der Konkurrenz der nationalen Standorte alles verlieren will, der nationalen Verfas-

sung der Welt entgegentreten muss. Und zugleich wäre die Auswirkung auf die autoritäre Charakterstruktur, die sich auch aus der Ohnmachtserfahrung speist, nicht abzusehen, wenn der Kampf eine – wenngleich temporäre – Ermächtigung der Kämpfenden zur Folge hätte. Der alten Idee, dass Klassenbewusstsein in den Kämpfen entsteht, kommt vor diesem Hintergrund Bedeutung zu. Vor der gesellschaftlichen Entwicklung von Nationalisierung, Abstiegspanik und Gefühl der Ausweglosigkeit haben Kämpfe eine wichtige Funktion: Einerseits wirken sie vereinigend in der international zusammengesetzten Klasse. Andererseits sind sie Motor der Erkenntnis, dass man sich gemeinsam ermächtigen und im besten Fall eine Perspektive entwickeln kann, die über das Bestehende hinausweist. Das sind erst einmal marginale Erscheinungen und mehr lässt sich an Zuversichtlichem in der sich gerade autoritärer formierenden Welt wohl auch nicht sagen. Wir glauben nicht, dass es demnächst besser wird, aber es *kann* besser werden. ■

Kosmoprolet, Januar 2018

UMRISSE DER WELTCOMMUNE

1. Nachdem die Möglichkeit einer anderen Welt lange Jahre fast nur noch in Botschaften aus dem lakandonischen Urwald oder von Leuten behauptet wurde, die darunter kaum mehr verstehen als die Einführung einer Finanzmarktsteuer, hat sich das Bild angesichts der schweren Weltmarktgewitter seit 2008 verändert. Entwürfe einer postkapitalistischen Gesellschaft entstehen seither zuhauf und schaffen es mit etwas Glück sogar auf die Bestsellerlisten. Auch Radikale denken wieder vermehrt darüber nach, wie es anders sein könnte. Allerdings gilt für alle derzeit diskutierten Alternativen, dass sie eher am Schreibtisch ausgebrütet als auf der Straße erfunden wurden. Von den Kämpfen der vergangenen Jahre – sei es der arabische Frühling, die Occupy-Bewegung oder das Aufbegehren gegen das neue Massenelend in Südeuropa – sind sie vor allem negativ geprägt. Weniger deshalb, weil diese Kämpfe auf ganzer Linie gescheitert sind. Weitgehend außerhalb der Produktion angesiedelt und auf die Realisierung »echter Demokratie« gepolt, haben sie die Frage nach einer anderen Gesellschaft nicht wirklich aufgeworfen.

Während etwa die Massenstreikdebatte in der II. Internationale und die Rätetheorie zwar kein bloßes Abbild realer Kämpfe, aber doch auf solche bezogen waren – »Der *Sowjet* war keine Entdeckung der Theorie« (Guy Debord) –, scheint heute alles Nachdenken über eine neue Gesellschaft sich in Utopismus zu erschöpfen, also genau in dem, was die mit Marx beginnende kritische Theorie immer abgelehnt hat, bis hin zum vielzitierten Bilderverbot der Frankfurter Spätmarxisten. Utopien galten ihr als Kopfgeburten und Anmaßung, sollte es doch Sache der sich befreienden Menschen sein, die neuen Formen ihres Zusammenlebens zu bestimmen. Gegen ausgepinselte Entwürfe, die dem Bestehenden abstrakt entgegengehalten wurden, machte sie zu Recht eine aus bestimmten Widersprüchen hervorgehende Entwicklung geltend: Nur die Proletarier selbst könnten sich im Zuge langwieriger Klassenkämpfe zum Aufbau einer neuen Gesellschaft befähigen. Kommunismus sollte kein Ideal, sondern die wirkliche Bewegung sein.

Der »wissenschaftliche Sozialismus« – der dem utopischen im Übrigen durchaus »geniale Gedankenkeime und Gedanken, die unter der phantastischen Hülle hervorbrechen«, zugestand

(Engels) – nahm allerdings selbst ideologische Züge an, wo ihm der Sieg durch historische Gesetze verbürgt schien. Und dieser spätestens 1914 blamierte Geschichtsoptimismus liegt bis heute Theorien zugrunde, die unbeeindruckt von allen Katastrophen der Vergangenheit und Gegenwart entweder auf eine automatische Entfaltung der Kämpfe hoffen, durch die sich alles Weitere schon von selbst finden würde, oder die Produktivkraftentfaltung selbst zum Motor einer Geschichte erklären, die am Ende schon irgendwie gut ausgehen wird. Während die Anhänger des revolutionären Spontaneismus auf das Wachstum der Weltarbeiterklasse vertrauen, feiert das Phantasma einer von sich aus zur Befreiung treibenden Technikentwicklung heute seine Wiederauferstehung in digitalem Gewand.

Stellt man sich die Revolution dagegen nicht als das blaue Wunder vor, als etwas, das die Proletarier im Eifer des Gefechts beinahe aus Versehen machen, spontan und ohne jedes vorab gefasste Ziel, und delegiert man die menschliche Emanzipation erst recht nicht an die Maschinen, dann scheint eine Verständigung über die Grundzüge der klassenlosen Gesellschaft allemal sinnvoll. Dagegen bestehen diverse Einwände: Es gilt als verfrüht (»die Kämpfe sind noch nicht an dem Punkt«), als überflüssig (»die Leute werden es dann schon regeln«), anmaßend (»man darf das nicht vorgeben«) oder schlicht unmöglich (»man kann das gar nicht antizipieren«). Aber noch nie hat eine kontinuierliche Bewegung entschlossen gegen das Bestehende aufbegehrt, ohne wenigstens eine vage Ahnung davon zu haben, was an seine Stelle treten könnte. Die rein negative Kritik des Bestehenden, die manche Linksradikale beschwören, kann es gar nicht geben. Aus der Kritik des Privateigentums an den Produktionsmitteln etwa folgt zwingend das Ziel der »gemeinschaftlichen Produktion mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln« (*Das Kapital*). Gerade weil man sich darunter alles Mögliche vorstellen kann – auch Zustände, die mit Freiheit und Glück wenig zu tun haben – sollten Sozialrevolutionäre angeben, was sie wollen. Nicht, um mit Erlösungsformeln hausieren zu gehen, sondern als Beitrag zum notwendigen Streit darum, wie man die alte Welt hinter sich lassen kann. Dabei wäre die Commune nicht als das Ende aller Menschheitsprobleme zu entwerfen, sondern im Gegenteil der

Tatsache Rechnung zu tragen, dass all das, was heute durch blinde Vermittlung, Herrschaft und Gewalt »gelöst« wird, der Menschheit überhaupt erst nach der vollzogenen Umwälzung der Produktionsverhältnisse als zu lösendes Problem erscheinen würde. In diesem Sinne verwahrte sich Walter Benjamin zurecht gegen den Vorwurf, den Kommunismus als »Menschheitslösung« zu verabsolutieren, und beschrieb ihn nüchtern als die Möglichkeit, durch »praktikable Erkenntnisse (...) die unfruchtbare Prätension auf Menschheitslösungen abzustellen und den Versuch zumindest zu unternehmen, den Lebenstag der Menschheit ebenso locker aufzubauen, wie ein gutausgeschlafener, vernünftiger Mensch seinen Tag antritt.«

2. Viele aktuelle Entwürfe einer nachkapitalistischen Gesellschaft frieren die soziale Phantasie auf dem Niveau des Jahres 1875 ein, als zwar schon ein paar Eisenbahnen durch die Welt tuckerten und die Arbeiterbewegung in Europa eine gewisse Stärke erreicht hatte, die Produktivkräfte aus heutiger Sicht aber noch zwergenhaft waren und im Gros der Welt die moderne Klasse der Lohnabhängigen praktisch nicht existierte; selbst Europa war weitgehend von Bauern bevölkert, Analphabetismus verbreitet. Dass Marx damals in seiner *Kritik des Gothaer Programms* den Kommunismus in zwei Phasen unterteilte, in deren erster die geleisteten Arbeitsstunden den Anteil des Einzelnen am gesellschaftlichen Reichtum bestimmen sollten, während das Prinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« ebenso wie das Ende des Staates der zweiten, von viel weiter entwickelten Produktivkräften gekennzeichneten, vorbehalten blieb, mag man angesichts dessen für nachvollziehbar halten oder auch nicht; dass eine »erste Phase« auch heute noch notwendig und erstrebenswert sein soll, wäre angesichts der gewaltigen Veränderungen seit 1875 jedoch zu überprüfen. Am Prinzip der Verteilung nach Arbeitsstunden halten nicht nur die Waisen des Sowjetmarxismus hartnäckig fest, sondern auch viele antiautoritäre Linke. Und selbst in betont modernen Szenarien, in denen Räte schick als *Hubs* firmieren, wird jeder Kommunardin selbstverständlich ein »Arbeitszeitkonto« verpasst.

Als bloße Fortsetzung der Lohnarbeit mit anderen Mitteln lässt sich das Modell nicht abtun: Das Privateigentum an Produk-

tionsmitteln soll gesellschaftlicher Planung weichen, die Arbeitskraft keine Ware mehr sein, deren Verkauf zufällig und unter Bedingungen der Konkurrenz stattfindet. Auch soll strikte Gleichheit herrschen: Jede Arbeitsstunde zählt gleich viel, die der Hirnchirurgin nicht mehr als die des Maurers. Mit den »Muttermalen der alten Gesellschaft« ist die erste Phase des Kommunismus allerdings insofern behaftet, als die Verteilung dem Prinzip des Äquivalententauschs folgt: Jeder Arbeiter »erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet.« (Marx) Der Äquivalententausch, im Kapitalismus letztlich eine Farce, wird sozialistisch wahrgemacht. Zwar bekommt nicht jeder genau das, was er beigetragen hat – ein Teil des Gesamtprodukts muss in neue Produktionsmittel, allgemeine gesellschaftliche Aufgaben und die Versorgung von Alten, Kindern und Kranken fließen –, aber die Ausbeutung hat ein Ende. Auf diesem Stand verharren heute auch die ausgetüfteltsten Modelle für einen »Sozialismus aus dem Rechner«.

Prinzipiell ließe sich einwenden, dass dort, wo Äquivalententausch herrscht, von Kommunismus keine Rede sein kann. Peter Kropotkin wies die Vorstellung, dass »alles, was der Produktion dient, Gemeineigentum werde, dass aber trotzdem individuell mit Arbeitsgutscheinen entlohnt werde«, schon 1896 als »Kompromiss zwischen Kommunismus und individueller Lohnzahlung« zurück. Marx hat das Unvollkommene dieses Zustands nicht bestritten, den er aber für zunächst »unvermeidbar« hielt, und immerhin für eine unbestimmte Zukunft eine dem engen Horizont des Tauschs entflohene Gesellschaft anvisiert. Ist das Festhalten an einem solchen Zweiphasenmodell heute, wo die »Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums« nach einer Revolution ungleich voller fließen würden, wo immer weniger Kleinbauern und immer mehr Arbeitslose mit Universitätsdiplom das Bild bestimmen, nicht anachronistisch? Das wäre die grundsätzliche Frage.

Immerhin scheinen die Szenarien eines Zwischenstadiums einen gewissen Realismus auf ihrer Seite zu haben. Anstatt eine vollendete gesellschaftliche Harmonie ab dem ersten Tag der

Umwälzung zu unterstellen, gehen sie von den Menschen aus, wie sie heute eben sind, also im Zweifelsfall egoistisch: Sie nehmen zu viel und geben zu wenig. Der scheinbare Realismus des Modells fällt jedoch in sich zusammen, sobald man es zu Ende denkt. Natürlich bedarf die planvolle Produktion in der Commune grober Vorstellungen darüber, wieviel Arbeitsaufwand etwas erfordert: Um zum Beispiel einen Wohnblock zu errichten, braucht es eine bestimmte Zahl von Leuten, die eine bestimmte Zahl von Monaten daran arbeitet. Die Koppelung von individueller Konsumtion an geleistete Arbeitsstunden unterstellt aber darüber hinaus die Möglichkeit, exakt zu beziffern, wieviel Arbeitszeit in jedem einzelnen Produkt steckt. Auch bei penibelster Buchführung, die ihrerseits einen aberwitzigen Aufwand erfordern würde, ließe sich bereits bei einem vergleichsweise schlichten Produkt wie der Schrippe nur sehr schwer die darin vergegenständlichte Arbeitszeit ausrechnen, denn dazu müsste man nicht nur wissen, wie viele Stunden Arbeit der Backofen gekostet hat – der seinerseits eine lange Kette an Vorprodukten erfordert –, sondern auch, wie viele Jahre er in Gebrauch sein wird und wie viele Schrippen ihn in diesem Zeitraum verlassen werden. Je mehr zudem allgemeine Voraussetzungen wie etwa Transportmittel in ein Produkt einfließen, umso schwieriger wird das Unterfangen. Spätestens mit Einbezug der zunehmenden Verwissenschaftlichung der Produktion scheint es schlicht aussichtslos zu werden: Mit wie vielen Sekunden schlägt die Programmierung von Software zu Buche, die gleich an mehreren Stellen der Produktionskette zum Einsatz gekommen ist, welchen Stellenwert muss man dem in die Gesamtheit der Produktionsprozesse eingegangenen gesellschaftlichen Wissen zubilligen? Was bei der kleinbürgerlichen Idee der Tauschringe noch aufgehen mag – A mäht B eine Stunde lang den Rasen, B wäscht A eine Stunde lang den Polo –, stellt sich auf dem Niveau einer arbeitsteilig-hochtechnisierten gesellschaftlichen Produktion als Ding der Unmöglichkeit heraus; jeder entsprechende Versuch müsste ein engmaschiges Netz der Zeiterfassung und -kalkulation über die Gesellschaft legen und würde dennoch scheitern. Ein solcher Kommunismus wäre nie mehr als eine schlechte Imitation des kapitalistischen Marktes, auf dem sich das Gesetz der Arbeitszeit blind und regellos durchsetzt.

Das Modell setzt außerdem eine scharfe Trennung zwischen Arbeit und Nichtarbeit voraus, die nicht nur wenig attraktiv erscheint, sondern wiederum eine administrative Regelung dessen erfordern würde, was sich heute blind durchsetzt: Als Arbeit gilt, was entlohnt wird, und entlohnt wird, was Profit verspricht oder vom Staat als notwendig betrachtet wird. In ihrer »ersten Phase« müsste die Commune zwecks korrekter Zeiterfassung alles gesellschaftliche Tun also feinsäuberlich zwei Bereichen zuordnen, was allerhand Willkür mit sich bringen würde. Bierbrauen und Biertrinken lassen sich noch recht einfach als Arbeit und Vergnügen voneinander unterscheiden, schon bei geistigen Tätigkeiten würde es schwierig und spätestens im traditionell Frauen zugewiesenen Reproduktionsbereich, der ja nicht von ungefähr endlose Debatten über den Arbeitsbegriff ausgelöst hat, käme man in Teufels Küche. Bekäme jeder, der eine Stunde auf ein Kind aufpasst, dies auf seinem »Arbeitszeitkonto« gutgeschrieben, oder nur derjenige, der regelmäßig eine größere Schar von Blagen beaufsichtigt? Und wie erstrebenswert ist es überhaupt, das Leben in solche Kategorien zu zergliedern? Der von der bürgerlichen Gesellschaft geerbte Sozialcharakter, der dabei unterstellt wird, müsste zudem zu allerhand Schummeleien bei der Arbeitszeitrechnung neigen, was die Notwendigkeit sozialer Kontrolle zur Folge hätte, auch wenn die Verfechter solcher Szenarien dies ungern betonen; ein Apparat, der die Leistung aller Einzelnen überwacht, wäre unverzichtbar. Auch wenn »Arbeitszeitkonten« nicht dasselbe sind wie das Lohnsystem, stünde im Hintergrund weiter der Zwang. Und dieser Zwang steht dem erklärten Ziel einer Bewusstseinsveränderung entgegen, von der zwar nicht unbedingt im Moment der Revolution auszugehen wäre, an der sich jedoch von vornherein alle sozialrevolutionäre Tätigkeit auszurichten hätte.

Während die vermeintlich realistischen Entwürfe einer »ersten Phase« des Sozialismus sich in dem Widerspruch bewegen, einerseits zur freien Assoziation drängende Menschen vorauszusetzen, die andererseits vom alten Krämergeist beseelt sind und alle anderen zu übervorteilen suchen, hätte die soziale Revolution, wenn sie die Chance auf ein freies Gemeinwesen nicht erneut verspielen will, von Beginn an von ihren eigenen neuen Prinzipien ausgehen: von der Freiwilligkeit der Arbeit

und deren weitestmöglicher Umwandlung in *travail attractif*, von der allgemeinen Kostenlosigkeit und der Rücknahme des Staates in die Gesellschaft. Die Idee einer »ersten Phase« des Kommunismus zählt von daher nicht zu Marx' bleibenden Gedanken, sondern war buchstäblich aus der Not geboren. Den Gedanken einer noch auf bürgerlichen Prinzipien fußenden Übergangsgesellschaft abzulehnen, heißt jedoch nicht, von einer Commune zu träumen, die über Nacht wie aus dem Ei gepellt dasteht. Selbstverständlich wäre die Umwälzung ein langwieriger Prozess, gekennzeichnet durch viele Widrigkeiten und Rückschläge. Anstatt ein durch die Autorität von Marx verbürgtes Modell aus dem vorletzten Jahrhundert weiterzuspinnen, sollten Sozialrevolutionäre aber besser die heutigen Ausgangsbedingungen einer Umwälzung vermessen, nicht zuletzt die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte.

3. Traditionell geht die Kritik der bestehenden Verhältnisse in kommunistischer Absicht davon aus, dass die zu Maschinerie verdinglichten technischen Produktivkräfte, die der Kapitalismus auf den Plan hat treten lassen, durch eine Umwälzung der Produktionsverhältnisse lediglich aus der Klammer des Privateigentums gelöst werden müssten, um so endlich in den Dienst einer selbstbewussten Menschheit treten zu können. Allerdings hatten Marx und Engels bereits in den 1840er Jahren bemerkt, dass innerhalb der kapitalgetriebenen Produktivkraftentwicklung eine Stufe eintritt, »auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionskräfte mehr sind, sondern Destruktionskräfte« (*Die deutsche Ideologie*). So wie Herbert Marcuse notierte, dass bestimmte »Zwecke und Interessen der Herrschaft (...) nicht erst ›nachträglich‹ und von außen der Technik oktroyiert« werden, sondern »schon in die Konstruktion des technischen Apparats selbst« eingehen, kritisierte auch der Operaist Raniereo Panzieri die existierende Technologie im Rückgriff auf Marx als Mittel zur Unterwerfung der lebendigen Arbeit unter das Kommando des Kapitals. Der Zweck der Mehrwertproduktion ist der Maschinerie nicht äußerlich, sondern durchformt sie und den gesamten Arbeitsprozess.

An diese Gedanken gilt es anzuschließen: Auf der einen Seite begründet erst die »automatische Fabrik (...) *potentiell* die Herrschaft der assoziierten Produzenten über den Arbeitsprozess«, stellt also die Bedingung der Möglichkeit für eine befreite Gesellschaft ohne Mangel dar. Auf der anderen Seite erscheint die Maschinerie im modernen Fabriksystem selbst als »Subjekt, und die Arbeiter sind nur als bewußte Organe seinen bewußtlosen Organen beigeordnet und mit denselben der zentralen Bewegungskraft untergeordnet« (Panzieri). Die kapitalistische Anwendung der Maschinerie erscheint so nicht als bloße Verzerrung oder Abweichung von einer »objektiven«, in sich rationalen Entwicklung, sondern sie bestimmt Gang und Richtung des technischen Fortschritts. Das gilt für Zeiten, in denen die Schornsteine noch qualmen und die Maschinerie Muskelkraft ersetzt, genauso wie für das Zeitalter der Bits und Mikrochips, in dem nun Programmcode die geistigen Potenzen der Arbeiter ersetzen soll. Unter den bestehenden Bedingungen fungieren digitale Technologie und analoge Maschinerie gleichermaßen als Mittel im Klassenkampf von oben: Ihr Zweck ist nicht die Verbesserung der Lebensumstände, sondern die möglichst effiziente Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Konkret bestimmen sie den Arbeitstakt und die Betriebsorganisation, sie sorgen für die Herstellung von Konformität der Beschäftigten, dienen der Zerstörung des zwischenmenschlichen Kontakts. Indem sie das tayloristische Programm eines extrem zerlegten Arbeitsablaufs in allen Bereichen der Produktion durchsetzt, trägt Technisierung in erheblichem Maß zur Entwertung der Ware Arbeitskraft und folglich zur Schwächung der Arbeitermacht bei. Neben dieser Schwächung auf dem Arbeitsmarkt beschert sie den betroffenen Lohnabhängigen heute eine Vollendung der »Despotie der Fabrik«, wie Marx sie beschrieb, da sie noch stärker zum reinen Anhängsel der – nunmehr »intelligenten« und vernetzten – Maschinerie degradiert werden. Angetrieben durch prozessoptimierende Software erleben sie vor allem Leere, Stress, Überarbeitung und werden auch noch des kleinsten Freiraums und mitunter jeglichen Produktionswissens beraubt.

Wo computeraffine Linke »Keimformen« einer neuen Produktionsweise entdecken, die sich bereits heute in der Industrie 4.0 beobachten lassen, vollzieht sich also vor allem ein Triumph

des Kapitals über die Arbeit. Die Idee, dass neue, digitale »Handlungsmöglichkeiten die Verfügung der Arbeitenden über die Bedingungen ihrer Tätigkeiten« erweitern (Stefan Meretz), muss in den Ohren jeder Amazon-Arbeiterin folglich wie ein böser Scherz klingen. Diesen Umstand, wie auch die Tatsache, dass beim gegenwärtigen Stand der Destruktivkraftentwicklung im Grunde eine Handvoll entschlossener Kapitalisten genügen würde, um den Status quo zu erhalten, auch wenn die Welt dabei zugrunde ginge, registrieren insbesondere jene Strömungen der aktuellen Kritik, die die gesamte Entwicklung als einen *technologischen Angriff* der Eliten auf soziale Bewegungen und angeblich aufsässige Unterschichten deuten. Mag eine Schwäche derartiger Theoriebildung auch darin bestehen, dass sie nicht systematisch den kapitalistischen Gang der Dinge für die aktuellen Formen der technischen Entwicklung verantwortlich macht, sondern eine abzählbare Gruppe von Mächtigen, deren souveräne Handlungsfähigkeit überschätzt wird, auch wenn es sie und ihre Strategien zweifellos gibt, so deutet sie eine *Funktion* (digitaler) Technologie heute doch treffend. Die Konsequenz ist allerdings ein vorwiegend defensives, auf Sabotage und Zerstörung zielendes Programm, in dem die Potenziale neuer Technologien für eine kommunistische Gesellschaft kaum berücksichtigt werden.

Dass eine revolutionäre Umwälzung der bestehenden Verhältnisse hier und da auch organisierte Maschinenstürmerei bedeuten würde, ergibt sich notwendig aus der Tatsache, dass nicht alle aktuell verfügbare Technik einem vernünftigen Zweck zugeführt werden kann, allerdings sind es eben erst und nur die im Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte, die eine bewusst gestaltete Produktionsweise überhaupt denkbar machen. Zweifellos beinhaltet der Reichtum der gegenwärtigen Gesellschaft vieles, für das eine befreite keine Verwendung mehr hätte, und bestimmte Formen der Arbeitsorganisation, Energiegewinnung und Nahrungsmittelproduktion müssten ebenso abgeschafft werden, wie Technologien, die einzig der Überwachung, Kontrolle und Gängelung menschlicher Arbeitskraft und Bewegungsfreiheit dienen. Zu unterscheiden wäre allerdings zwischen technischen Elementen der gegenwärtigen Maschinerie und der Zusammensetzung, in der sie dem Zweck der Mehrwertproduktion gemäß erscheinen. Die

Maschinerie, wie sie heute dasteht, ist mehr als die Summe ihrer Einzelteile. Zahnräder, Rollen und Bänder machen noch kein Fließband aus. Denn auch wenn der wissenschaftliche Fortschritt und die technischen Erfindungen der Moderne durchweg den Zwecken der Profitmaximierung untergeordnet sind, stehen für die Befreiung andere Formen von Wissen, Technik und Maschinerie zunächst nicht oder jedenfalls nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung. Es erscheint von daher ideologisch, zu behaupten, mit dem Maschinenpark und der Wissenschaft, wie sie der Kapitalismus hinterlässt, wäre nach der Revolution nichts, aber auch gar nichts mehr anzufangen.

Die Crux besteht also darin, dass die Folgen der Produktivkraftentwicklung für die Lohnarbeitenden heute und ihr möglicher Nutzen für die Commune auseinandertreten. Das gilt auch und gerade für die aktuellen Entwicklungen, die bei allem Misstrauen gegenüber dem aufgeblasenen Manager-Sprech von »Disruption« und »Industrie 4.0« tatsächlich als tiefgreifender Umbruch zu werten sind. Sowenig sich nämlich Rad und Riemen naturwüchsig zum industriellen Fließband formen, sowenig dient der im Mikrochip integrierte Schaltkreis *per se* der Überwachung Lohnabhängiger. Ein Headset, eine Kamera und ein Programmcode in Java sind als Einzeltechniken noch keine Überwachungssoftware in der Logistik, und nicht umsonst haben sich sozialistische Hoffnungen an die aufkommende Digitalisierung geknüpft. In der – oft fetischisierten – Figur des Hackers beispielsweise verkörpern sich qualitativ neue Möglichkeiten der Sabotage, wilden Einflussnahme und Zweckentfremdung von Herrschaftstechnologien. Bestimmte Waren (Betriebssysteme, Software, Musik, Texte und so weiter) lassen sich unter digitalen Bedingungen ohne größeren Aufwand und verlustfrei vervielfältigen, wodurch sie tendenziell die Warenform sprengen. Dadurch sind neue, nicht proprietäre Formen der Distribution und Zusammenarbeit denkbar geworden. Und auch das Internet nährte seiner vorwiegend militärischen Herkunft zum Trotz schon früh Ideen von einem Cybersozialismus, der Bedürfnisse weltweit und in Echtzeit zu erheben in der Lage wäre und die Produktion entsprechend gestalten könnte.

Unter dem Label *internet of things*, das nicht mehr bedeutet, als dass unterschiedliche Geräte (*things*) mit dem Internet verbunden sind und nach vorgegebenen Kriterien reagieren können, weitet sich dieses Potenzial zunehmend auf die Sphäre der handgreiflichen Produkte aus. Dabei geht es nicht allein um »intelligente« Kühlschränke oder kybernetische Wohneinheiten, die – in den Debatten oft überbetonte – Konsumentenseite also, sondern den durch vernetzte Maschinen eingeleiteten Umbruch in Produktion, Wartung und Transport. Hier werden immense Einsparpotenziale durch automatisch überwachte und bedarfsgerechte Wartungszyklen freigesetzt. Das Prinzip der Just-in-Time-Produktion kann wesentlich effizienter umgesetzt werden, als das Lagerarbeiter leisten könnten – ganz einfach deshalb, weil die Lager unter Umgehung der menschlichen Vermittlung direkt mit den Zulieferbetrieben kommunizieren können. Lagerroboter nehmen das Bestellte in Empfang, sortieren es ein und registrieren den Eingang auch direkt. Einmal in Betrieb genommen, ersetzen solche vollautomatischen Rückkopplungsschleifen eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern, denn sie müssen ja nur noch gewartet werden. Was sich unter den bestehenden Bedingungen, wo potenzielle Muße und freie Zeit sich als Arbeitslosigkeit manifestieren, tatsächlich als technologischer Angriff auf die Arbeitermacht darstellt, ist also auch der Vorschein einer Welt, die körperliche Arbeit in nie gesehenem Ausmaß überflüssig macht. Digitalisierung von Arbeits- und Distributionsprozessen ist deshalb ein im Grunde zu begrüßender Schritt in Richtung einer tatsächlichen Aufhebung der Arbeit und einer funktionierenden Planwirtschaft. Auch wenn sie einzig der intensiveren Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft dient, wäre es Technikfetischismus, wenn man den technischen Fortschritt selbst für die Unbill der momentanen Situation verantwortlich machen würde: Man sieht »in der Technik« jene Kräfte am Werk, die sozialen Ursprungs sind.

Wie jede neu verwirklichte Produktivkraft weist auch die »digitale Revolution« in bestimmten Momenten über das Bestehende hinaus und gerät in Konflikt mit den gegebenen Produktions- und Eigentumsverhältnissen. Das Kapital hat darauf mit »Innovationen« reagiert, die das Potenzial einer nach wie vor stetig steigenden Rechnerleistung im Grunde beschnei-

den. Was die Entwicklung von Software betrifft, ist ein nicht unbeträchtlicher Teil der Forschung seit Jahren schon damit beschäftigt, die Warenform doch wieder in der Sphäre des Digitalen durchzusetzen. Und handelsübliche Computer sind längst nicht mehr »Universalmaschinen«, sondern werden durch Interfaces und Programme in ihren Möglichkeiten begrenzt, um endlich nur noch als Endbahnhöfe eines digitalisierten Kapitalismus zu fungieren. Begründet wird dies mit der »Benutzerfreundlichkeit« des Computers; wer heute einen Computer außerhalb der Forschung, Entwicklung und Produktion benutzt, *soll* nicht mehr verstehen, was in dem Gerät vor sich geht, sondern abhängig von digitalen Dienstleistungen sein. Die Entwicklung des Computers – und das ist charakteristisch für die Produktivkraftentwicklung innerhalb des Kapitalismus – zeichnet sich so insgesamt dadurch aus, dass sie gesamtgesellschaftlich keine den Produktivkräften angemessenen Fertigkeiten im Umgang mit ihnen ausgebildet, sondern eine umfassende Benutzbarkeit bei weitgehendem digitalen Analphabetismus ermöglicht hat. Technologischer Fortschritt ist hier zu sozialem Rückschritt geworden, was sich nicht zuletzt daran zeigt, dass der kulturpessimistische Verdacht, immer schlauere Telefone brächten immer dümmere Menschen mit sich, wohl nicht ganz von der Hand zu weisen ist.

Eine aufhebende Bewegung hätte darauf weder durch eine – nunmehr sozialistisch verfasste – Massenproduktion von Computern und smarten Objekten, wie sie heute sind, zu reagieren, noch mit einer blindwütigen Zerstörung der Technologien, sondern müsste auf die Verwirklichung ihrer Potenziale hinarbeiten. Das bedeutet einerseits, das notwendige Wissen im Umgang mit der verfügbaren Technologie gesellschaftlich zu verteilen und andererseits jene Elemente der Maschinerie zu identifizieren und unschädlich zu machen, die einzig dem Zweck der Mehrwertproduktion dienen. Es geht also nicht allein darum, den Eigentumstitel aufzuheben, sondern darum, die gesellschaftliche Kontrolle über die Technik (zurück) zu gewinnen, was eben auch eine tiefgreifende, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Transformation der existierenden Maschinerie bedeuten würde.

4. Mangel ist heute keine Folge zu geringer Mittel der Reichtumsproduktion mehr, sondern geht einzig auf das Konto der bestehenden Eigentumsordnung. Der Gedanke einer sozialistischen Leistungsmessung erscheint vor diesem Hintergrund umso fragwürdiger. Selbstverständlich kann es trotz der immensen Produktivität, die sich die Commune aneignen wird, immer wieder zu Engpässen kommen. Diese lassen sich allerdings durch keinerlei »Arbeitszeitkonto« beseitigen. Ein derartiges Kontrollsystem würde vielmehr unnötig Energien binden und die notwendige Bewusstseinsveränderung hin zum »Verein freier Menschen« und zum »gesellschaftlichen Individuum« behindern. Von dieser Bewusstseinsveränderung allerdings dürfte der Erfolg der kommunistischen Revolution letztlich abhängen. Denn zu den Produktivkräften, die ihr Potenzial erst in einer befreiten Gesellschaft voll entfalten könnten, gehören auch die Menschen selbst. Anzuknüpfen wäre hier an den alten von Fourier bis Marcuse vertretenen Gedanken, nach dem »Leidenschaft« in einer befreiten Gesellschaft zwanglos produktiv werden könne.

Laut diverser soziologischer Studien steht heute an erster Stelle der Bedürfnisse von Beschäftigten in den wirtschaftlich und technisch entwickelten Regionen der Welt, dass ihre Arbeit interessant, sinnvoll und verantwortungsvoll sein soll. Dass der Kapitalismus dieses Bedürfnis nicht zu stillen vermag, hat zuletzt David Graeber am Phänomen der *Bullshit Jobs* gezeigt – Jobs, die so hirnrissig sind, dass ihre Ausübung jeden halbwegs zurechnungsfähigen Menschen nicht mit Befriedigung oder sogar Stolz, sondern mit Scham erfüllt. In der Commune würden sie entfallen. Anderes würde automatisiert. Was bleibt, wäre soweit wie möglich in *travail attractif* zu verwandeln; in Arbeit, die nicht unter dem Kommando eines Chefs, sondern in freier Kooperation mit anderen stattfindet, die nicht nur auf maximalen Output zielt, sondern »die Sinne, Fähigkeiten und Reflexionsvermögen« (Meinhard Creydt) der Produzierenden bildet. Durch Rotation und entsprechend kurze Ausübung schließlich könnten selbst dröge Tätigkeiten annehmbar werden.

Natürlich kann Stahlproduktion nicht umstandslos zu Spiel werden, aber auch dort herrscht dank Automatisierungsschüben schon heute bei schrumpfenden Belegschaften weltweite

Überproduktion. »Leidenschaft« würde sich aber weniger in der notwendigen Überwachung weitgehend automatisierter Prozesse als produktiv erweisen, sondern vor allem dort, wo es um die Lösung kniffligerer Probleme geht. Statt ein Kontrollregime zu errichten, auf dass sich niemand vor der Arbeit drücken kann, müssten sich die Kommunarden deshalb einer egalitären, alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Organisation und Vermittlung von praktischem und theoretischen Wissen, Bildung, Fertigkeiten etc. widmen. Schon heute sind qualifizierte Arbeitskräfte wesentlich produktiver als unqualifizierte, weshalb der Kommunismus weniger als jemals ein Kommunismus der Fabrikarbeiter sein kann. Vielmehr wären die Fähigkeiten aller soweit auszubilden, dass ihnen bei Interesse auch Bereiche wie Maschinenbau, Medizin, Verkehrsmittelbedienung oder Informatik offen stehen. Die möglichst rasche Auflösung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit hätte deshalb von vornherein richtungsweisend für die sozialrevolutionäre Bewegung zu sein, wobei der auffällig hohe Anteil von Handarbeit im Hobbybereich – Bastelboom, Urban Gardening, Modellbau, Oldtimerschrauben und der ganze Käse – auf eine durchaus produktive »Leidenschaft« verweist, sich auch mit den Händen zu betätigen. Nicht die möglichst gerechte Verteilung von Arbeits- und Freizeit sollte deshalb das Ziel sein, sondern die menschenwürdige Aufhebung dieser Trennung bei größtmöglicher Automatisierung der Produktion.

5. Trotz ungekannter Möglichkeiten, stupide Jobs zu beseitigen, wird sich der alte Menschheitstraum von einer technischen Abschaffung der Arbeit allerdings auch im sogenannten digitalen Zeitalter nicht erfüllen. Skeptikerinnen verweisen meistens auf den Bereich der Pflege und Sorge, um die Grenzen der Automatisierung aufzuzeigen, aber ein vom heutigen Arbeitsaufwand her mindestens genauso gewichtiges Beispiel dafür ist die Landwirtschaft, in der die Commune zunächst etliche um einen hohen Preis erkaufte Produktivitätsfortschritte rückgängig machen müsste. Das verweist exemplarisch auf die unangenehme Tatsache, dass die Commune heute vom Kapitalismus nicht nur scifi-verdächtige Produktivkräfte, sondern auch einen Berg ungelöster Probleme erben würde. Die Kommunarden von 1871 kannten zwar noch nicht den Computer, dafür aber auch nicht die Sorge, dass der Planet unwiederbringlich

zuschanden gehen könnte. An der Gesellschaftskritik im 20. Jahrhunderts lässt sich verfolgen, wie neben den Produktionsverhältnissen an sich immer stärker ins Visier rückt, *was* in ihnen mit *welchen* Folgen hergestellt wird. Vermutlich waren die Situationisten in den 1950er Jahren die ersten Revolutionäre, die der Zerstörung der Städte durch den Automobilverkehr Bedeutung beigemessen haben und für deren Programmatik die Abschaffung der »parasitären Sektoren« eine große Rolle spielte.

Für die Commune scheint die lange und länger werdende Liste sinnloser oder sogar schädlicher Tätigkeiten, die den metropolitanen Alltag unserer Tage bestimmt, zunächst ein Geschenk zu sein, übersetzt sie sich für sie doch unmittelbar in einen riesigen Zeitfonds; ganze Branchen könnten stillgelegt werden, für die Erledigung der weder automatisierbaren noch irgendwie ansprechend zu gestaltenden Aufgaben stünden viel mehr Leute bereit. Aber die Irrationalität des Kapitalismus hat im Laufe seines Fortbestehens praktisch den gesamten Stoffwechsel mit der Natur imprägniert und sich handfest im Raum materialisiert. Mehr als bloße Beispiele dafür sind das vollkommen ungelöste Energieproblem und »die Zersplitterung der Städte auf das Land« (Guy Debord), der berüchtigte *urban sprawl* also, dessen trostlose Nichtorte durch unvermeidlichen Autoverkehr und kleinteilige Bebauung das erstere massiv verschärfen. Die Kommunarden müssten nicht nur eine neue Energieversorgung erfinden, sondern wären vermutlich lange Zeit mit dem Rückbau solcher Nichtorte und der Sanierung von Slums im globalen Süden, mit der Umgestaltung der Landwirtschaft und der Renaturierung zerstörter Gegenden beschäftigt, ohne dabei auf nennenswerte Hilfe von Robotern zählen zu können. Das spricht nicht gegen das Ausschöpfen von Möglichkeiten der Automatisierung an anderer Stelle – die besonders in ärmeren Weltgegenden bestehen, wo billige Arbeitskraft sie bislang unattraktiv macht –, denn dadurch werden Kräfte für solche Aufräumarbeiten frei. Es dämpft aber Erwartungen, mit den neuen Technologien sei der Menschheit ein wahres Füllhorn in den Schoß gefallen, nur weil sich digitale Güter unendlich vervielfältigen lassen und der Fön neuerdings via Internet mit dem Toaster kommunizieren kann.

6. Der Reichtum der Commune dürfte angesichts dessen kaum der sein, den wir kennen, nur in anderen Verhältnissen produziert. Schon gar nicht geht es darum, dass die Metropolenbewohner noch mehr von dem bekommen, was sie heute schon haben: mehr Flugreisen, Pkws, Mobiltelefone und hässliche, schnell zerschlissene T-Shirts. Nicht, weil die entsprechenden Bedürfnisse als »künstlich« denunziert und vermeintlich natürlichen gegenübergestellt werden könnten. Wie besonders die Frankfurter Spätmarxisten gezeigt haben, lauert in einer solchen Unterscheidung autoritäre Willkür, weil sich Natur, als Trieb, und Gesellschaft in jedem Bedürfnis unauflösbar verschlingen. Als Produkte der bestehenden *Klassen*gesellschaft sind Bedürfnisse allerdings auch nicht unschuldig und in die klassenlose zu projizieren. Adorno antwortete auf dieses Dilemma einerseits mit dem dialektischen Clou, eine Umstellung der Produktion auf die Befriedigung »auch und gerade der vom Kapitalismus produzierten« Bedürfnisse werde »die Bedürfnisse selbst entscheidend verändern« – es werde sich dann »rasch genug zeigen«, dass die Massen den ihnen heute angedrehten »Schund« nicht brauchen –, und andererseits mit dem Gedanken der Gleichheit und Solidarität: »Die Frage nach der Sofortbefriedigung des Bedürfnisses ist nicht unter den Aspekten gesellschaftlich und natürlich, primär und sekundär, richtig und falsch zu stellen, sie fällt zusammen mit der Frage nach dem *Leiden* der gewaltigen Mehrheit aller Menschen auf der Erde. Wird produziert, was *alle* Menschen jetzt, hier am dringendsten brauchen, so ist man allzu großer sozialpsychologischer Sorgen wegen der Legitimität ihrer Bedürfnisse enthoben.«

Da zum Ausmaß unbefriedigter dringendster Bedürfnisse besonders auf der südlichen Halbkugel heute die Grenzen der Belastbarkeit der Natur hinzukommen, müsste eine *Welt*commune vieles global umschichten. Nicht damit es hinterher überall gleich aussieht; im Gegenteil gäbe es sicher Regionen, die nach heutigen Maßstäben »zurückgeblieben«, also weniger technisch-industriell entwickelt wären. Um aber den in Armutsregionen herrschenden Mangel an praktisch allem – Wohnraum, Krankenhäuser, selbst Kanalisation – beseitigen zu können, ohne dass die Aussicht auf eine Genesung des Planeten endgültig schwindet, müsste in den alten Metropo-

len der Energie- und Ressourcenverbrauch drastisch sinken. Trotz einer gewissen Tendenz zur weltweiten Angleichung der proletarischen Existenzbedingungen steht selbst eine Hartz-IV-Empfängerin materiell besser da als jede Textilarbeiterin in Asien und verursacht der durchschnittliche Westeuropäer zigmal so viel Kohlenstoffdioxidausstoß wie ein Bewohner des afrikanischen Kontinents.

Ohne sich auf die Frage nach »richtigen« und »falschen« Bedürfnissen einzulassen und fernab von Genussfeindschaft im grünen Gewand müsste eine sozialrevolutionäre Bewegung in den Metropolen einen anderen Reichtum anvisieren als den heutigen. Während dieser als eine »ungeheure Warensammlung« erscheint, weniger ein gesellschaftlicher ist als die Addition individuellen, sehr ungleich verteilten Besitzes, müsste die Commune nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Sphäre von Nutzung und Verbrauch auf maximale Vergesellschaftung setzen. Das »Recht auf Einsamkeit« (Marcuse) und auf Rückzug ins Private wäre für sie entgegen jedem Gemeinschaftskult unantastbar, aber anders als in der auf Massenabsatz und letztlich Verschleiß geeichten Profitwirtschaft wäre dieses Private nicht mehr primär der Raum, der einen beständig wachsenden Warenstrom verschlingen muss, damit die Maschine weiterläuft. Wo es Kantinen und Waschsalons gibt, die über ihre schnöde Funktion hinaus Orte einer zwanglosen Begegnung sein könnten, muss nicht mehr jede Wohnung mit Spül- und Waschmaschine ausgestattet sein. Schon durch wenige Sofortmaßnahmen könnte die Commune im Handstreich Probleme lösen, an denen sich die Technokraten heute die Zähne ausbeißen und weiter ausbeißen werden. Anstatt zum Beispiel die gemeingefährliche Idee der »E-Mobilität« weiterzuverfolgen – Elektroautos erfordern genauso viel Arbeit, Ressourcen, Straßen und Platz in den Städten wie solche mit Benzinmotor, den entfallenden Abgasen steht eine hochgiftige Batterieproduktion gegenüber –, würde sie einfach ein paar Tramschienen verlegen (wo die Blechkolonnen verschwunden sind, muss man auch nicht mehr mit irrwitzigem Aufwand Tunnel in die Erde graben). Auch den Flugverkehr könnte man, um den Planeten buchstäblich wieder zu Atem kommen zu lassen, drastisch einschränken, weil es keine gehetzten Manager und Touristen mehr gibt.

Auch die im Weltmaßstab besser gestellten Teile des Proletariats hätten durch eine Umwälzung viel zu gewinnen. Zu aktualisieren wäre der in der historischen Commune von 1871 aufgeblitzte Gedanke eines *luxe communal*, der damals vor allem darauf zielte, die Trennung von profaner materieller Produktion und Kunst in einem neuen Städtebau aufzuheben. Er müsste weit darüber hinaus ein Leitmotiv des neuen Gemeinwesens sein. Luxus für alle existiert heute allenfalls in Gestalt öffentlicher Bibliotheken, die der Staat betreiben muss, weil sie nicht »rentabel« sind. Je mehr die Commune ihren gemeinschaftlichen Reichtum entfaltet, umso hinfälliger wird auch die Frage nach der Bemessung des individuellen Konsums, der im selben Maß an Bedeutung verliert.

7. Aus der Irrationalität der jetzigen Ordnung einerseits, den durch sie eröffneten Möglichkeiten andererseits ergeben sich so erste Konturen eines freien Gemeinwesens: Umbau des Maschinenparks nach den Bedürfnissen der Produzentinnen; Abschaffung sinnloser, Automatisierung ermüdender und ansprechende Gestaltung immer noch notwendiger Tätigkeiten, wenn gar nichts anderes hilft: Rotation notwendiger, aber weiterhin unangenehmer Aufgaben; Ende der Lohnarbeit und jeder Kopplung von Konsum an Leistung; Entfaltung eines wirklich gesellschaftlichen Reichtums. Über die gesellschaftlichen Formen, in denen das machbar wäre, ist damit noch wenig gesagt.

Daran hängt aber alles: Egal wie handgreiflich der destruktiv-irrationale Charakter der heutigen Produktionsweise geworden ist und was auch immer an Potenzialen in der neueren Technik schlummern mag, solange das Zusammenleben von mehreren Milliarden Menschen nicht anders vorstellbar scheint als in den gegebenen Formen, wird sich nichts ändern. Genau wie ein linker Realismus, der Momente der schlechten Realität fortschreibt, ist ein Scheinradikalismus zurückzuweisen, der sich in der Feier von isolierten Revolten ergeht, maximale Zerstörung predigt und zur Frage nach einer anderen Gesellschaft nur Phrasen über die totale Freiheit des Einzelnen auf Lager hat. Es geht um eine andere gesellschaftliche Vermittlung, eine, in der sich das Ganze nicht gegen die Einzelnen wendet, sondern deren bewusstes Werk ist. Dass der doch

immerhin aus der Oktoberrevolution geborene Realsozialismus das Marxsche Programm einer »Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft« ins schaurige Gegenteil verkehrte, indem er eine Staatsmacht mit totalitären Zügen inthronisierte, unterstreicht dabei die Größe der Herausforderung, den losgelassenen Partikularismus der bürgerlichen Marktökonomie anders zu überwinden als durch staatlichen Zwang, der jedem Einzelnen seinen Platz zuweist. Ein freies Gemeinwesen müsste beides überwinden, also den heute blind-naturwüchsigen, durch Konkurrenz und Krisen sich vollziehenden materiellen Lebensprozess planvoll, kooperativ und bewusst gestalten und dabei bislang vom Staat erfüllte notwendige Funktionen so »in sich zurücknehmen«, dass dieser als ein von ihr getrennter Zwangsapparat verschwindet. Das erste ist die Bedingung des zweiten: Nur ein egalitäres, über die materiellen Grundlagen seines Lebens verfügendes Gemeinwesen kann den Staat als äußere »Zusammenfassung« (Marx) einer in sich zerrissenen Gesellschaft überflüssig machen. Die für den Kapitalismus charakteristische Trennung von Politik und Ökonomie würde dabei aufgehoben.

Geschichtliche Entwürfe dieser Art haben sich fernab von Utopismus auf die reale Praxis des Proletariats gestützt: Erst unter dem Eindruck der Pariser Commune nannten Marx und Engels ihr 1848 formuliertes Programm der Staatseroberung »veraltet«, während die von 1905 an wiederholt auftauchenden Arbeiterräte einen dezidiert antistaatlichen Kommunismus inspirierten. Im ersten Fall waren es vor allem die »Unterdrückung des stehenden Heeres durch das bewaffnete Volk«, die jederzeitige Absetzbarkeit der gewählten Stadträte und ihr vom Parlamentarismus unterschiedener Charakter als »eine arbeitende Körperschaft, vollziehend und gesetzgebend zugleich«, die Marx von einer »Revolution gegen den Staat« sprechen ließen. Der Aufstand der Kommunardinnen zielte darauf ab, die alte zentralistische Staatsmacht zugunsten eines Netzes von Kommunen zu zerbrechen, in denen eine lokale »Selbstregierung der Produzenten« besteht. Im späteren Rätemodell, am ausführlichsten von Anton Pannekoek dargestellt, wird der Gedanke einer »arbeitenden Körperschaft« und abwählbarer verantwortlicher Delegierter fortgeführt, aber strikt an die Produktion gebunden. Die Gesellschaft baut sich wie eine Pyrami-

de von unten nach oben auf, die entscheidende Einheit ist der einzelne Betrieb: »Es gibt keine Trennung zwischen Politik, als der Lebensbeschäftigung einer Gruppe von Spezialisten, und Wirtschaft, als der Lebensbeschäftigung der großen Masse der Produzenten. (...) Die Räte sind keine Politiker, keine Regierung. Sie sind Boten, die die Meinungen, die Absichten und das Wollen der Arbeitergruppen vermitteln und überbringen.« Nicht einmal »die zentralen Räte haben regierungsartigen Charakter«, denn »sie besitzen keine Gewaltmittel«. Ein Staat als von der Gesellschaft getrennte Zentralgewalt existiert nicht mehr.

Die Räte blieben in der einen oder anderen Form jahrzehntelang für viele Radikale die Alternative zum östlichen Staatssozialismus. Heute ist das »bemerkenswerte Fortbestehen der *realen Tendenz* zur Macht der *Arbeiterräte*«, das die Situationisten 1969 zuversichtlich stimmte, Geschichte. In den Kämpfen der letzten Dekaden hat sich aber auch keine andere Form herausgeschält, die auf ein nicht länger staatlich verfasstes Gemeinwesen hindeuten würde. Die jüngeren Platzbesetzungen sind ein zeitgemäßes, der Fragmentierung der lohnabhängigen Klasse entsprungenes *Mittel des Kampfes*, aber im Unterschied zu den Räten nicht zugleich *Vorschein einer neuen Einrichtung der Gesellschaft*. Mit ihrer horizontalen Selbstorganisation schlossen die besetzten Plätze von Griechenland über Ägypten bis Spanien zwar in gewisser Weise an die Räte an. Sie blieben aber nicht nur von der Produktion, also dem entscheidenden Hebel zur Auflösung des Kapitalverhältnisses, getrennt, sondern hatten jenseits eines allgemeinen Unmuts überhaupt keine klar umrissene praktische Grundlage. Die Massenversammlungen auf manchen dieser Plätze, in denen sich jeder – im begründeten Misstrauen gegenüber der offiziellen Politik umso entschiedener an der eigenen Identität als Bürger festhaltend – kurzerhand selbst vertrat, erschöpften sich folgerichtig zumeist in einem ziel- und endlosen Palaver, an dem allen Beteiligten recht bald die Lust verging. Dass sich alle auf der grünen Wiese versammeln und über alles beratschlagen, ist sicher kein Modell für die Commune.

Vieles an den alten Rätekonzepten mutet heute fraglos verstaubt an. In Pannekoeks Skizze von 1947 sind alle Arbeiter fest einem Betrieb zugeordnet, ihr gesamtes Leben dreht sich um die Produktion, das gesellschaftliche Gefüge erscheint wie ein konfliktfreier Organismus. Versteht man unter einem Rat aber zunächst nur, dass die, die an einem bestimmten Ort arbeiten oder leben, über ihre gemeinsamen Angelegenheiten gemeinsam beratschlagen, sie praktisch gestalten und sich mit anderen durch jederzeit absetzbare Delegierte abstimmen, dann dürfte eine solche Form bis zur Erfindung von etwas ganz anderem das Gerüst einer neuen Commune bilden, sollte sie denn entstehen. Auf welcher Basis die Räte, Basisversammlungen – oder wie immer man es nennen mag – dann beruhen, wie sie ineinandergreifen, wäre je nach den lokalen Bedingungen unterschiedlich und würde sich gewiss immer wieder ändern – die »Unbeständigkeit der Verfassung«, so Horkheimer, »wäre der klassenlosen Gesellschaft eigentümlich. Die Formen der freien Assoziation schließen sich nicht zum System zusammen.« Heute würden vielleicht territoriale Räte neben solchen in der Produktion eine größere Rolle spielen.

Die Voraussetzungen für eine solche freie Assoziation haben sich vor allem im globalen Norden im Verlauf der letzten hundert Jahre in mehrerer Hinsicht deutlich verbessert. Die erste besteht in freier Zeit. Nur wer nicht übermäßig vom Reich der Notwendigkeit beansprucht wird, kann überhaupt an den öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen. Zweitens ist das allgemeine Bildungsniveau heute höher als zu den Zeiten, in denen die ersten Räte entstanden. Viel mehr Menschen können nicht nur lesen und schreiben, sondern beherrschen Fremdsprachen, sind ein bisschen in der Welt herumgekommen, konnten neben der Lohnarbeit ihren Interessen nachgehen. Drittens schließlich eröffnen sich mit der Informationstechnik völlig neue Möglichkeiten, die Produktion ohne zentrale Planungsbehörde zu koordinieren und auf die Bedürfnisse abzustimmen. Was gebraucht wird, dürfte sich mittels Computer und Netz viel einfacher ermitteln lassen als per Post und Kommissar; wo Not am Mann, der Frau oder anderen Menschen ist, ebenfalls. So wie sich Menschen heute auf elektronischem Wege zu »Events« verabreden, könnten beispielsweise Landkommunen bekanntgeben, wann Erntehilfe willkommen wäre, und

jeder könnte verfolgen, ob er noch gebraucht wird oder nicht. Produktionsstätten könnten weltweit ihre Auslastung aufeinander abstimmen, den stofflichen Verkehr unter sich regeln und Erfahrungswissen austauschen. An allen Knotenpunkten müsste es verantwortliche Teams geben, gleichzeitig wäre je nach Bedarf und Neigung viel Wechsel zwischen Tätigkeiten in verschiedenen Bereichen möglich. Es würden auch nicht mehr wie im Realsozialismus irgendwo Güter vergammeln, die andernorts gebraucht werden. Nicht nur Produktion und Verteilung, auch die mit Rücksicht auf die Natur angezeigte gemeinsame Nutzung von Dingen, die heute als *Sharing Economy* ein Dasein als kapitalistischer Geschäftszweig fristet, würde enorm erleichtert. Alle Vorgänge wären für jeden, den es interessiert, einsehbar; die Transparenz des Ganzen, die sich Pannekoek von der Abschaffung des Einzelbetriebs versprach – »Jetzt liegt die Struktur des gesellschaftlichen Prozesses wie ein offenes Buch vor den Augen der Menschen« –, würde in einem Maß wahr, von dem er 1947 noch nichts ahnen konnte. Ebenso ist der »Reichtum der Fernmeldetechnik«, den der Situationist Raoul Vaneigem zwanzig Jahre später für »die laufende Kontrolle der Delegierten durch die Basis« in der Rätedemokratie in Dienst nehmen wollte, seitdem immens gewachsen. Weil einem die Soziologen heute mit Modewörtern wie »Kommunikation«, »Netzwerk«, »Wissensgesellschaft« etc. pp. in den Ohren liegen, schämt man sich solcher Gedankenspiele fast. Sie drängen sich aber auf, und an den vielfältigen Möglichkeiten, die die digitale Technik einem freien Gemeinwesen bietet, lässt sich die Borniertheit derjenigen ermessen, für die sie nur die endlich entdeckte Form einer perfektionierten Arbeitszeitmessung darstellt.

In einer heutigen Commune wären die Räte oder Basisversammlungen dadurch von vielen banalen Aufgaben entlastet. Was bliebe, ist das Problem bestimmter Entscheidungen, die viele betreffen und weder auf lokaler Ebene noch durch rein technische Koordination zu klären sind. Dezentralisierung, wie im Programm der Kommunardinnen von 1871 angestrebt und auch heute im Sinne der Überschaubarkeit anzustreben, stößt an Grenzen. Es ist zum Beispiel nicht sinnvoll und in vielen Fällen nicht machbar, alles vor Ort herzustellen. In einer weltweiten oder fürs erste auch nur größere Regionen umfassenden

Commune würden sich unweigerlich Fragen etwa nach der Verwendung begrenzter Ressourcen ergeben, die nur zentral entschieden werden können. Daraus folgt, geht man von einer antiautoritären Struktur aus, deren zentrale Organe nur auf Anweisung »von unten« arbeiten, möglicherweise eine Überforderung. Dass alle über alles entscheiden, scheint im schlechten Sinne utopisch. Mit solchen Grenzen müsste bewusst umgegangen werden, um zu verhindern, dass sich erneut eine von Spezialisten bevölkerte politische Sphäre verselbständigt.

Das Verschwinden des Staates würde also nicht in einen amorphen Zustand münden, sondern im Gegenteil eine hochentwickelte gesellschaftliche Selbstorganisation erfordern. Die »Rücknahme des Staates in die Gesellschaft« müsste auch einen ganz anderen Umgang mit den Problemen einschließen, für die heute Recht, Strafjustiz und Gefängnisse zuständig sind. Vieles oder sogar das meiste, was heute als Kriminalität verfolgt wird, ist aus materieller Not geboren und würde zusammen mit ihr verschwinden – etwa Eigentumsdelikte –, anderes nicht. Anzuknüpfen wäre an die Kritik des sowjetischen Rechtsgelehrten Eugen Paschukanis, der das »Strafrecht, wie das Recht überhaupt« als »eine Form des Verkehrs zwischen egoistischen isolierten Subjekten« fasste, die auf dem bürgerlichen Prinzip der Äquivalenz beruht. An die Stelle der Vergeltung müsste eine Praxis der Veränderung treten, die »Gerichtsprozess und Gerichtsurteil überhaupt überflüssig macht«. Anstatt Gefängnisse – ein »gesellschaftliches Verbrechen und Versagen« (Emma Goldmann) – zu errichten und ihre Zeit mit dem heute völlig ausgeuferten Rechtswesen zu vertrödeln, müssten die Kommunardinnen an anderen Formen von Konfliktbewältigung arbeiten und etwa auf gewalttätige Individuen »bessernd« einwirken, was durchaus Momente von Zwang umfassen könnte. Grundsätzlich bestünde die Herausforderung, sicherzustellen, dass die Auflösung der abstrakten Rechtsbeziehungen nicht einem Rückfall hinter den Status quo gleichkommt, in dem das Recht gerade in seiner Abstraktheit idealiter auch Schutz vor staatlicher Willkür bieten soll. Die »Rücknahme des Staates in die Gesellschaft« darf nicht bedeuten, dass die Einzelne den zufälligen Launen ihrer nächsten Mitmenschen ausgeliefert ist und an die Stelle der von Abstraktionen beherrschten bürgerlichen Gesellschaft die

Unmittelbarkeit kleiner Gemeinschaften tritt. Eine Gewähr dafür gibt es nicht. Es wäre eine der vielen gewaltigen, aber nicht unlösbaren Aufgaben, die sich den Menschen stellen würden.

8. Die hier skizzierten Veränderungen würden die Geschlechterordnung in mehrfacher Hinsicht berühren, ohne die heute mit ihr verbundene Misere, von der Arbeitsteilung über Rollenklischees bis zu Gewalt gegen Frauen, zwangsläufig aus der Welt zu schaffen. Sie dürfte zwar schon in den Klassenkämpfen, aus denen die Commune hervorgeht, von zentraler Bedeutung sein und sicherlich würden die Kommunardinnen auf konkreten und sofortigen Veränderungen bestehen. Die vollständige Auflösung der etablierten Geschlechterordnung dürfte dennoch für mehrere Generationen eine Aufgabe bleiben und würde bedeuten, dass in der Commune nicht sofort Harmonie einkehrt, sondern Kämpfe an der Geschlechterfront erst richtig Schwung bekommen, so wie bislang in allen modernen sozialen Erschütterungen – 1871, 1917 ff., 1936/37, 1968 – zu beobachten. Bei allen Verschränkungen gehen Geschlechterordnung und kapitalistische Produktionsweise nicht ineinander auf. Deshalb können viele Feministinnen heute auf Kapitalismuskritik pfeifen und deshalb könnte es umgekehrt männliche Kommunarden geben, die auf traditionellen Rollen beharren und denen auch nach der Abschaffung der Lohnarbeit das Programmieren von Software näher liegt als das Wickeln von Säuglingen. Immerhin fänden Bemühungen, die alte Welt auch in dieser Hinsicht zu verlassen, einen wesentlich günstigeren Rahmen vor.

Erstens würde mit dem Ende der Lohnarbeit ein Faktor entfallen, der die heutige seltsame Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zwar nicht zwingend nach sich zieht, aber doch dazu beigetragen hat, dass sie sich trotz aller Erosionstendenzen des klassischen Patriarchats noch immer wacker hält. Wie wir an anderer Stelle geschrieben haben: »Die Gebärfähigkeit ist, vollkommen unabhängig davon, ob Frauen Kinder bekommen wollen oder nicht, prinzipiell ein Nachteil auf dem Arbeitsmarkt; kommt dann tatsächlich ein Kind ins Spiel, sind es mit einer gewissen Folgerichtigkeit dann meistens die weniger verdienenden Frauen, die sich um es kümmern.« Wenn an die Stelle des Arbeitsmarkts eine bewusste Verteilung aller

gesellschaftlichen Aufgaben tritt, stünden die Chancen für eine Überwindung dieses Archaismus etwas besser. Wo alles Sache gemeinsamer Beratung wird, müssten sich Männer zumindest ein paar gute Gründe dafür einfallen lassen, warum sie sich mit profanen Dingen wie Kinderbetreuung und Hausarbeit nicht abgeben mögen.

Zweitens könnten viele der heute weitestgehend Frauen aufgehalsten Tätigkeiten gemeinschaftlich erledigt werden. In dieser Hinsicht bräuchte die nächste revolutionäre Bewegung wenig erfinden; der Gedanke ist so alt wie entsprechende praktische Versuche, man denke nur an Alexandra Kollontais Eintreten für kollektive Wohnformen und gemeinsame Kinderbetreuung in der frühen Sowjetunion. Auch mit dem Kapitalismus ist das nicht prinzipiell unvereinbar: Wo die Mobilisierung von Frauen für die Lohnarbeit erwünscht ist, kümmern sich manchmal staatliche Einrichtungen um die Kinder. Aber dieses Interesse scheint angesichts grassierender Massenarbeitslosigkeit heute in den meisten Gegenden der Welt begrenzt und selbst dort, wo es besteht, bleibt die Sorge für die Kinder zumeist Privatsache und dann letztlich an Großeltern oder Nachbarinnen hängen (in China gibt es ganze Dörfer, in denen nur Alte und Kinder leben). Das kostet weniger. Von der Tyrannei der Finanzierbarkeit befreit, könnte eine Commune all das, was heute als unproduktive Aufgabe vernachlässigt wird, ganz anders, nämlich nach Maßgabe der gegebenen Bedürfnisse gestalten.

Drittens würden Ehe und Familie zwar nicht unbedingt als Lebensform, aber als wirtschaftliche Einheit verschwinden, weil es kein Privatvermögen mehr gibt – kein Konto, kein Häuschen, kein Acker, kein Erbe. Die unselige Verquickung von materiellen Interessen und engsten menschlichen Beziehungen würde aufgelöst. Das müsste heilsame Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern wie auch zwischen den Geschlechtern haben. Keine Frau müsste zum Beispiel den Wunsch nach einer Trennung unterdrücken, weil sie ohne das Einkommen des Gatten in die Armut abrutscht oder ohne das gemeinsame Dach überm Kopf im Regen steht. Darüber hinaus würden Privates und Gesellschaftliches dadurch, dass sie in ein anderes Verhältnis treten, grundsätzlich ihren Charakter verändern. Was heute an Glücksversprechen in die Familie

gelegt wird, nur um zumeist bitterböse enttäuscht zu werden, ist weitgehend Reflex auf inhumane Verhältnisse, die heimelige Existenz im biologischen Kleinverbund der Gegenpol zu einer Gesellschaft, in der sich mit Grund niemand zuhause fühlt. Sofern Menschen auch nach der Revolution Kleinfamilien bilden wollen, würde ihnen das selbstverständlich niemand verbieten, aber der Drang danach dürfte abnehmen und sofern vorhanden weniger traurige Resultate haben als heute, da die Individuen ganz anders in der Gesellschaft aufgehoben wären und die ökonomische Seite der Familie vollständig wegfiele.

Grundsätzlich würde eine soziale Revolution der Emanzipation aus den heutigen Geschlechterverhältnissen insoweit entgegenkommen, wie diese noch immer mit einer bestimmten Polarität von Lohn- und Hausarbeit inklusive Kinderbetreuung amalgamiert sind. Eine Gewähr für irgendeinen Fortschritt wäre sie für sich genommen nicht. Auch die vernünftig-gesellschaftlich geregelte Kinderbetreuung zum Beispiel könnte an den Frauen hängen bleiben und noch weniger würde all das an den Geschlechterverhältnissen von allein verschwinden, was nicht in einer bestimmten Arbeitsteilung aufgeht. So sehr den klassischen, in den spätkapitalistisch-liberalen Ländern bereits verflüssigten, aber durchaus noch existierenden Geschlechtscharakteren ihr historischer Zusammenhang mit der Spaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses in Marktökonomie und private Reproduktion ins Gesicht geschrieben steht – sorgend-subaltern die einen, aktiv, durchsetzungsfähig, abgehärtet die anderen –, so sehr haben sie sich bis in die letzten Winkel des Seelenlebens eingenistet und treiben bis heute als Identifikationsangebote ihr Unwesen. Schon weil sie weithin *unbewusst* ausgebildet und gelebt werden, wird ihre vollständige Auflösung Zeit in Anspruch nehmen: »Während sich besonders die Zerschlagung der Staatsmaschinerie als ein konzentriertes ›Umwerfen‹ derselben vorstellen lässt, lässt sich die notwendige Veränderung und Selbstveränderung der (eigenen) geschlechtlichen Subjektivität und des Geschlechterverhältnisses kaum anders denken denn als ein langwieriger, kulturrevolutionärer Prozess, der sich von Zeit zu Zeit auch eruptiv, insgesamt aber eher peu à peu in den zwischenmenschlichen Beziehungen des Alltagslebens und einer neuartigen kulturellen Produktion vollziehen wird.« (Lux et al.)

9. Der Übergang in die Commune ist weder durch Staatseroberung noch durch allmähliche Ausweitung einer angeblich schon aufkeimenden anderen Produktionslogik denkbar und auch nicht als Kombination von beidem, als Gemeinschaftsunternehmen linker Regierungen und alternativer Praktiken an der Basis. Über das marxistisch-leninistische Revolutionskonzept – Eroberung der politischen Macht, Verstaatlichung der Wirtschaft, geduldiges Warten auf das »Absterben des Staates« – braucht man heute nicht mehr viel Worte verlieren. In der Abwendung von ihm ist aber häufig die Notwendigkeit eines Bruchs zugunsten eines alternativen Gradualismus aus dem Blick geraten, sei es unter den Stichwörtern *Commons*, Keimform oder auch »Wertkritik«, einer vermeintlich grundstürzenden Erneuerung des marxistischen Denkens, die nach ihrem Abschied vom Proletariat recht nahe an die grün-alternative Ideologie der 1970er Jahre gerückt ist: Aufgebürstet zur »Entkoppelung vom Ware-Geld-System« sollen Inseln eines anderen Lebens und Wirtschaftens im Bestehenden geschaffen werden, um dieses Schritt für Schritt zu untergraben. Soweit es möglich ist, sich schon heute Lebensgrundlagen jenseits des Marktes zu verschaffen, lässt sich dagegen nichts einwenden, aber furchtbar viel ist ohne Bruch mit dem Eigentum eben nicht möglich, verstanden nicht nur – was zunächst die entscheidende Konfrontation wäre – als Enteignung derer, die die Verfügungsmacht über die Betriebe haben, sondern auch als Ende der Trennung *zwischen* den Betrieben, die als solche aufgehoben würden und nur noch Knotenpunkte im Fluss der gesellschaftlichen Produktion wären. Weder sind ohne eine sozialrevolutionäre Massenbewegung nennenswerte Ressourcen für ein anderes Leben zu bekommen, noch könnten sie, wären sie denn verfügbar, auf Dauer dem stahlharten Gehäuse der Marktbeziehungen entzogen bleiben.

Vorstellbar ist der Übergang in die Commune daher nur als *wilde Bewegung der Besetzungen*, die sich allem bemächtigt, was für sie von Nutzen ist – Wohnraum, öffentliche Gebäude, Betriebe, Ländereien, Transportmittel –, oder aber blockiert und sabotiert, was stillgelegt werden muss. Entscheidend wäre, das Eroberte sofort zur Ausweitung der Bewegung zu nutzen, ohne die alles wieder in sich zusammenfallen würde. Güter müssten einfach verteilt, Dienste wie medizinische Ver-

sorgung und öffentlicher Verkehr ebenfalls kostenlos bereitstehen; das Geld würde nicht wie im sowjetischen Kriegskommunismus per Dekret »abgeschafft«, sondern überflüssig, zumal es in einer schweren sozialen Krise vermutlich ohnehin entwertet wäre. Ein schwacher Vorschein dieser Praxis lässt sich in größeren Erhebungen entdecken, wo das gemeinsame Ziel die kleinliche Frage nach Mein und Dein gegenstandslos macht; im Mai 1968 schafften Bauern die Früchte ihrer Äcker zu den Besetzern in Paris, bei vielen Platzbesetzungen der letzten Jahre wurden Nahrungsmittel gratis ausgegeben, Verletzte versorgt, anstehende Aufgaben zwanglos verteilt.

Die kaum zu überschätzende Herausforderung besteht jedoch darin, über Beschlagnahmung und Verteilung von Gütern hinaus die Produktion auf neuer Grundlage wieder in Gang zu setzen. Wie der eigene Betrieb funktioniert, das wissen noch am ehesten die dort Beschäftigten, ohne deren Kooperation auch im Hightech-Zeitalter gar nichts läuft; mit Unterstützung aller daran Interessierten könnten sie sofort damit beginnen, die Abläufe ihren Bedürfnissen anzupassen, die Produktion sofern nötig auf die Erfordernisse der Bewegung umzustellen und ihre Erzeugnisse der embryonalen Commune zu schenken. Schon die soziale Revolution in Spanien 1936/37 stand jedoch vor dem Problem der wirtschaftlichen Abhängigkeit von anderen, nicht in Umwälzung begriffenen Regionen, und die heutige weltweite Arbeitsteilung verurteilt jeden lokal begrenzten Ausbruchsversuch erst Recht zu einem schnellen Ende. Das heißt nicht, dass die Revolution am selben Tag auf der ganzen Welt ausbrechen müsste, aber ohne zügige Ausdehnung über größere Gebiete, die wenigstens das Notwendigste bereithalten, wäre alles verloren. Als Katalysator einer solchen Ausdehnung könnte sich eine schwere Krise erweisen, die eine ganze Reihe von Ländern gleichzeitig erfasst.

Welchen Verlauf eine solche Bewegung nehmen würde, hinge natürlich in entscheidendem Maße von der Reaktion der Mächtigen ab. Ob sie versuchen, die Aufstandszentren in einem Remake der Blutwoche von 1871 militärisch auszulöschen, oder aber, wie die greisen Bürokraten im Osten anno 1989, müde und resigniert abdanken, wäre selbstredend ein Unterschied ums Ganze. Hier käme es darauf an, »die Streitkräfte

entlang der Klassenlinien zu spalten« und den Militärapparat durch »Verweigerung wichtiger Güter und Dienstleistungen« zu schwächen (*Angry Workers of the World*). Auch wenn das Eroberte vermutlich mit Gewalt verteidigt werden müsste, läge die entscheidende Kraft der umwälzenden Bewegung in ihrer Fähigkeit, materielle Bedürfnisse zu befriedigen und bereits im Moment der Erhebung andere menschliche Beziehungen aufscheinen zu lassen, beides so zu vereinen, dass es Massen von Leuten trotz aller Risiken auf einmal selbstverständlich scheint, aus der bestehenden Ordnung zu desertieren. Was die Lohnabhängigen nicht mehr aufrechterhalten, können auch Panzer nicht retten.

Die Crux besteht darin, dass der heutige weltumspannende Produktionsapparat, welche Potenziale auch in ihm liegen mögen, in seiner zunächst gegebenen Gestalt ein furchtbar ungünstiger Ausgangspunkt für die Umwälzung ist. Zwischen dem Ist-Zustand und der möglichen Commune tut sich ein riesiger Abgrund auf und der hier skizzierte Sprung über diesen Abgrund hat unbestreitbar gewisse abenteuerliche Züge. Politisch schlägt sich diese Situation einerseits in der erwähnten Hinwendung zu lokalen *Commons* und in einem Neoanarchismus nieder, der in »der Infrastruktur« den Feind ausmacht und ziellos Bahnstrecken sabotiert, andererseits im Postulat einer Unverzichtbarkeit des Staates: Die Welt sei so komplex geworden, dass man auf ihn als großen Steuermann beim Übergang in die postkapitalistische Gesellschaft nicht verzichten könne. Das Falsche der beiden Extrempositionen zu zeigen fällt nicht schwer – die erste kapituliert kurzerhand vor der großen Aufgabe der Wiederaneignung, die zweite täuscht sich über die Steuerbarkeit der kapitalistischen Ökonomie –, die Ausarbeitung eines Gegenentwurfs, der nicht spinnert-weltfremd erscheint, umso schwerer. Gerade weil die Commune im objektiven Gang der Geschichte nicht vorgezeichnet ist, muss über ihre Umrisse schon heute gesprochen werden. Je mehr sich die Lohnabhängigen darüber international verständigen, je klarer sich das ganz Andere vor ihren Augen abzeichnet, desto besser die Chancen, dass doch noch eine umwälzende Bewegung zustande kommt. ■

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft

Kommentierte Literaturhinweise

»Die Vergesellschaftung des Erkennens«, schreibt Johannes Agnoli 1975, »hat einen derart hohen Grad erreicht, daß ›Autoren‹ in Wirklichkeit kollektiv erarbeitete Materialien, Informationen und Reflexionen sowie kollektiv erfahrene Ergebnisse der Praxis lediglich registrieren und redigieren.« (Einleitung zu *Überlegungen zum bürgerlichen Staat*, Berlin 1975). In diesem Sinn erheben wir keinen Anspruch auf Originalität. Anstatt neue »Ansätze«, »Paradigmen« oder »Theorieschulen« auszurufen, versuchen wir lieber, mit dem Gedankenreichtum aus circa zwei Jahrhunderten moderner Klassenkämpfe etwas anzufangen; fast alles ist längst gesagt, wir sagen es in der heutigen Situation nur ein bisschen anders. Im Einzelnen:

1. Zitat von Guy Debord aus *Die Gesellschaft des Spektakels* (Berlin 1995), Engels: *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* (MEW 19), Marx: *Das Kapital* (MEW 23); Benjamin: Brief an Werner Kraft vom 26. Juli 1934 (Gesammelte Briefe IV). Die verbreiteten Einwände gegen die Frage, was Kommunismus sein soll, hat die Gruppe Paeris widerlegt: »Spinner, Utopisten, Antikommunisten. Gegen das Festhalten am Bilderverbot und für eine Verständigung über Kommunismus« (im Netz). Die Frankfurter selbst waren in puncto Bilderverbot übrigens keine Pedanten. Horkheimer meinte, das Bewusstsein, dass nicht versprengte Theoretiker, sondern nur die sich befreienden Menschen selbst über die neue Gesellschaft entscheiden können, werde »keinen, der zur Möglichkeit der veränderten Welt steht, davon abhalten, zu überlegen, wie die Menschen am raschesten ohne Bevölkerungspolitik und Strafjustiz, ohne Musterbetriebe und unterdrückte Minoritäten leben können« (»Autoritärer Staat«, In: Max Horkheimer. *Gesammelte Schriften*, Bd. 5. Frankfurt/M. 1987) Adorno notierte: »Das Verbot auszudenken, wie es sein solle, die Verwissenschaftlichung des Sozialismus, ist diesem nicht nur zum Guten angeschlagen.« (»Vorwort zur deutschen Übertragung der Quatre Mouvements von Charles Fourier«, *Gesammelte Schriften,* Bd. 20.2). Erschütternde Beispiele für linkes Technikvertrauen bieten aktuell Paul Mason, *Postkapitalismus* (Berlin 2016), und die »Akzelerationisten« (Nick Srnicek/Lex Williams, Die Zukunft erfinden, Berlin 2017), die mit ihrem Eintreten für die Schimäre »Grundeinkommen« vor allem den Verfall von Klassenbewusstsein »akzelerationieren«. Eine vernichtende Kritik an Mason hat Rainer Fischbach vorgelegt, komischerweise ein Linkskeynesianer: *Die schöne Utopie. Paul Mason, der Postkapitalismus und der Traum vom grenzenlosen Überfluss* (Köln 2017).

2. An Marx' Zwei-Phasen-Modell (*Kritik des Gothaer Programms*, MEW 19, im Übrigen eine hellsichtige Kritik an der Staatsvergötterung der deutschen Sozialdemokratie) und die darin enthaltene Kopplung von geleisteter Arbeit und Konsumtion schließen aktuell unter anderem an: der Neoleninist Dietmar Dath mit seinen »Arbeitszeitkonten« (*Klassenkampf im Dunkeln*, Hamburg 2014), der antiautoritäre Marxist Peter

Hudis (*Marx's Concept of the Alternative to Capitalism*, Leiden 2012), W. Paul Cockshott und Allin Cottrell (*Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie*, Köln 2012) und viel zu viele andere. Unsere Kritik daran folgt über weite Strecken dem exzellenten Beitrag von Raoul Victor, »The Economy in the Transition to a Communist Society«, *Internationalist Perspective* 61 (2016; im Netz). Zitat von Kropotkin aus *Der Anarchismus* (1896, im Netz).

3. Zitat von Marx/Engels: *Die deutsche Ideologie*, MEW 3; Zitat von Marcuse: *Kultur und Gesellschaft*, Bd. 2, Frankfurt/M. 1965. Eine immer noch brillante Kritik der Maschinerie in Anlehnung an Marx' Maschinenkapitel liefert der italienische Operaist Raniero Panzieri: »Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus«, in: *Spätkapitalismus und Klassenkampf. Eine Auswahl aus den Quaderni Rossi*, Frankfurt/M. 1972. Für die Diskussion innerhalb der Kritischen Theorie finden sich wichtige Anregungen bei Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, Darmstadt/Neuwied 1967, sowie bei Hans-Dieter Bahr, *Kritik der »politischen Technologie«*, Frankfurt/M. 1970. Die Keimform-Theorie lässt sich in diversen Texten auf dem gleichnamigen Blog nachvollziehen. Eine Darstellung der neuen Technologien gibt es – selbstverständlich nicht ohne ein Plädoyer für das Grundeinkommen – bei den beiden Sprecherinnen des Chaos Computer Club Frank Rieger und Constanze Kurz (*Arbeitsfrei. Eine Entdeckungsreise zu den Maschinen, die uns ersetzen*, München 2013). Wesentlich kritischer und unter Einbeziehung der Arbeitsbedingungen: Matthias Becker (*Automatisierung und Ausbeutung: Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus?*, Wien 2017). Des Weiteren eine gelungene Darstellung einer Arbeiteruntersuchung bei Amazon (Georg Barthel/Jan Rottenbach, »Reelle Subsumtion und Insubordination im Zeitalter der digitalen Maschinerie. Mit-Untersuchung der Streikenden bei Amazon in Leipzig«, *PROKLA* 187) und eine lesenswerte akademische Untersuchung zur Roboterisierung in China (Yu Huang/Naubahar Sharif, »From ›Labour Dividend‹ to ›Robot Dividend‹. Technological Change and Labour Power in South China«, 2017, im Netz).

4. Vgl. David Graeber, »On the Phenomenon of Bullshit Jobs« (im Netz); Zitat von Meinhard Creydt: *46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft. Erfahrungen, Analysen, Vorschläge*, Münster 2016.

5. In »Ratschläge für die Zivilisierten, die generalisierte Selbstverwaltung betreffend« (*Internationale Situationniste* 12, 1969, im Netz), einem immer noch lesenswerten Revolutionsszenario, nennt Raoul Vaneigem als Beispiele für die »parasitären Sektoren, die auf Beschluss der Versammlungen einfach abgeschafft werden«, etwas ungenau »Verwaltung, Büros, Produktionsstätten des Spektakels und der reinen Ware«. Wer heute in einer spätkapitalistischen Dienstleistungsmetropole wie Berlin lebt, fragt sich, was außer den Krankenhäusern und Verkehrsbetrieben eigentlich nicht in diese Kategorie fällt. Zu den suburbanen Nichtorten: Debord, *Gesellschaft des Spektakels*, Kapitel VII. Zum ungelösten

Energieproblem: Rainer Fischbach (*Mensch – Natur – Stoffwechsel*, Köln 2016) zeigt, dass die erneuerbaren Quellen hoffnungslos überschätzt werden und eine drastische Absenkung des Energieverbrauchs angezeigt ist, um den bereits spürbaren Klimawandel wenigstens einzudämmen. Den grünalternativen Fetisch der kleinteilig-lokalen Produktion greift er mit Blick sowohl auf Energieversorgung wie Industrie an (nur ein großräumiges Energienetz kann die Schwankungen erneuerbarer Energiequellen ausgleichen und standardisierte Massenproduktion verbraucht am wenigsten Energie, Ressourcen und Arbeitskraft; darauf beziehen wir uns in Punkt 7, eher widerwillig, weil uns auch ohne grünalternative Neigungen Dezentralisierung eigentlich vorteilhaft scheint).

6. Adornos »Thesen über Bedürfnis« (1942, *Gesammelte Schriften*, Bd. 8) sind ein Revolutionsprogramm auf nur viereinhalb Seiten. Zum »Recht auf Einsamkeit«: Marcuse, *Über Revolte, Anarchismus und Einsamkeit* (Zürich 1969). Zum *luxe communal*: Kristin Ross, *Communal Luxury. The Political Imaginary of the Paris Commune* (London/New York 2015). Ross legt Momente der Pariser Commune von ungemeiner Aktualität frei: Schon 1871 wurden die Trennung von Kopf- und Handarbeit, das hierarchische Geschlechterverhältnis, die Kunst als vom Alltagsleben getrenntes Luxusgut, der Staat und die Nation praktisch infrage gestellt. Wenn wir im vorliegenden Text häufiger von der *Commune* als von *Kommunismus* reden, dann nicht nur aufgrund der vielleicht unwiderruflichen Kontaminierung des letzteren Begriffs mit der Geschichte der staatsozialistischen, nicht selten massenmörderischen Regime des 20. Jahrhunderts, sondern auch zur Kenntlichmachung eines verborgenen Fadens der Subversion, der vom noch vorindustriellen Paris des Jahres 1871 in die Gegenwart des High-Tech-Kapitalismus führt.

7. Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich* (MEW 17); Anton Pannekoek, *Arbeiterräte*, Fernwald 2008. Überraschend gut dazu: Alex Demirovic, »Rätedemokratie oder das Ende der Politik« (*PROKLA* 155), der vor allem das restlose Aufgehen von Politik in Wirtschaft problematisiert. Zur Rechtskritik: Eugen Paschukanis, *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus* (1924), Freiburg 1991. Zu Gefängnissen: Emma Goldman, »Prisons: A Social Crime and Failure«, in: *Anarchism and Other Essays*, Stilwell 2008.

8. Zitat aus Kat Lux/Johannes Hauer/Marco Bonavena, »Der halbierte Blick. Gedanken zum Geschlechterverhältnis im *Kommenden Aufprall*«, *diskus* 216 (2017).

9. Der bis heute programmatische »wertkritische« Text zur Aufhebungsfrage ist Robert Kurz, »Antiökonomie und Antipolitik«, *krisis* 1997. War bei Kurz noch eine vage Ahnung von den Grenzen evolutionärer Veränderung vorhanden, trauen Wertkritiker heute Parteien »wie Syriza und Podemos, die ja aus den sozialen Protestbewegungen hervorgegangen sind, durchaus eine wichtige Funktion« für die Aufhebung der Warengesellschaft zu (Norbert Trenkle, »Gesellschaftliche Emanzipation in

der Krise« (2015), im Netz). Dem Beitrag »Insurrection and Production« (2016, im Netz) der *Angry Workers of the World* (London) ist breite Diskussion zu wünschen. Sie überlegen am Beispiel des britischen Inselreichs ungewöhnlich konkret, wie eine proletarische Revolution heute verlaufen könnte. Wir hoffen, dass der von ihnen angepeilte 9-Stunden-Tag wirklich nur in der Anfangszeit gilt.

THESEN ZUM ISLAMISMUS

Seit den Terroranschlägen von Al-Qaida am 11. September 2001 und der Schreckensherrschaft des Islamischen Staats (IS) im Irak und in Syrien ist der Islamismus auch im Westen zu einem Dauerthema der politischen Auseinandersetzung geworden. Längst hat der bärtige Islamist den bösen Russen als zentrales Feindbild im Hollywood-Kino abgelöst, und kaum ein Abend vergeht, an dem nicht in einer Talkshow über die weltpolitische Bedrohung durch den islamistischen Terror diskutiert wird. Die journalistische und wissenschaftliche Flut an Interpretationen und Theorien ist kaum noch zu überschauen, dennoch tauchen brauchbare materialistische Analysen wenn überhaupt nur vereinzelt auf. Darum erscheint es uns dringend notwendig eine linke Debatte über das Wesen des Islamismus und den Umgang damit in Gang zu setzen.

Die folgenden Thesen stellen unseren vorläufigen Diskussionsstand zum Thema Islamismus dar. Sie verstehen sich als historisch-materialistische Analyse, die den Islamismus durch einen Blick auf seine Geschichte und seine sozialen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zu verstehen versucht. Dieser Ansatz führt unseren Blick nicht nur, aber in starkem Maß, auf den Iran. Mit dessen »islamischer Revolution« beziehungsweise korrekterweise Konterrevolution betrat der Islamismus im Jahr 1979 zum ersten Mal als eigenständige Macht die Weltbühne. Als einflussreiches »Erfolgsmodell« des Islamismus bildet er trotz aller (nicht zuletzt konfessionellen) Differenzen auch eine Wurzel für den gegenwärtigen Terror und die Staatsbildungsversuche des IS. Die islamische Konterrevolution im Iran ist darüber hinaus auch Beispiel der Verwandlung des bewegungsförmigen Dschihadismus in ein islamistisches Staatsprojekt. Diese Fokussierung auf den Iran soll jedoch nicht über die Bedeutung weiterer mit dem Westen verbündeten Regimes hinwegtäuschen. Gerade Saudi-Arabien – einer der wichtigsten Partner der Bundesrepublik und der USA im Nahen Osten – war und ist ein zentraler Akteur bei der Finanzierung islamistischer Organisationen weltweit.[1]

Dabei verstehen wir den Islamismus nicht einfach als eine besonders rigide oder gewaltsame Lesart des Islam. Schon gar nicht ist der Islamismus ein archaisches Überbleibsel, ein Rückgriff auf das Mittelalter. Ganz im Gegenteil sehen wir im Is-

1 Gilles Kepel, Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2002.

lamismus vielmehr ein modernes Phänomen, das versucht, auf reale und scheinbare Fehlentwicklungen des kapitalistischen Weltsystems Antworten zu geben. Eine Bewegung ist dementsprechend erst dann islamistisch, wenn sie den Anspruch hat, eine alternative Wirklichkeit zu den bestehenden Verhältnissen zu schaffen, die sozialen Strukturen, kulturellen Normen und ökonomische Basis der Gesellschaft weitgehend entsprechend islamistischen Doktrinen umzugestalten. In diesem Sinne muss der Islamismus als Antwort auf die allumfassenden Wandlungserscheinungen der kapitalistischen Entwicklung totalitär sein. Ein aktuelles Beispiel eines solchen idealtypischen Islamismus ist der IS. Viele Bewegungen und Parteien sind jedoch Mischformen zwischen islamistischen und autoritär-islamischen Elementen. So lassen sich bei der türkischen AKP sicherlich islamistische Tendenzen beobachten, allerdings spielt der Islam dabei nur die Rolle einer ideologischen Säule neben anderen und steht nicht kategorisch über allen anderen Interessen, anders als bespielsweise im Iran, wo auch die Judikative den islamistischen Rechtsgelehrten – den Mullahs – untersteht. Diese Beschreibung des Islamismus als moderne Bewegung, die die herrschenden Verhältnisse in ihrer Totalität umzustürzen versucht, meint jedoch nicht, dass wir in ihn irgendeine revolutionäre Hoffnung setzten. Der Islamismus ist, als reaktionäre, menschenverachtende Antwort auf die Verhältnisse, eine Inkarnation der Konterrevolution. Das wollen wir im Folgenden mit unseren Thesen belegen:

1. Der Islamismus ist ein Phänomen der kapitalistischen Krise. So fällt die Geburtsstunde des Islamismus in den Kontext der Weltwirtschaftskrise von 1929. Die erste bekannte und bis heute relevante islamistische Bewegung, die Muslimbruderschaft, gründete sich zwar schon 1928, gewann aber erst im Zusammenhang mit der Krise an Bedeutung. Auch die spätere Renaissance des Islamismus mit dem Höhepunkt der »Islamischen Revolution« im Iran 1979 findet in den 1970er Jahren parallel zum weltweiten Kriseneinbruch statt. Mit der erneuten Zuspitzung der Krise seit 2007 expandiert der Islamismus als reaktionäre Antwort auf soziale Verwerfungen und Aufstände und richtet sich gegen die Moderne, die Aufklärung und alle linken Ideen als deren vermeintliche Ursachen. Eng verknüpft ist dies mit antisemitischer Propaganda. Der grassierende

Antisemitismus in Frankreich infolge der Dreyfuss-Affäre erreichte schon Ende des 19. Jahrhunderts die Kolonien, wo vor allem arabische Christen Übersetzungen antisemitischer Texte ins Arabische verfassten und publizierten.[2] Das europäische Exportgut des modernen Antisemitismus wurde mit antijudaistischen Ideen der Koranauslegung verknüpft und so zu einem wichtigen Bezugspunkt für die Muslimbruderschaft und alle weiteren islamistischen Gruppen. Der Hass auf Juden war so auch vor der Gründung des Staates Israel wichtiger Bestandteil islamistischer Ideologie. Schuld an allem Elend seien demnach nicht die Produktionsverhältnisse sondern verborgene Strippenzieher der westlichen Moderne, die man mit Jüdinnen und Juden, Kommunist_innen und allen progressiven Kräften identifizierte. Die islamistischen Organisationen können mit diesen personalisierten Krisenerklärungen gerade dann Zulauf gewinnen, wenn die Verelendung im Zuge der kapitalistischen Modernisierung zunimmt. Da die aktuelle kapitalistische Krise jedoch kein vorübergehendes Phänomen, sondern systemischen Ursprungs ist, lässt sich nicht davon ausgehen, dass der Islamismus als reaktionäre »Krisenlösungsstrategie« an Attraktivität verliert.

2. Der Islamismus schöpft sein Potential aus dem Scheitern der sogenannten nachholenden kapitalistischen Entwicklung, wie beispielsweise in den arabischen Staaten und der subsaharischen Region. Er ist also ein genuin modernes Phänomen, das in autoritärer Weise auf die destruktiven Pathologien des kapitalistischen Weltsystems antwortet. Hierauf verweisen auch die Entwicklungen im Iran. Dieser erlebte in den 1950er bis 1960er Jahren eine rasante Kapitalisierung, die letztlich jedoch nur einer kleinen Oberschicht um den Schah zu Reichtum verhalf. Der Schah schaffte es nicht, die breite Masse der Bevölkerung über eine Integration in das System zu befrieden und hielt seine Herrschaft mit westlicher Unterstützung fast gänzlich mit Hilfe eines Gewaltapparats aufrecht. Im Iran wurde durch die Kapitalisierung der Gesellschaft zwar tendenziell »alles Ständische und Stehende verdampft«, jedoch erfüllte sich das Versprechen der hochindustrialisierten Nationen des Nordens, die »Welt nach ihrem eigenen Bilde« zu formen, dort nicht. Das heißt nicht, dass die Modernisierung im Sinne des kapitalistischen Weltsystems scheiterte – der Iran funktionierte

2 Bernard Lewis, Semites and Anti-Semites. An Inquiry into Conflict and Prejudice, New York 1986, 132f.

als Rohstofflieferant und Absatzmarkt durchaus – vielmehr sind die damit einhergehenden Integrationsversprechen des Kapitalismus nicht erfüllt worden. Ähnlich verhielt es sich mit den arabischen staatssozialistischen Regimes in Syrien, Libyen, Ägypten und Algerien: Allesamt scheiterten sie daran, einen Prozess der Hochindustrialisierung in Gang zu setzen. Eine »Entwicklung« im Sinne einer Integration der dortigen Bevölkerung über die Verheißungen des Konsums ist in Zeiten permanenter kapitalistischer Krise deshalb auch langfristig nur schwer vorstellbar. Die sogenannte Unterentwicklung großer Regionen des politischen Südens gehört ebenso zum kapitalistischen Weltsystem wie der relative Wohlstand in den Zentren. Nicht zuletzt angesichts dieser strukturellen Desintegration entdeckten viele Staaten des Nahen Ostens den Islam als integrative Kraft, um die gesellschaftlichen Probleme wenn schon nicht zu lösen, so doch ideologisch zu überdecken.

3. Der Islamismus ist ein Phänomen der Ausweitung des Surplus-Proletariats.[3] Die meisten islamistischen Bewegungen kennzeichnet ein klassenübergreifendes Bündnis aus einzelnen Protagonisten des Kapitals, Teilen der Mittelschicht und einer großen Zahl (städtischer) Armer. Dabei treten erstere meist als Geldgeber_innen und nur selten als Aktivist_innen in Erscheinung. Die Kader und besonders fanatischen Mitglieder entstammen dagegen oft der Mittelschicht, während die große Masse der Bewegung aus den zum Teil nur temporär mobilisierbaren verarmten Massen besteht.

Nachdem die staatssozialistischen Entwicklungskonzepte unter Mohammed Mossadegh im Iran 1953 durch einen von der CIA unterstützten Putsch beendet wurden, kam es unter dem nun erneut an die Macht gelangten prowestlichen Schah-Regime zu einer brutal durchgeführten Modernisierung inklusive antifeudaler Agrarreform. Dies führte in den 1960er und 1970er Jahren zur Freisetzung großer Teile der Landbevölkerung, welche jedoch nur zu einem kleinen Teil Arbeit in den neu entstandenen Fabriken fanden.[4] Es entstand eine urbane Massenarmut in Slums. Diese meist jungen, städtischen Armen sollten später eine der zentralen Stützen des islamistischen Umsturzes werden.[5] Das Fußvolk der Islamist_innen rekrutiert sich aus dem riesigen Heer der für das Kapital Überflüssigen.

3 Ausführlicher dazu: Endnotes, Elend und Schulden, *Kosmoprolet* 4 (2015), 60–83.

4 Vgl. das Interview zu 1979 mit Piran Azad: Von der Massenautonomie zum islamischen Staat, *Analyse & Kritik* 541 (2009).

5 Vgl. Lafif Lakhdar, Warum der Rückfall in den islamistischen Archaismus (1981), online unter kosmoprolet.org .

Für weite Teile der Bevölkerung gibt es keine Perspektive in einer Region, in der jegliche kapitalistische Entwicklung mit Aussicht auf ein gewisses Wohlstandsniveau gescheitert ist. Der vermeintlich westliche Kapitalismus hat nichts mehr zu bieten, genauso wenig wie die etatistische Linke; somit bleiben als Hoffnung und Utopie oft nur religiöse Versprechen. Beim Sturz des Schahs im Iran waren es zwar die Geistlichen und ein Teil der Mittelschicht, welche die islamische Elite stellten, gleichzeitig waren es aber vor allem die Massen der »Abgehängten« aus den Slums, welche die islamistische Konterrevolution unter großem Blutzoll letztendlich durchsetzten.

Das Zustandekommen dieses Interessenzusammenschluss aus Mittelschicht, Intellektuellen und Geistlichen einerseits sowie der großen Zahl aus städtischen Armen andererseits, kann auch durch die gezielte karitative Ausrichtung der islamistischen Bewegungen verstanden werden. Oftmals stellen die von Islamist_innen betriebenen Suppenküchen und Nahrungsmittelausgaben die einzige Möglichkeit für die verarmte urbane Bevölkerung dar, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Vor allem in Ägypten füllt die Muslimbrüderschaft gerade jene Lücke, die der Staat in puncto Sozialhilfe offen lässt. Auch im Bildungssektor, der von staatlicher Seite in vielen überwiegend muslimischen Staaten sehr selektiv vor allem Kindern der Mittel- und Oberschicht zugänglich ist, schaffen es islamistische Gruppierungen, Kinder der Unterschicht über Koranschulen für ihre Sache zu gewinnen – denn diese Koranschulen stellen häufig die einzigen Institutionen dar, in denen Kinder des Surplus-Proletariats lesen und schreiben lernen können. Schließlich fungieren Moscheen in vielen diktatorischen Systemen, wie dem Irak Saddam Husseins, dem Iran unter dem Schah oder dem syrischen Assad-Regime, als einziger Ort, an dem Kritik an den Machthabern geäußert werden konnte und kann. Gerade in den Moscheen schafften es radikal-islamistische Geistliche, den Unmut über die Herrschenden in Bahnen des Dschihad zu lenken und die Gläubigen zu radikalisieren. Insofern stellen viele Moscheen, neben den Koranschulen und karitativen Projekten, die Brücken dar, über die das islamistische Klassenbündnis errichtet wird.[6]

6 Vgl. Chris Harman, The Prophet and the Proletariat. The Class Base of Islamism (1994), online unter: marxists.de.

Dieses Klassenbündnis zeichnet auch die Strukturen des IS aus, der sich als Projekt der solidarischen Religionsgemeinschaft versteht. Dass prozentual gesehen die meisten ausländischen Rekruten lange Zeit aus dem krisengebeutelten Tunesien kamen, überrascht nicht. Bei ihnen handelte es sich um junge arbeitslose Männer, die sich im Zuge des politischen Aufstiegs und Falls der Ennahda-Bewegung radikalisierten und nun nach einem direkten Betätigungsumfeld suchen. Die offizielle Jugendarbeitslosigkeit lag bei über 40 Prozent (2016) und gerade bei den männlichen Jugendlichen scheint sich vermehrt das zynische Bild durchgesetzt zu haben, man könne lediglich zwischen einer Flucht nach Europa oder dem IS zu wählen. Indem der IS seinen Rekruten regelmäßige gesicherte Monatsgehälter versprach, stellte er für viele junge Tunesier einen realen Ausweg aus ihrer Perspektivlosigkeit dar. Im Gegensatz zu dem ursprünglich elitären wie exklusiven terroristischen Netzwerk Al-Qaida adressiert der IS als Bewegung und junges Staatsprojekt *alle* Sunnit_innen und überdies gezielt jene, welche aufgrund von Arbeitslosigkeit und Diskriminierung neuen Halt suchen. Zugleich bietet er, anders als al-Qaida, ein konkretes Handlungsfeld an: der direkte Kampf und Staatsaufbau in Syrien und im Irak.[7]

4. Der Islamismus ist im Kontext der Niederlage der Linken zu sehen. Damit ist zweierlei gemeint: erstens, dass der Aufstieg des Islamismus seit den 1970er Jahren nur vonstatten gehen konnte, weil es gleichzeitig zu einer globalen Schwächung linker oder sich als links verstehender Bewegungen kam. Schon zu Zeiten des Sturzes des Schahs im Iran hatten die noch ein Jahrzehnt davor so virulenten sozialistischen Vorstellungen aus verschiedenen Gründen an Ausstrahlungskraft verloren. Piran Azad etwa, der an der iranischen Revolution beteiligt war, antwortete in einem Interview mit der *ak* auf die Frage, warum die Islamist_innen so einflussreich werden konnten: »Außerdem war die sozialistische Perspektive durch die Politik der Sowjetunion und der Volksrepublik China, die nationalistische Strömung durch die korrupten Staaten im Nahen Osten diskreditiert.«[8] In das Vakuum, das die Linke seit den 1970er Jahren weltweit hinterlassen hat, stieß der Islamismus, weil er sich als vermeintlich einzige kämpferische Alternative zum Kapitalismus ausgeben konnte.

7 Ausführlicher zur Entstehung des IS: La Banda Vaga, Kehrseite der kapitalistischen Moderne, *Analyse & Kritik* 623 (2017), online unter labandavaga.org.

8 Azad, Von der Massenautonomie zum islamischen Staat.

Zweitens ist zu beobachten, dass auf den Niedergang linker Bestrebungen im arabischen Raum oft die Ablösung durch Islamisten erfolgte. Ein Beispiel dafür ist die zumindest nominell sozialistische PLO in Palästina, die seit Mitte der 1960er Jahre über zwanzig Jahre lang einen Alleinvertretungsanspruch für die Palästinenser_innen aufrechterhalten konnte. Ab Ende der 1980er Jahre hingegen musste die PLO ihren Einfluss mehr und mehr an die islamistische Hamas abtreten, wodurch es parallel zu einer Islamisierung der Palästinenser_innenfrage kam.

Zugleich dominiert in vielen Teilen der islamistischen Bewegungen die bis dato »linke« Rhetorik des antikolonialen/antiimperialistischen Kampfes. So wurde der IS in seiner hauseigenen Publikation *Dabiq* nicht müde zu betonen, dass er sich selbst als vermeintlich erfolgreicher Gegner westlicher Militärinterventionen und der in deren Zuge ausgelösten humanitären Katastrophen begreift. Indem dort die westlichen Staaten durchweg als Kreuzritter angesprochen werden, zeichnet der IS ein Bild des *Clash of Cultures* beziehungsweise eines Religionskrieges. Der IS versteht sich unter anderem als Reaktion auf die sogenannte Tyrannei der »Ungläubigen«, des imperialistischen Westens, und daher als Kämpfer für die Belange der Unterdrückten und geknechteten Muslime: »Jeder Ungläubige, der sich dem Islamischen Staat entgegenstellt, wird ohne Erbarmen oder Reue getötet, bis Muslimen nicht geschadet und gänzlich für Allah regiert wird.«[9] Die Anschläge nehmen aus dieser Binnenperspektive den Charakter eines »Befreiungskampfes« an, einer Selbstermächtigung gegen die kapitalistische Moderne, welcher bisher vor allem eine «linke« Position darstellte.

9 *Dabiq* 14 (2016), 4.

Auch wenn wir den Islamismus für die wesentlich schlimmere Alternative halten, geht es uns mit dieser These nicht darum, die »antiimperialistischen« Bewegungen der 1970er Jahre nachträglich zu glorifizieren. Viele dieser Bewegungen errichteten nationalistische Entwicklungsdiktaturen, sobald sie an die Macht gelangten. Dennoch ging vom Versprechen einer sozialistischen Zukunft in diesen Ländern eine emanzipatorische Hoffnung aus, deren Verschwinden heute ein politisches Vakuum hinterlässt, das durch den vollends reaktionären Islamismus ausgefüllt wird.

5. Der Islamismus ist ein patriarchales Projekt. Sowohl ideologisch als auch funktional vertritt der Islamismus eine reaktionäre Geschlechterideologie. Ideologisch verspricht er autoritären Charakteren psychische Stabilität durch die freiwillige und lustvolle Unterordnung unter ein rigides System patriarchaler Werte.

Insbesondere jungen Männern, die zu traditionellen Ernährern erzogen wurden, aber in der Realität deklassiert und perspektivlos einer Entwertung ihrer Lebensentwürfe entgegenblicken, bietet der Islamismus ein Gefüge, das ihnen das Gefühl des Scheiterns durch das des Triumphs zu ersetzen verspricht. In seinen Bewegungsphasen bedient der Islamismus das Bedürfnis autoritärer Persönlichkeiten nach einer konformistischen Rebellion. Die »unislamische« Herrschaft der »verwestlichten« Regierungen soll durch eine »göttliche Ordnung« ersetzt werden, der sich die Islamist_innen lustvoll unterwerfen können. In islamistischen Regimes wie dem Iran existiert dieses rigidegesellschaftliche System bereits. Dieses verspricht seinen Anhänger_innen Sicherheit in einer als instabil empfundenen Welt. Dem sadomasochistischen Charakter (Fromm) wird dadurch Rechnung getragen, dass die Einzelnen sich einerseits einer strikten Hierarchie unterwerfen können und andererseits gegen Menschen vorgehen dürfen, die sich »unislamisch« verhalten, etwa weil sie das Kopftuch nicht korrekt tragen. Damit kann sich der Islamismus als radikale Alternative zur kapitalistisch-liberalen Moderne präsentieren, indem er fundamentalistisch auf die Verunsicherungen reagiert, die mit gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen einhergehen.

Der Islamische Staat im Irak und in Syrien ist heute die äußerste Form dieser Politik gewordenen »Männerphantasie« (Theweleit): Dort werden junge Männer durch die Erwartung rauschhafter Gewaltorgien im Kampf gegen die »Ungläubigen« ebenso angelockt wie durch die Aussicht auf ungestrafte Vergewaltigungen oder Versklavungen von Frauen. Mag es sich dabei um ein Maß an Hass und Zerstörungswut handeln, das nicht alle islamistischen Bewegungen anpreisen oder überhaupt offiziell gutheißen, so ist es doch eine mögliche Folge einer autoritären Triebunterdrückung und Negierung der eigenen Lust, die allen patriarchalisch auftretenden Bewegungen gemein ist.

Obwohl Frauen im Islamismus in noch größerem Maße zur Selbstkontrolle gezwungen sind, kommt ihnen kein ähnliches Versprechen zu. Frauen haben in diesem System also eigentlich nichts zu gewinnen. Sie beteiligen sich mitunter aber trotzdem daran, weil sie zumindest psychisch vom Ordnungsversprechen des Islamismus profitieren, das ihnen einen festen Platz in der Weltordnung zuweist und dadurch Orientierung bietet. So machen Frauen laut BKA immerhin ein Fünftel der aus dem Westen Rekrutierten aus.

Wie viel sie dabei zu verlieren haben, zeigt gleichwohl ein Blick auf die geschlechterpolitischen Maßnahmen im Einflussbereich islamistischer Kräfte. Die frauenverachtende Praxis des Islamischen Staats bedarf hier keiner weiteren Ausführung. Im Iran, der in dieser Hinsicht angesichts der großen Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben noch oft als besonders fortschrittlich angeführt wird, wurden nach der Revolution Maßnahmen zur Geschlechtertrennung eingeführt sowie die allgemeine Kopftuchpflicht. Islamistisch motivierte Säureattacken auf unverschleierte Frauen wurden zuvor stark in der Öffentlichkeit thematisiert, um die Bereitschaft zur freiwilligen Unterordnung durch Angst zu fördern und finden noch heute regelmäßig statt, ohne scharf geahndet zu werden. Während das Kopftuch vor und während der Revolution auch von nichtmuslimischen Frauen freiwillig als Widerstandssymbol getragen wurde, machte es der neue Iran zur erdrückenden Pflicht. Dass Frauen im Iran in vielen gesellschaftlichen Sphären aufsteigen können, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies im Rahmen des Wohlgefallens des Revolutionsführers geschieht und jederzeit zurückgenommen werden kann. Wo sich Frauen im Iran nicht an die Kleiderordnung und die Benimmregeln der islamistischen Führung halten, da können sie sich so wenig in der Öffentlichkeit bewegen wie in Saudi-Arabien.

Wo islamistische Kräfte an Einfluss gewinnen, werden Frauenrechte, wenn vorhanden, untergraben und durch eine patriarchale Gesellschaftsordnung ersetzt. Die Männerphantasien der Islamisten auf der einen Seite und die Entrechtung der Frauen auf der anderen gehören unauflöslich zusammen.

6. Durch das Scheitern des sogenannten Arabischen Frühlings wurden islamistische Kräfte gestärkt. Zunächst waren die Proteste des Arabischen Frühlings nicht islamistisch geprägt, sondern hatte eine explizit säkulare beziehungsweise soziale Stoßrichtung. In Ägypten haben die Muslimbrüder ihren Mitgliedern anfangs sogar verboten an den Protesten gegen das Mubarak-Regime teilzunehmen, erst als ihre Jugendorganisation das Verbot ignorierte und das gesellschaftliche Ausmaß der Proteste klar wurde, beteiligten auch sie sich. Nach dem Sturz Mubaraks kamen ihnen ihre unter der Diktatur etablierten Strukturen zugute, ebenso wie die Fokussierung auf Wahlen, sodass sie den Schwung der Bewegung nutzen konnten, um an die Macht zu gelangen. Die ursprüngliche Protestbewegung und deren Inhalte wurden dagegen von ihnen bekämpft. So gab es etwa massive organisierte Übergriffe gegen Frauen auf dem Tahrir-Platz als Reaktion auf die in der Revolte erkämpften Freiheiten. Ähnliches begingen auch Islamisten in anderen arabischen Ländern, wie in Syrien oder auch schon bei den im Zuge der IWF-Strukturprogrammen ausgebrochenen Food-Riots 1988 in Algerien.

Gerade der große Zustrom desillusionierter und radikalisierter junger Männer zum IS kann ohne das Scheitern des arabischen Frühlings nicht ausreichend erklärt werden. So bedeutete einerseits die Zuspitzung der Proteste in Syrien zum Bürgerkrieg ein neues Betätigungsfeld für den IS und zugleich vermochte er die diskriminierten sunnitischen Bevölkerungsteile für seinen antischiitischen Kampf zu gewinnen. Überdies schuf das Scheitern der Proteste weiteren Nährboden für die fortschreitende Expansion des IS ab 2013 im Irak wie in Ägypten, Tunesien und Libyen. In Libyen zeigt sich gegenwärtig, dass die an der NATO-Intervention beteiligten Staaten keine Verantwortung für das hinterlassene Machtvakuum übernehmen, etwa durch die Aufnahme von Menschen, die zur Flucht gezwungen sind. Im Gegenteil entblödet sich beispielsweise die BRD nicht, auch noch »Grenzdeals« mit autoritär geführten Staaten abzuschließen, aus deren Flüchtlingslagern von Folterungen und Sklavenmärkten berichtet wird.

7. Der Islamismus ist ein Mittel imperialistischer Machtpolitik. Die Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran etwa benutzen

ihre Auslegung des Islam (Sunna vs. Schia) immer auch als Mittel zur geostrategischen Hegemoniebildung in der Region. Dabei stellen beide Konkurrenten ihre Koranauslegung als die einzig wahre dar und bezichtigen ihren Gegenspieler der Abweichung. Der Konflikt um Vormachtstellung wird einerseits auf spektakuläre Weise geschürt wie beispielsweise bei der jährlichen Wallfahrt nach Mekka. Kriegerisch ausgefochten wird er in Auseinandersetzungen wie derzeit in Syrien und im Jemen, wo die vom Iran finanzierten schiitischen Huthi-Rebellen gegen die sunnitische Regierung kämpfen, die von einer durch Saudi-Arabien geführten Koalition unterstützt wird. Nach der Festigung des islamistischen Regimes im Iran begann dessen Führung, sich außenpolitisch gegen den Irak und Saudi-Arabien zu richten – der »Heilige Krieg« diente dazu, den eigenen politischen Einfluss auszuweiten. So wurde etwa der irakische Machthaber Saddam Hussein in der feindlichen Propaganda als »Ungläubiger« diskreditiert und reagierte darauf seinerseits mit einer öffentlich wirksamen Islamisierung seiner Herrschaft. Beispielhaft dafür ist die Veränderung der irakischen Staatsflagge: Seit dem zweiten Golfkrieg steht im Mittelstreifen der Flagge *Allahu Akbar* geschrieben, laut offizieller Staatspropaganda in der Handschrift Saddam Husseins. Ein anderes Muster der Islamisierung politischer Konflikte ließ sich am Vorabend des syrischen Bürgerkriegs beobachten: Dort versuchte der syrische Machthaber Assad, regierungsfeindliche Organisationen gezielt von außen zu »islamisieren« (etwa durch Generalamnestien für Islamist_innen), um sie anschließend umso besser als islamistische und damit terroristische Organisationen bekämpfen zu können. Auch die Unterstützung des IS und anderer dschihadistischer Organisationen durch die Türkei stellt eine geostrategische Politik der regionalen Machtausweitung durch gezielte Instrumentalisierung des Islamismus dar. All diese Beispiele verdeutlichen, dass islamistische Bewegungen trotz ihrer Eigendynamik immer auch in imperialistische Politik und die Dynamiken der Staatenkonkurrenz eingebettet sind.

8. Der Islamismus wurde und wird durch das Vorgehen des Westens gestärkt. Wesentlich für die Legitimation und Anziehungskraft des Islamismus ist sein »Widerstand gegen den Westen« – sowohl auf ideologischer Ebene (Kampf gegen die

»westliche Dekadenz«) als auch ganz praktisch im Kampf gegen westliche Besatzung, wie im Irak und Afghanistan, oder gegen westliche Militärpräsenz wie etwa in Saudi-Arabien. Diese Militärpräsenz nahe der »heiligen Städte« spielte ideologisch für die Entstehung Al-Qaidas eine bedeutende Rolle. Der islamistische Widerstand wurde und wird allerdings auch durch das Vorgehen der westlichen Staaten selbst befördert. Dabei ist es noch nicht einmal nötig, bis auf die Geschichte des Kolonialismus zurückzugehen, in der sich natürlich auch zahlreiche Beispiele finden lassen, es genügt ein Blick in die letzten Jahrzehnte. Die brutalen Kriege im Mittleren Osten unter Beteiligung westliche Militärallianzen haben zu großer Verbitterung innerhalb der Bevölkerung geführt. Von grausamen Folterzentren wie in Abu Ghuraib über das skrupellose Vorgehen privater Söldnerarmeen bis zur einseitigen Unterstützung korrupter Kriegsherren hat sich der Westen dort nicht mit Ruhm bekleckert. Das Ergebnis der kriegerischen Auseinandersetzungen sind verwüstete Regionen und sogenannte failed states, wie Libyen, Somalia und Teile des Iraks und Afghanistans, in denen die Islamisten ihren Einfluss etablieren können. Doch westliche Staaten unterstützten islamistische Gruppen auch direkt, wenn es in das strategische Konzept passte. Das bekannteste Beispiel dafür ist natürlich die Förderung der afghanischen Mujaheddin durch eine Koalition unter Führung der USA und Pakistans im Kampf gegen die Sowjetunion. Aus diesen Strukturen entstand dann nach dem Abzug der Roten Armee das Terrornetzwerk Al-Qaida. Wer seine Hoffnung im Kampf gegen den Islamismus auf den aufgeklärten Westen setzt, scheint somit zumindest unter historischer Kurzsichtigkeit zu leiden.

9. Der Islamismus ist eine eschatologische Ideologie, die sich explizit gegen alle Ideen einer emanzipatorischen Politik richtet. Jedwedes Bündnis mit islamistischen Kräften, und sei es noch so strategisch, verbietet sich damit für eine emanzipatorische Linke. In der iranischen Revolution verbündete sich die Linke im Zuge einer Art »Volksfront« mit der islamistischen Bewegung, um mit ihr gemeinsam gegen den Schah zu kämpfen. Kaum war dieser gestürzt, wurde sie Opfer der Islamist_innen, von denen sie nicht nur politisch geschlagen, sondern auch physisch vernichtet wurde: So war nicht 1979, das Jahr des

Sturzes des Schah-Regimes, sondern 1982 das blutigste der Revolution, als die Islamist_innen ihre linken ehemaligen Verbündeten massenhaft ermordeten. Eine Verharmlosung des Islamismus aus Angst, den antimuslimischen Rassismus im Westen zu stärken und zu befördern, ist vor diesem Hintergrund ebenso fehl am Platz wie die »antiimperialistische« Verklärung des Islamismus zu einer antikapitalistischen Bewegung, wie sie bei manchen Traditionslinken bis heute anzutreffen ist. Einschätzungen, die im Iran den »Schiiten-Sozialismus der Khomeinisten« erblickten (so etwa die Redaktion der Zeitschrift *Autonomie*), mögen, aufgrund der schlechten Informationslage, zumindest im Jahr 1979 noch halbwegs erklärbar gewesen sein; wer aber auch im Jahr 2016 noch zum »(kritischen) Dialog mit Islamisten« aufruft, weil »moderate islamistische Akteure und Linke gerade in Fragen sozialer Gerechtigkeit durchaus gemeinsame Werte« hätten (wie es in einer Publikation der Rosa-Luxemburg Stiftung unter dem Titel »Dialog mit dem Islam II« heißt), kann sich beim besten Willen nicht mehr auf Unkenntnis berufen. Auch wenn die Befürwortung einer direkten Zusammenarbeit mit islamistischen Organisationen in der deutschsprachigen Linken eher eine Ausnahme darstellt, kommt es sehr häufig zu einer Relativierung ihrer Ideologie. Solche Positionen führen dazu, dass Kritik und Analyse des Islamismus meist bürgerlichen oder reaktionären Fraktionen vorbehalten bleibt.

10. Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Islamismus schweigen. Im gleichen Maße, wie wir uns gegen ein Bündnis mit islamistischen Akteuren und ihre Verharmlosung richten, halten wir eine Politik des kleineren Übels für falsch. Darunter verstehen wir eine von Teilen der Linken betriebene Taktik einer »Volksfront gegen den Islamismus«, also die Zusammenarbeit mit bürgerlichen, staatlichen oder »moderat« islamischen Organisationen, Verbänden und Institutionen. Auch wenn die Anpassung oft nicht bewusst vollzogen wird, führt diese Taktik letztlich zu einer Aufgabe der eigenen Positionen. Sicherlich: Der Genozid des Islamischen Staats an den Jesid_innen im Irak, die massenhafte Ermordung, Vergewaltigung und Versklavung von Menschen, aber auch die brutalen Terrorangriffe auf der ganzen Welt sind Verbrechen, die sich unter keinen Umständen wiederholen oder fortsetzen dürfen.

Wo der Islamismus gewalttätig auftritt, kann ihm deshalb nicht ohne Gegengewalt begegnet werden. Doch wenn man den Islamismus als Phänomen der kapitalistischen Moderne sieht, so kann eine emanzipatorische Antwort darauf nicht sein, den Status quo, unter welcher Bezeichnung auch immer, zu verteidigen. Natürlich erscheint es bei der heutigen Schwäche der Linken illusorisch, dem Islamismus einen emanzipatorischen Kommunismus gegenüberstellen zu wollen; mindestens genauso utopisch ist jedoch die Vorstellung es gäbe die realistische Chance »unsere« Verhältnisse auf die ganze Welt zu übertragen: Eine solche Politik verkennt, dass die bürgerliche Gesellschaft in den Metropolen hierzulande einen historischen Sonderfall darstellt. Die, wie es im bürgerlichen Jargon heißt, Unterentwicklung großer Regionen der Welt ist eben genauso Teil der herrschenden Verhältnisse wie die bürgerliche Demokratie in der Bundesrepublik. Der Kapitalismus hatte über hundert Jahre Zeit Regionen wie Syrien zu »entwickeln« und hat dies nicht geschafft. Warum sollte es ihm nun in Zeiten einer permanenten Krise gelingen? Eine Linke, die so viel Kreide frisst, bis sich ihre Flugblätter wie etwas akademischere Texte der Bundeszentrale für Politische Bildung lesen, ist im Endeffekt nicht besonders realistisch und damit vermeintlich relevant, sondern verteidigt nur die Ursachen der Barbarei. Einer Linken, die Relevanz für sich beansprucht, hat es nie gut zu Gesicht gestanden, ihre emanzipatorischen Inhalte hinter dem Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie zu verbergen. Schlussendlich heißt die Frage auch beim Islamismus »Kommunismus oder Barbarei«. ■

La Banda Vaga



KEIN WEG VORAN, KEIN WEG ZURÜCK

CHINA IN DER ÄRA DER RIOTS

Die soziale Revolution – so unwahrscheinlich sie aktuell auch erscheinen mag – ist weniger denn je im nationalen Rahmen vorstellbar. Das bedeutet nicht, dass Bewegungen weltweit gleichzeitig und gleichförmig entstehen müssten; realistisch scheint eher, dass bestimmte Klassenkämpfe eine Ausstrahlung über Grenzen und Fragmentierungen der proletarischen Klasse hinweg gewinnen. Und was schon in der Französischen Revolution, den revolutionären Wellen von 1848, 1917 bis 1921 über 1968 bis hin zu den Platzbesetzungen der vergangenen Jahre zu beobachten war, wird sich durch neue Kommunikationstechnologien vermutlich noch weiter entwickeln: der Bezug der Bewegungen aufeinander. So wenig sich ein Ort des Beginns künftiger revolutionärer Wellen antizipieren lässt – Wer hätte im Ersten Weltkrieg schon auf Petrograd, Mitte der 1960er Jahre auf Berkeley oder zuletzt ausgerechnet auf Tunis getippt? –, dürften die Kämpfe im größten Land der Erde dabei eine gewichtige Rolle spielen. Und dies nicht etwa nur deshalb, weil dort ein erheblicher Teil der Weltbevölkerung lebt. China, das nach dem Zweiten Weltkrieg als das ärmste Land der Welt galt und in dem es um den Lebensstandard der immer noch ganz überwiegend auf dem Land lebenden Bevölkerung nach den Wirren des »Großen Sprungs nach vorn« (1958–1961) und der Kulturrevolution (1965–1976) mit ihren Millionen von Todesopfern auch noch dreißig Jahre nach Gründung der Volksrepublik (1949) kaum besser bestellt war, hat sich nicht nur zum dynamischsten Glied des Weltkapitalismus entwickelt, sondern auch die in absoluten Zahlen größte Proletarisierungswelle in der Geschichte des Kapitalismus erlebt.[1] Die Literatur über diesen Prozess, der 1978 mit der Verkündung der großen marktwirtschaftlichen Reformen durch die herrschende KP in Gang gesetzt wurde und seit Mitte der 1990er Jahre eine weltweit einzigartige Dynamik angenommen hat, füllt mittlerweile ganze Regalwände. Als weniger gesichert gilt dagegen, welche Entwicklungspotentiale dieser Aufsteiger in der immer stärker krisengeschüttelten Weltordnung hat. Und ein noch größeres Mysterium besteht bis heute in den massenhaften Kämpfen, die die Proletarisierten des Reichs der Mitte führen, die sich aber weitgehend lokal abspielen und bisher ohne jede das System sprengende Kraft geblieben sind. Warum bildet sich dort keine Arbeiterbewegung heraus? Wäre nicht zu erwarten,

1 Zum »Wirtschaftswunder«: Hyekyung Cho, Chinas langer Marsch in den Kapitalismus, Münster 2005. Aus marxistischer Sicht: Giovanni Arrighi, Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2007. Hellsichtig zur Bedeutung Chinas: Wildcat, Welt in Umwälzung, *Wildcat-Zirkular* 25 (1996).

dass ähnlich wie in früheren Entwicklungsdiktaturen die Forderung nach freien Gewerkschaften aufkommt? Wird sich der materielle Aufstieg der chinesischen Lohnabhängigen auch so fortsetzen? Oder stößt das Modell bereits an seine Grenzen? Das Kollektiv um die Zeitschrift Chuang *gehört zu den sehr wenigen, die sich diesen Problemen in sozialrevolutionärer Absicht stellen und dabei »der ›China- Frage‹ zentrale Bedeutung für die Widersprüche des Systems der Weltwirtschaft und seiner Überwindung zuerkennen«, wie es im Editorial der bisher einzigen Nummer heißt.*[2] *Insbesondere der von uns übersetzte und in der Folge leicht gekürzt abgedruckte Artikel von 2015– der Originaltitel lautet »No Way Forward, No Way Back. China in the Era of Riots« – widmet sich diesen Fragestellungen.*

2 Vgl. chuangcn.org/. *Chuang* bedeutet: angreifen, sich losreißen, ausbrechen.

Chuang *widerspricht der verbreiteten Annahme, in China wiederhole sich gerade die westliche Sozialgeschichte und es könne nur eine Frage der Zeit sein, bis sich dort gestützt auf ein starkes Industrieproletariat eine erfolgreiche reformistische Arbeiterbewegung herausbildet. Stattdessen zeichnet der Text das Bild einer Arbeiterklasse, die – daher der Titel – in einer Art Niemandsland feststeckt, nicht mehr zurück aufs Land kann, aber auch in den Städten keine Zukunft hat, und deren Kampfformen – Stichwort Riots – mehr als gewöhnlich angenommen mit denen in den Verliererregionen der Welt gemein haben.*

Besonders interessant ist für uns, dass die Autoren, wie wir auch, dabei von einer globalen Krise der Inwertsetzung menschlicher Arbeitskraft ausgehen, die sich in der absoluten wie auch relativen Ausdehnung des Surplus-Proletariats niederschlägt – einem stets wachsenden Heer von Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängig sind, aber keine oder nur zeitweise Käufer dafür finden.[3] *China stellt in dieser Hinsicht nach wie vor eher die große Ausnahme dar. Aber auch dort macht sich die allgemeine Tendenz geltend: Niemals ist in der Geschichte des Kapitalismus die Absorption von Arbeitskraft im Verhältnis zum Anstieg des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts so gering gewesen wie im Falle des chinesischen Wirtschaftswunders.*[4] *Der Zeitschrift* Endnotes *folgend, deren Überlegungen zur globalen Überschussbevöl-*

3 Vgl. Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, Reflexionen über das Surplus-Proletariat. Phänomene, Theorie, Folgen, *Kosmoprolet* 4 (2015), 34–59.

4 Vgl. C.P. Chandrasekhar/Jayati Ghosh, Recent Employment Trends in India and China: An Unfortunate Convergence?, Neu-Delhi 2007, 17.

kerung wir im letzten Heft dokumentiert haben, gehen die Autoren sogar von einer weitgehenden Stagnation des in der Industrie beschäftigten Anteils der Arbeitsbevölkerung seit dem großen Take-Off der chinesischen Volkswirtschaft gegen Ende der 1990er Jahre aus[5] – ein Aspekt, der später noch zu diskutieren sein wird. Unbestritten dagegen ist, dass eine »Erneuerung der chinesischen Arbeiterklasse in einem Prozess der Proletarisierung« eingeleitet wurde, »das heißt der Produktion eines Bevölkerungsteils, der über kein Eigentum an Produktionsmitteln wie Fabriken oder ausreichendes Land verfügt und somit von einem geldförmigen Arbeitslohn (oft aus zweiter oder dritter Hand) abhängig ist«.[6] Die aktuell 230 bis 270 Millionen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter sind der auffälligste Ausdruck dieser Dynamik, die aber weit darüber hinaus geht. Denn anders als in den immer weiter expandierenden Gigastädten vor allem in der globalen Peripherie, aber beileibe nicht nur dort, finden die Menschen in Shenzhen, Guangdong oder Shanghai in der Regel nicht nur Arbeit, sondern die Löhne sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten um ihr Vielfaches gestiegen. Global betrachtet bedeutet dies allerdings zunächst nur, dass die dortige Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft die in anderen Weltregionen »auffrisst« – eine Tendenz, die sich zukünftig geografisch auch anders darstellen könnte, wie der Zug der Textilindustrie in andere asiatische Staaten, etwa nach Kambodscha oder Vietnam, schon andeutet. Drastische Erhöhungen der Arbeitsproduktivität in China, die ebenfalls bereits ansatzweise absehbar sind, könnten den Bedarf an Arbeitskräften zudem stark mindern.[7] Vor diesem Hintergrund werden in dem Artikel die Kämpfe des chinesischen Proletariats und ihre Begrenzungen verhandelt, der für uns damit einen der derzeit wichtigsten Beiträge zur Debatte um die Klassenkämpfe in China darstellt.

Einige kritische Anmerkungen gilt es dennoch zu machen. Dies betrifft erstens das apokalyptische Bild einer Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems als solchem und in Permanenz: »Heute jedoch gibt es kaum noch Raum für Wachstum, die Arbeitsreserve auf dem Land nimmt ab und die industrielle Beschäftigung schwindet aufgrund der Automatisierung«; daraus folge eine »Krise, in der die einfache Reproduktion von Kapital, Arbeit und ihres Verhältnisses zu einem Problem

5 Endnotes, Elend und Schulden, *Kosmoprolet* 4 (2015), 60–83.

6 Alle Zitate, wenn nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich auf den Artikel von *Chuang* im vorliegenden Heft.

7 Zur Konkurrenz insbesondere zwischen den Schwellenländern und dem chinesischen Erfolg in ihr: Florian Butollo, The End of Cheap Labour? Industrial Transformation and »Social Upgrading« in China, Frankfurt a.M./New York 2014, 237ff.; zu den Rationalisierungspotentialen und -plänen: Yu Huang/Naubahar Sharif, From »Labour Dividend« to »Robot Dividend«: Technological Change and Labour Power in South China, *Agrarian South* (2017).

an und für sich wird«. An anderer Stelle ist von einer »allgemeinen Krise der Reproduktion in einem bisher unbekannten weltumfassenden Ausmaß« die Rede. Schon in unserer Auseinandersetzung mit dem erwähnten Endnotes-*Artikel hatten wir darauf verwiesen, dass die Krise der Reproduktion vieler Proletarisierter keine Krise der Reproduktion des Kapitalverhältnisses an sich bedeuten muss, auch wenn die Verwerfungen schwerwiegender, die Lösungsversuche verzweifelter und die Zyklen zwischen den Krisen kürzer werden.*[8] *Angesichts der weltweiten Proletarisierungsprozesse durch Verdrängung großer Teile der Bevölkerung vom Land ist bislang zu beobachten, dass trotz zunehmender Maschinisierung die Zahl der Beschäftigten steigt, auch wenn sie im Verhältnis zur Reservearmee respektive dem Surplus-Proletariat sinkt.*

8 Vgl. Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, Reflexionen über das Surplus-Proletariat, 52ff.

Gerade in China sind diese Tendenzen virulent: So ist die rein industrielle Beschäftigung nach den Rationalisierungen und Schließungen alter Staatsbetriebe im nördlichen Rust Belt *– über fünfzig Millionen Jobs sollen hier weggefallen sein – durch die Expansion der neuen Privatunternehmen im südchinesischen* Sun Belt *nur marginal gestiegen, während die Wertschöpfung sich vervielfacht hat. Gleichzeitig aber schrumpft die Landbevölkerung immer weiter und die Zahl der Lohnempfänger hat sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten drastisch erhöht, vor allem durch neue Jobs im Dienstleistungsbereich, auch bei industrienahen Dienstleistungen, und in der Bauwirtschaft.*[9] *Dies wie* Chuang *lediglich auf staatliche Konjunkturprogramme und Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen, die rein schuldenfinanziert seien und die Mehrwert generierende Beschäftigung künftig kaum noch ausweiten könnten, bleibt mindestens fragwürdig. Dass Dienstleistungen aber generell als unproduktiv eingeordnet werden, halten wir für etwas abenteuerlich – vor allem, wenn dagegen die ehemaligen Staatsindustrien per se wegen ihrer Blue-Collar-Kultur als produktiv verstanden werden.*

9 Chandrasekhar/Ghosh, Recent Employment Trends, 16f. Die Zahl der chinesischen Lohnabhängigen soll sich von 1995 bis 2012 annähernd verdoppelt haben: Günter Schucher, Chinas Arbeitsmärkte. Umbrüche, Risiken, Perspektiven, in: Doris Fischer/Christoph Müller-Hofstede (Hg.), Länderbericht China, 707f.

So erwarten die Autoren eine Blockade der nachholenden Entwicklung der Volksrepublik und folgerichtig auch, dass die Kerne der chinesischen Arbeiterklasse schrumpfen und an Bedeutung für die Kämpfe insgesamt verlieren. Die Entwicklung zeige, »dass die chinesische Wirtschaft als Ganzes

dem weltweit beobachteten Muster der Deindustrialisierung und Prekarisierung folgt«. Konsequenterweise wird darauf verwiesen, dass angesichts der absehbaren tiefen Krise und der Zunahme der Surplusbevölkerung auch in China die aktuell zumeist die Insubordinationen hervorrufenden Lohnforderungen und demnach auch die Streiks ihre dominierende Rolle verlieren müssten und schon würden: Die Lohnform verliert als Streitfrage ihre Zentralität, lautet eine der zentralen Thesen des Textes. Dass dies in fernerer oder auch näherer Zukunft eintreten könnte, ist möglich, aber eben auch nicht zwangsläufig.[10] *Noch jedenfalls brummen die Maschinen, die Arbeitslosenquote ist – auch wenn den offiziellen Zahlen mit Misstrauen begegnet werden sollte – im globalen Vergleich niedrig und die Staatsverschuldung hat sich zwar durch die Konjunkturpakete auf annähernd 50 Prozent des BIP erhöht, ist aber noch weit entfernt von Werten, die auf eine reine staatsschuldenfinanzierte Akkumulation schließen ließen. Die Lohnerhöhungen wie auch die Anhebung der Mindestlöhne und die Zugeständnisse bei der sozialen Absicherung vor allem für die Wanderarbeiterinnen und -arbeiter erklären sich nur aus der Nachfrage nach Arbeitskraft.*[11] *Schon seit geraumer Zeit warnt die Regierung in Peking sogar vor einem dramatischen Arbeitskräftemangel aufgrund der demografischen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund und der auch von* Chuang *konstatierten zentralen Bedeutung von Arbeitskämpfen auch für die Unruhen mutet ihre Interpretation mysteriös an: »Trotz der Dominanz von Lohnforderungen (nach Erhöhung oder Auszahlung von Rückständen) in chinesischen Streiks gibt es kaum Anzeichen, dass solche Forderungen tatsächlich die Wünsche der Arbeiter widerspiegeln«. Vielmehr stecke ein »Nimm-was-du-bekommst-Charakter«, ein »uneingestandener Überschuss« dahinter. Was genau darunter zu verstehen ist, bleibt unklar. Eine Besonderheit der chinesischen Kämpfe scheint darin zu liegen, dass die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung so gut wie keine Rolle spielt.*[12] *Das passt zu dem von* Chuang *gezeichneten Bild einer Arbeiterklasse, die trotz aller Lohnerhöhungen prekär bleibt, nicht wirklich in den Städten ankommt, nicht die aus der westlichen Sozialgeschichte bekannte Art von Integration erfährt. Aber kann man von einem »Überschuss« in ihren profanen Kämpfen ausgehen, der bei aller Unbestimmtheit of-*

10 Dass es in den letzten Monaten in den großen chinesischen Städten vermehrt zu Vertreibungen der Wanderarbeiter gekommen ist, könnte immerhin die These eines Endes der Expansion des Arbeitsmarktes bestätigen: Hendrik Ankenbrand, China geht brutal gegen seine Unterschicht vor, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.12.2017.

11 Eli Friedman, China in Revolt, *Jabobin* 7/8 (2013).

12 Vgl. ebenda.

fenbar Hoffnung machen soll? Alles läuft darauf hinaus, dass die Perspektivlosigkeit – die einer weiteren Entwicklung des chinesischen Kapitalismus und damit auch der möglichen Integration von Forderungen – aus den Riots antagonistische Kämpfe formen wird, ob die Proletarisierten wollen oder nicht: »In eine Ecke gedrängt, bleibt den Arbeiterinnen kaum etwas anderes übrig, als zu kämpfen«, schließt das zentrale Kapitel des Textes. Dagegen muss konstatiert werden, dass bisher jeglicher sozialrevolutionäre Impuls in der Volksrepublik ausgeblieben ist. Aktuell jedenfalls scheint der Widerspruch trotz zehntausender Unruhen pro Jahr noch nicht so zugespitzt zu sein, wie die Autoren implizieren, auch wenn der Druck und die Entfremdung an den Arbeitsplätzen weiterhin gigantisch sein dürften, wie etwa das Beispiel Foxconn gezeigt hat. Viele junge Arbeiter leben besser als alle Generationen vor ihnen. Und der Übergang der Volksrepublik von der »Werkbank der Welt« zum High-Tech-Standort könnte auf absehbare Zeit diesen Trend noch verstärken. Er könnte auch Massenarbeitslosigkeit produzieren. Was ist damit gewonnen, sich auf das Szenario eines Niedergangs festzulegen? Dass selbst Wanderarbeiterinnen mit dem Auto von Job zu Job reisen und auf ihrem iPhone nach Wohnungen suchen, scheint heute jedenfalls keine Seltenheit zu sein.

Bislang hält das Regime mit eiserner Repression die Kämpfe der Klasse im Zaum, worauf in Chuang *wiederholt hingewiesen wird, und verhindert jeden Versuch der Selbstorganisation über ein temporäres, lokales oder betriebliches Maß hinaus. Die Erinnerung an die mörderische Dynamik von 1989, die die KP vor allem in dem Moment entfachte, als sich zu den Studenten auf dem Tiananmen-Platz massenhaft Arbeiter gesellten, scheint in den Köpfen noch immer als Blockade einer weiteren Perspektive präsent zu sein. Neben klassischer Repression bedient sich das Regime auch des houkou-Systems, das die Wanderarbeiterinnen und -arbeiter an ihre Heimatprovinzen bindet und ihr Niederlassungsrecht in den Städten einschränkt. Das erlaubt es den Verwaltungen, unliebsame Arbeiterinnen und Arbeiter dorthin zurückzuschicken oder ihnen grundlegende soziale Rechte, wie den Schulbesuch der Kinder oder eine Gesundheitsversorgung, zu verweigern. Kann man vor diesem Hintergrund sagen, dass die »Abwesen-*

heit einer ›Arbeiterbewegung‹ keine Schwäche, sondern eine Öffnung« darstellt? Chuang versteht unter Arbeiterbewegung offenbar Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Aber nicht nur die sucht man im Reich der Mitte vergebens. In China scheinen uns sowohl das Fehlen einer über die einzelnen Betriebe und Städte hinausweisenden Selbstorganisation von Teilen der Klasse als auch eines Pols der radikalen Kritik eine offenkundige Schwäche zu sein. Dass ein Informationsaustausch zwischen Kämpfenden kaum erfolgt, es keine Strukturen jenseits der repressiv agierenden Staatsgewerkschaft gibt und in einigen Betrieben Militante sich an einer »Eroberung« derselben versucht haben, kritische Analysen lediglich von wenigen Vereinzelten in dem Heer der Hunderten von Millionen erstellt werden und statt eigenständiger Bewegungen lediglich kleinere NGOs für deren Verbreitung sorgen, wird auch von den wenigen Militanten als Defizit erkannt.[13]

Auch Chuang schreibt, dass all die zu beobachtenden Kämpfe nicht in den Kommunismus weisen würden. Dass dies erst geschehen könne, wenn die »Vertiefung der Krise« die chinesischen Lohnabhängigen zum letzten Gefecht zwingt, halten wir für eine objektivistische Revolutionstheorie, für die es zudem keine historischen Belege gibt.[14] Chuang bezieht sich ausgiebig auf eine internationale Theoriefraktion, die um das Zauberwort »Kommunisierung« kreist, ohne alle ihre Ticks mitzumachen;[15] in der Geringschätzung von Bewusstsein aber liegt die Zeitschrift durchaus auf Linie, sodass die Spaltungslinien im Proletariat nicht etwa durch das geteilte Bedürfnis nach einer anderen Gesellschaft und die Erkenntnis, dass und wie man sie schaffen kann, überwunden werden sollen, sondern durch den großen Kladderadatsch des Kapitals, der Prekäre und vergleichsweise bessergestellte Lohnabhängige angeblich ins selbe Boot bugsiert. Ohne den Übergang zu einer »Klasse des Bewusstseins« jedoch wird auch in der fatalsten Zusammenbruchskrise eher Verzweiflung vorherrschen als revolutionäre Leidenschaft. Produktionsmacht allein hat noch nie die Revolution hervorgebracht und bislang deuten die Auseinandersetzungen an den Werkbänken der Welt genauso wenig auf die Überwindung der herrschenden Produktionsweise hin wie die jüngeren Platzbesetzungen, die sich jenseits der Betriebe bewegt haben. Gerade in Hinsicht

13 Vgl. Ralf Ruckus, Arbeitskämpfe, Organisationsprozesse und Repression in China. Interview über neuere Trends, *Peripherie* 142/143 (2016), 332ff.

14 Vgl. dazu Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, Thesen zur Krise, *Kosmoprolet* 2 (2009), 17f.

15 Kritisch zu »Kommunisierung«: Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, Über die Kommunisierung und ihre Theoretiker, *Kosmoprolet* 3 (2011), 138–161.

auf den folgenden Gedanken aus dem Text scheint uns dies wichtig zu sein: »China ist zwischen fallenden Profitraten und einer zunehmenden Welle von Streiks und Riots gefangen. Ein Nachgeben auf der einen Seite löst eine Reaktion auf der anderen Seite aus.« Welche Sprengkraft dies zukünftig haben wird und ob die chinesischen Proletarier sich dem nationalen Wohl beziehungsweise dem ihres Unternehmens unterzuordnen bereit sein werden, wenn die Verhandlungsspielräume kleiner werden sollten, erscheint uns als die alles entscheidende Fragestellung. ■

Die Geschichte ist mittlerweile vertraut: Eines Morgens im Frühling 2011 wird ein Straßenhändler von der Polizei belästigt und zusammengeschlagen. Am Abend verbreiten sich über das Internet Gerüchte, dass er gestorben sei. Hunderte Menschen versammeln sich auf der Straße, voller Wut über den mutmaßlichen Mord. Sie zünden Autos an, plündern Geldautomaten und greifen die Bereitschaftspolizei an, die gerufen wurde, um die Menge aufzulösen. Doch die Menge löst sich nicht auf. Die Randale zieht sich über mehrere Tage hin, Tausende nehmen daran teil. Journalisten, die über die Ereignisse berichten wollen, werden von den Sicherheitskräften festgehalten. Gerüchte über den Aufstand verbreiten sich selbst dann noch über das Internet, als die Regierung alle Möglichkeiten ausnutzt, um den Zugang zu Informationen abzuschalten.

Trotz der auffallenden Ähnlichkeit ist dies nicht die Geschichte von Mohamed Bouazizi, dem von der Polizei schikanierten tunesischen Straßenverkäufer, dessen Selbstverbrennung den arabischen Frühling auslöste. Der Mann in obiger Geschichte war Tang Xuecai, ein Wanderarbeiter aus Szechuan in der Stadt Guangzhou. Der Aufstand fand in einem der vielen Industriegebiete des Perlflussdeltas statt: In Xintang, wo ein knappes Drittel der globalen Jeans-Produktion stattfindet; die meisten Aufständischen waren selbst Wanderarbeiter, die Jeans für den Export produzierten. Anders als die Aufstände und Streiks, die auf den Tod von Bouazizi in Tunesien folgten, wurde der Aufstand in Xintang letztlich niedergeschlagen; die Polizei übernahm die Kontrolle über das Gebiet, führte Massenverhaftungen durch und zwang die Mehrzahl der Wanderarbeiterinnen zurück an die Arbeit. Abgesehen von der augenfälligen Ähnlichkeit mit Tunesien war der Aufstand von Xintang nichts Außergewöhnliches. Rein quantitativ gibt es in den Städten des chinesischen Perlflussdeltas wie Guangzhou, Shenzhen und Dongguan sogar häufiger Riots als etwa in Athen. Wenn wir noch Streiks, Blockaden und andere »Massenvorfälle« (der offizielle Begriff für kollektive Proteste oder Unruhen) berücksichtigen, übertreffen die chinesischen Proteste in Ausmaß und Schwere regelmäßig alle globalen Trends. Gerade weil es an legalen Alternativen mangelt (oder sie bereits ausgeschöpft sind), verwandelt sich, was anderen-

orts vielleicht zu einer friedlichen Mahnwache geführt hätte, leicht in einen mehrere Fabriken umfassenden Aufstand, bei dem Maschinen und Anlagen im Wert von mehreren Millionen Dollar zerstört werden können. Trotzdem sehen wir in den Medien eher selten die Straßen von Xintang – anders als etwa die von Athen – gesäumt von brennenden Autos, mit vorrükkender Bereitschaftspolizei und Aufständischen, die sich unter mattgolden glimmenden McDonalds-Zeichen zerstreuen; stattdessen werden Bilder des brennenden Athen denen der leuchtenden Skyline chinesischer Küstenstädte gegenübergestellt, gegengeschnitten mit steigenden Statistikkurven für Produktivität, Profitabilität und Fortschritt.

Unter diesen Kurven versteckt haben jedoch im letzten Jahrzehnt auch die »Massenvorfälle« zugenommen. Tatsächlich müssen auch offizielle Quellen die Zunahme der Unruhen anerkennen, so etwa der *Annual Report of China's Rule of Law*.[1] Dieses Jahrbuch versucht, die Unruhen zu zählen und zu kategorisieren, und erwähnt auch, dass etwa 30 Prozent davon in der Provinz Guangdong stattgefunden hätten, in der auch das Perlflussdelta liegt.

1 Li Lin/Tian He, The Annual Report on China's Rule of Law No. 12, Peking 2014. Englische Zusammenfassung: chinadaily.com.cn.

Trotz der im weltweiten Vergleich massiven Zunahme von Streiks und Riots konnten die Unruhen in China eingedämmt werden. Es gab nichts mit Tiananmen Vergleichbares, und kein über eine einzelne Fabrik oder ein einzelnes Stadtviertel hinausreichender Organisierungsversuch hat in nennenswerter Form überlebt. Vielleicht noch wichtiger: Riots und Streiks scheinen in China überwiegend sehr konkrete und lokale Forderungen an die Machthaber zu stellen. Viele dieser »Vorfälle« spielen sich damit durchaus innerhalb der allgemein akzeptierten Machtstrukturen ab und zielen auf Verhandlungen, insbesondere wenn sie die Form von Aufrufen an die Zentralregierung nach einer Amtsenthebung »korrupter« lokaler Beamter annehmen – obwohl diese lokalen Beamten häufig nur auf materielle Anreize eingegangen sind, die von der Zentralregierung selbst eingeführt worden waren.

Dies ist ein deutlicher Unterschied zur Tendenz in Ägypten, Griechenland, Spanien oder selbst der Occupy-Bewegung in den USA, wo die »Massenvorfälle« immer häufiger ihre eigenen

Forderungen nach einfachen Reformen und Einmalzahlungen aufgegeben und weiterreichende Forderungen aufgestellt haben (»Mubarak stürzen!«, »Keine Abstimmung über Sparpolitik!«, »Alle sollen abhauen!«). Damit wurden die Grenzen akzeptierter Machtstrukturen überschritten. Das bedeutet nicht, dass diese Bewegungen zuvor »ohne Forderungen« gewesen wären – sie artikulierten meist eine Vielzahl an Forderungen und existierten neben traditionelleren Organisationen wie Syriza oder Podemos. Vielmehr kam es in Griechenland und Spanien bereits im gängigen Rahmen, in dem Forderungen gestellt und erfüllt wurden, zu Brüchen. Aufgrund der schweren Krise in diesen Ländern sind Reformen kaum vorstellbar und selbst die Erfüllung kleinster Forderungen trifft auf unüberwindbare Hürden. In Griechenland droht beispielsweise bei einem einfachen »Nein« in der Abstimmung über die Sparpolitik ein Kollaps der gesamten Eurozone. In China hingegen werden Forderungen von Protestierenden häufig schnell und geräuschlos erfüllt.

Vielleicht sind diese »Massenvorfälle« einfach die jüngste – wenn auch besonders energische – Runde in der »Warteschleife«, in der alle zeitgenössischen Kämpfe stumm gefangen bleiben. Es könnte aber auch sein, dass sich eine Rückkehr von Bedingungen abzeichnet, die denen des 19. Jahrhunderts ähneln, als frühe revolutionäre Bewegungen entstanden. Heute sprechen manche westlichen kommunistischen Theoretiker wieder von einer »Ära der Riots«.[2]

Wie dem auch sei: Von Guangzhou bis Kairo wird deutlich, dass dort *etwas* erwacht. Doch warum nehmen Riots in China einen so anderen Charakter an als anderswo? Laut dem Zeitschriftenkollektiv *Endnotes* sind globale Kämpfe heute in einer Art »Warteschleife« gefangen, in der sie sich nicht aus dem Stadium des Riots hinaus entwickeln können. Ein möglicher Weg aus dieser »Warteschleife« wäre eine Vertiefung der Krise, eine globale Rezession, die durch einen starken Abschwung in Indien oder China ausgelöst werden könnte.[3] Sollte das stimmen, ist genau diese Dynamik der Schlüssel, um zu verstehen, wann und wie aus der »Warteschleife« ausgebrochen werden könnte. Warum konnten diese Streiks und Riots trotz ihrer Größe und Häufigkeit die bestehenden Machtver-

2 Z. B. Jason E. Smith, Occupy, the Time of Riots, and the Real Movement of History, *Scapegoat Journal* 3 (2014).

3 Endnotes, The Holding Pattern, *Endnotes* 3 (2014).

hältnisse nicht ernsthaft gefährden? Waren Konflikte in China einfach ein Vorspiel zum Arabischen Frühling? Oder kündigen sie ein größeres Ereignis an?

Vom Feld in die Fabrik

Im Allgemeinen war die chinesische Wirtschaftsentwicklung seit dem Ende der 1970er Jahre durch zwei wichtige Klassendynamiken gekennzeichnet. Zusammengenommen signalisieren sie Chinas Übergang von einem chaotischen und inkonsistenten Sozialismus – beziehungsweise von der Abwesenheit einer kohärenten Produktionsweise – hin zum globalen Kapitalismus. Die erste der beiden Dynamiken war durch die Konsolidierung einer »bürokratischen Kapitalistenklasse« gekennzeichnet, nachdem als Reaktion auf die Kulturrevolution in den späten 1970er Jahren eine Allianz zwischen politischen (»roten«) und technischen Eliten geschmiedet worden war.[4] Im Verlauf des folgenden Jahrzehnts wurde diese Allianz zu einem bestimmenden Merkmal der chinesischen Klassenhierarchie: »Viele Kader und ihre Sippen und Mitarbeiter konnten einen enormen privaten Reichtum anhäufen und verwandelten sich innerhalb weniger Jahre in die erste Generation der chinesischen Kader-Kapitalistenklasse beziehungsweise der bürokratischen Kapitalisten. Inflation, Korruption und Klassenpolarisierung erreichten 1988 einen Krisenzustand, der den Weg für die Massenunruhen von 1989 ebnete.«[5]

Die Ereignisse von 1989 waren jedoch nur der Beginn eines Zyklus von mehr oder weniger kontinuierlichen Unruhen, die in fast jeder geografischen Ecke auftraten und an denen unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen beteiligt waren. Tiananmen könnte als die Inauguration der restrukturierten herrschenden Klasse bezeichnet werden, durch die letzte widerständige Segmente der Intelligenzija – die Studenten selbst – schließlich in die Partei eingegliedert wurden.[6] Doch während vielen Studenten lukrative Karrieren angeboten wurden, überließ man die Arbeiter den Panzern. Damit tritt mit Tiananmen zugleich die zweite Hauptdynamik dieser Epoche in Kraft: die Erneuerung der chinesischen Arbeiterklasse in einem Prozess der Proletarisierung – das heißt der Produktion eines Bevölkerungsteils, der über kein Eigentum an Produktionsmitteln

4 Joel Andreas, Rise of the Red Engineers. The Cultural Revolution and the Origins of China's New Class, Stanford 2009.

5 Ho-Fung Hung, Labor Politics Under Three Stages of Chinese Capitalism, *The South Atlantic Quarterly*, 112 (1) (2013), 203-212.

6 Sikander, Twenty-Five Years since the Tiananmen Protests (2014), chuangcn.org.

wie Fabriken oder ausreichendes Land verfügt und somit von einem geldförmigen Arbeitslohn (oft aus zweiter oder dritter Hand) abhängig ist, um sich auf dem Markt mit lebensnotwendigen Gütern zu versorgen. In China ging dies nicht nur mit dem Zerfall der alten staatlichen Industriebetriebe im *Rust Belt* des Landes und der Auflösung der Arbeiterklasse der sozialistischen Ära einher, sondern zugleich mit der Bildung neuer industrieller und kommerzieller Zentren in den Hafenstädten des *Sun Belt*, die von einer neuen Arbeitergeneration in Gang gehalten werden.[7] Einen großen Teil dieser neuen Arbeiterklasse machen bäuerliche Wanderarbeiterinnen aus, die in der Region, in der sie arbeiten, entweder keinen Zugriff auf staatliche Leistungen (Bildung, Arbeitslosenversicherung und so weiter) haben oder mehr dafür zahlen müssen. So werden sie von den staatlich vorgeschriebenen (aber oft nicht oder nur teilweise gezahlten) Beiträgen ihrer Arbeitgeber zur Sozialversicherung abhängig. Dieser Prozess wirkte sich auch auf andere Bereiche der chinesischen Gesellschaft aus. Die Industrialisierung treibt Urbanisierung und Umweltzerstörung voran, was Proteste gegen Landenteignungen, exzessive Ausbeutung natürlicher Ressourcen und industrielle Umweltverschmutzung auslöst. Parallel dazu kam es zu einer sprunghaften Zunahme von Arbeitskämpfen.

7 Vgl. Ching Kwan Lee, Against the Law. Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt, Berkeley 2007.

Trotz der mehr oder weniger vollständigen industriellen Umstrukturierung des Landes nehmen legale Arbeitsstreitigkeiten und illegale Maßnahmen weiterhin zu. In einem Bericht über die Streikwelle von 2010 heißt es: »Die Gerichte beschäftigten sich in der ersten Hälfte des Jahres 2009 mit fast 170.000 Arbeitskämpfen, ein Anstieg um 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, wie eine Untersuchung berichtet, ohne dabei anzugeben, wie viele dieser Kämpfe mit Wanderarbeitern und deren Arbeitgebern zusammenhängen.« Und: »Laut der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften gab es 2009 in China mehr als 80.000 ›Massenvorfälle‹ , ausgehend von über 60.000 im Jahr 2006, auch wenn oft nur wenige Dutzend Teilnehmer beteiligt waren, die gegen lokale Beamte mit Beschwerden über Korruption, Machtmissbrauch, Umweltverschmutzung und geringe Löhne protestierten (...) Streiks und Proteste in Fabriken werden häufiger. *Outlook Weekly*, eine offizielle Zeitschrift, berichtete im Dezember, dass Arbeits-

kämpfe in Guangdong im ersten Quartal von 2009 um fast 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zugenommen hatten. In Zhejiang, einer Provinz weiter im Norden, betrug die auf das Jahr gerechnete Zunahme fast 160 Prozent.«[8]

Seit 2010 haben die Arbeitskämpfe auch eine qualitative Entwicklung genommen, weg von den unter früheren Generationen von Wanderarbeitern üblichen einfachen »Protesten gegen Diskriminierungen«: »Seit 2010 hat sich der Charakter des Widerstands der Arbeiter geändert, eine von vielen Experten beobachtete Entwicklung. Am wichtigsten ist dabei, dass die Forderungen der Arbeiter offensiv geworden sind. Arbeiter verlangten weit höhere Lohnsteigerungen, als ihnen rechtlich zustehen, und sie beginnen zu fordern, dass sie selbst ihre eigenen Gewerkschaftsvertreter wählen können. Forderungen nach unabhängigen, außerhalb des offiziellen Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes stehenden Gewerkschaften, gab es nicht, weil dies mit Sicherheit eine gewaltsame Repression des Staates zur Folge gehabt hätte. Das Beharren auf Wahlen zeigt das Aufkeimen politischer Forderungen, selbst wenn diese nur auf Unternehmensebene organisiert werden.«[9]

Mit dem fortgesetzten wirtschaftlichen Abschwung des Landes sind die Forderungen inzwischen wieder defensiver geworden, aber auch hier ist ihr Charakter nicht wirklich der Kernpunkt. Wichtiger ist die weitere Zunahme sowohl der Häufigkeit von »Massenvorfällen« als auch der Anzahl der beteiligten Arbeiterinnen – bis hin zum wohl größten Streik der chinesischen Geschichte, bei dem 2014 rund 40.000 Arbeiter die Schuhfabrik Yue Yuen in Dongguan verließen.

Die meisten der an diesen Streiks beteiligten Arbeiter sind Wanderarbeiter der zweiten oder dritten Generation, wie ein Bericht über die Streikwelle 2010 festhält: »Die meisten Beschäftigten von Honda Lock sind etwa zwanzig Jahre alte, unverheiratete Frauen.«[10] Und gerade bei diesen späteren Generationen von Wanderarbeiterinnen lässt sich die größte Ähnlichkeit mit jener Klassendynamik beobachten, die auch anderenorts Streiks und Riots ausgelöst hat. Sie sind während der Reformperiode geboren und aufgewachsen und betraten erstmals in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren den

8 Mouvement Communiste und Kolektivne Proti Kapitalu, Workers' Autonomy: Strikes in China (2011), libcom.org/.

9 Eli Friedman, China in Revolt, *Jacobin* 7/8 (2012).

10 Mouvement Communiste und Kolektivne Proti Kapitalu, Workers' Autonomy.

Arbeitsmarkt. Lu Huilin und Pun Ngai beschreiben den Charakter dieser zweiten Generation folgendermaßen: »Obwohl die Klassenzusammensetzung und die unvollständige Proletarisierung der neuen Generation von *dagongmei/zai* [Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter] denen der vorausgehenden Generation ähnelt, gibt es bei den in der Reformperiode aufgewachsenen Menschen neue Erwartungen an das Leben und neue Lebenseinstellungen, neue nuancierte Bedeutungszuweisungen an die Arbeit und verstärkte kollektive Auseinandersetzungen um die Arbeit. (...) Charakteristisch für den Lebensweg der zweiten Generation ist ein stärkerer Individualismus, eine größere Vorliebe für eine urbane Konsumkultur, weniger eingeschränkte Lebensverhältnisse und stärkeres Streben nach persönlicher Entwicklung und Freiheit, ein häufigerer Wechsel und eine geringe Loyalität gegenüber dem Arbeitsplatz. Die zweite Generation, in der Reformperiode geboren und aufgewachsen, ist vergleichsweise besser ausgebildet und materiell besser gestellt, weltoffen, aber geistig desorientiert.«[11]

Dieser Generationsaspekt ist nach Lu und Pun entscheidend, da sich der Prozess der Proletarisierung üblicherweise in der zweiten und dritten Generation etablieren würde. Der Prozess selbst wird von den Autoren relativ einfach dadurch definiert, dass Bauern nun zum Arbeiten in die Industriestädte kommen würden. Er markiert damit den Übergang von direkter zu indirekter, das heißt durch den Lohn vermittelter, Sicherstellung des Lebensunterhaltes: »Dies ist der Prozess der Proletarisierung, der Landarbeiter in Industriearbeiter verwandelt, indem erstere ihrer Produktionsmittel beraubt werden. (...) Im Ergebnis hängt das Schicksal der Arbeiter nun am Akkumulationsprozess des Kapitals und am Grad der Kommodifizierung der Arbeitskraft. Diese Arbeiter besitzen und kontrollieren weder die von ihnen genutzten Werkzeuge, die von ihnen verarbeiteten Rohstoffe noch die von ihnen produzierten Produkte.«

In China nimmt der Prozess nach Meinung der Autoren insofern einen »sonderbaren« Verlauf, als »Industrialisierung und Urbanisierung noch immer als zwei nahezu getrennte Prozesse ablaufen, da viele Wanderarbeiter der Möglichkeit beraubt sind, dort zu leben, wo sie arbeiten.« Dies hat nicht nur die Akkulturation der Arbeiterinnen in den Städten behindert,

11 Lu Huilin/Pun Ngai, Unfinished Proletarianization. Self, Anger and Class Action among the Second Generation of Peasant-Workers in Present-Day China, *Modern China*, 36 (5) (2010).

sondern auch eine für das chinesische Akkumulationsmodell wesentliche interne Trennung erzeugt – eine Trennung, die explizit versucht, den Reproduktionsprozess der Arbeitskraft von der Warenproduktion zu trennen und ihn gewissermaßen auszulagern. Dies erzeugt »eine räumliche Trennung von Produktion im urbanen Raum und Reproduktion auf dem Land«. Was Lu und Pun für ein einzigartiges Merkmal Chinas halten, hat jedoch wesentliche Ähnlichkeiten mit praktisch allen Proletarisierungswellen, die in zwei Jahrhunderten kapitalistischer Geschichte beobachtet werden konnten.[12]

Die jüngste Krise

Bereits 2007 erfuhr die chinesische Wirtschaft aufgrund steigender Arbeits-, Brennstoff- und Materialkosten, einer Währungsaufwertung und der Einführung neuer Arbeitsgesetze einen Abschwung.[13] Beim Eintreten der Krise fiel in exportorientierten Regionen wie dem Perlflussdelta das BIP massiv – wobei Guangdong von einem BIP-Spitzenplatz auf den letzten Platz unter den 17 Provinzen mit vorliegenden Daten fiel. Dies wurde von Massenentlassungen, Lohnrückständen und Fabrikschließungen begleitet. Ende 2008 hatten in dieser Provinz mehr als 62.000 Fabriken ihre Tore geschlossen, wovon allein 50.000 im letzten Quartal des Jahres, dem ersten Stadium der globalen Krise, betroffen waren.[14]

Unter Wanderarbeiterinnen erreichte die Arbeitslosigkeit ein Rekordniveau: »Die Zahl arbeitsloser Wanderarbeiter wird für 2009 auf 23 Millionen geschätzt, das entspricht etwa 16,4 Prozent. Diese Quote war im Vergleich zu den vorausgehenden Jahren, in denen Wanderarbeiter im Gegensatz zur verbreiteten Vorstellung eine sehr geringe Arbeitslosenquote von 1–2 Prozent aufzuweisen hatten, verheerend hoch.«[15] In dieser Periode gab es eine Welle von Arbeitskämpfen, aber nicht in dem Ausmaß, wie man es vielleicht angesichts der Schwere der Krise und vor dem Hintergrund der besonderen Betroffenheit bestimmter Regionen wie dem Perlflussdelta hätte erwarten können. Die entlassenen 23 Millionen Arbeiter konzentrierten sich auf bestimmte Städte, was in diesen zu noch weit höherer Arbeitslosigkeit führte. In Donguang machen Wanderarbeiter 70–80 Prozent der Arbeitskräfte aus. Im

12 Eine sehr ähnliche Proletarisierung in Kalifornien beschreibt z. B. Carrie McWilliams, Factories in the Field. The Story of Migratory Farm Labour in California (1935), Berkeley 2000.

13 Kam Wing Chan, The Global Financial Crisis and Migrant Workers in China, *International Journal of Urban and Regional Research* 34(3) (2010).

14 Ebenda.

15 Ebenda.

benachbarten Shenzhen haben sieben Millionen der *de facto* acht Millionen Einwohner kein Shenzhen-Houkou und damit kein offizielles Ansiedlungsrecht.[16]

Zum Vergleich: Innerhalb von fünf Jahren stieg die Arbeitslosenquote in Griechenland von einem Tiefpunkt von 7,3 Prozent unmittelbar vor der Krise auf 27,7 Prozent und blieb 2013 auf diesem Niveau – eine Verdreifachung der Arbeitslosigkeit.[17] Der Verlauf in Spanien war ähnlich und diese Verelendung, verbunden mit der Staatsschuldenkrise, löste massive Unruhen aus.[18] Die kurzfristige Erhöhung der Arbeitslosigkeit in chinesischen Regionen mit hohem Anteil an Wanderarbeitern übertraf bei Weitem die in Griechenland oder Spanien beobachtete, auch wenn die Gesamtquote niemals 20 Prozent überschritt. Landesweit sprang die Arbeitslosenquote unter Wanderarbeiten innerhalb von sechs Monaten von in der Regel 1–2 Prozent auf besagte 16,4 Prozent. Selbst wenn wir ignorieren, dass die wirkliche Arbeitslosigkeit in Städten mit besonders vielen Wanderarbeiterinnen wie Dongguan und Shenzhen[19] noch höher war, handelt es sich um einen mehr als zehnfachen Anstieg der Arbeitslosigkeit; und dies nicht innerhalb von fünf Jahren wie in Spanien oder Griechenland, sondern in fünf Monaten.

Warum erzeugte der auf wenige Städte konzentrierte massive Anstieg der Arbeitslosigkeit keine ähnliche Bedrohung der bestehenden Ordnung wie in Spanien und Griechenland? Die erste Antwort – eifrig von der KPCh und ihren keynesianischen Bewunderern im Westen vorgebracht – lautet, dass die schnelle und massive finanzpolitische Reaktion des chinesischen Staates die Krise erfolgreich eingedämmt habe. China stand, anders als Südeuropa, nicht an der Schwelle zu einer Staatsschuldenkrise. Im Gegenteil: Das Land war ein wichtiger Markt für die Schulden von Ländern mit unausgeglichener Handelsbilanz. Während der US-Kongress noch darum stritt, ob der Staat Banken retten solle oder nicht, winkte die KPCh schnell ein 586 Milliarden US-Dollar schweres Konjunkturpaket insbesondere für öffentliche Investitionen in den ärmeren Provinzen im Landesinneren durch – ein Betrag, der einem Achtel der Wirtschaftsleistung entsprach. Dies schuf schnell Millionen Jobs für zuvor aus den Fabriken entlassene Wanderarbeiter.

16 Ebenda.

17 Vgl. Greece Unemployment Rate, *Trading Economics* (2013), tradingeconomics.com.

18 Vgl. Spain Unemployment Rate, *Trading Economics* (2013), tradingeconomics.com.

19 Die genannte Zahl (nach Chan, The Global Financial Crisis) ist zu niedrig, da sie davon ausgeht, dass keine Wanderarbeiter, die in den Städten verblieben, arbeitslos wurden.

Diese neuen Jobs befanden sich näher an den registrierten Meldeadressen der Wanderarbeiterinnen, was dabei half, das geografische Ungleichgewicht zu verringern. In normalen Jahren kehren Wanderarbeiter zum Frühlingsfest, das im Januar oder Februar stattfindet, in Massen an ihren Herkunftsort zurück. Das als »Frühlingsbewegung« oder Chunyun bezeichnete Phänomen ist die größte wiederkehrende Migrationsbewegung der Welt. Im Krisenjahr begann sie jedoch bereits mehr als drei Monate vor dem eigentlichen Frühlingsfest, als sich die ersten Wanderarbeiter im Oktober 2008 auf den Heimweg machten. Als die Krise in den industriellen Kernen einschlug, nahm die Migration noch zu und bis zu 50 Prozent der Arbeiterinnen kehrten in ihre Heimatdörfer zurück, während es üblicherweise nur 40 Prozent sind. Noch wichtiger ist, dass viele länger als üblich in ihren Dörfern blieben.[20] Viele hatten dabei überhaupt nicht vor, in die von ihnen verlassenen Städte zurückzukehren: »Viele Wanderarbeiter nahmen ihre Einrichtung (wie etwa Fernseher) mit, sie glaubten nicht an eine mögliche Rückkehr, um einen neuen Job zu suchen. Noch bezeichnender für die Härte der Situation ist, dass beispielsweise in Dongguan hunderte Arbeiter stundenlang anstanden, um ihre vor allem für die Renten vorgesehenen Sozialversicherungskonten zu schließen, ihr angebliches Bollwerk gegen Armut und Not. Sie beschlossen, die Konten aufzulösen und alles Geld flüssig zu machen, da sie kaum Hoffnung hatten, zurückzukommen.«[21]

20 Ebenda

21 Ebenda.

Auch wenn die Arbeitslosigkeit durch das Konjunkturpaket wieder gesenkt werden konnte; die neuen Projekte, wie etwa neugegründete Industriegebiete, befanden sich überwiegend im Landesinneren. Damit wurde ein inneres räumliches Gleichgewicht politisch konsolidiert. Städten wie Dongguan hingegen droht eine Entleerung, die an Fälle wie Detroit erinnert, mit einem Abfall der Bevölkerungsdichte und einer Automatisierung oder Verlagerung der Produktion an Orte mit billigeren (zum Beispiel das entfernte Chongqing) oder besser ausgebildeten (zum Beispiel das nahe Shenzhen) Arbeitskräften.[22] Dies entspricht der staatlichen Strategie, die Wirtschaftsgeografie völlig zu verändern, indem das Wachstum der meist an der Küste gelegenen Megastädte gebremst und stattdessen kleine und mittelgroße Regionalzentren im Landesinneren zu großen urbanen Zonen entwickelt werden sollen.

22 Gordon Orr, What's Next for Guangdong, *Harvard Business Review* (2012), online unter hbr.org.

Wir sehen also, dass der angeblich »unvollständige« Teil der »unvollständigen Proletarisierung« von Lu und Pun in Wirklichkeit bei der einfachen Verwaltung der nicht länger für die Produktion benötigten Arbeiter hilft, indem deren Reproduktionskosten (temporär) aufs Land ausgegliedert werden, was *de facto* einer Deportation der arbeitslosen Arbeiterinnen entspricht. Die alte sozialistische Praxis der Landverschickung ist marktförmig wieder auferstanden, das Land wird wie ein Schwamm genutzt, um überzählige Arbeitskräfte aufzusaugen, die andernfalls in einer Krisenperiode unverdaulich geworden wären. Eine solche Strategie weist jedoch (von ihrem Charakter als Verwaltungsinstrument abgesehen) kaum auf einen grundlegend verschiedenen und tatsächlich »unvollständigen« Charakter der Proletarisierung hin. In Wirklichkeit ist die Auslagerung der Reproduktion sowohl eine Facette jedes historischen Proletarisierungsprozesses als auch eine immer notwendiger werdende Maßnahme im globalen Kapitalismus seit den Krisen des späten 20. Jahrhunderts.

Nicht zuletzt ist dies eine Methode, um das unterentwickelte Landesinnere Chinas weiter zu industrialisieren. Der ländliche Raum ist jetzt vermarktet worden und so weit ausgehöhlt, dass ein Verbleib im Dorf haltlos geworden ist. Stattdessen wurde das Dorf während der Krise nur zu einem Zwischenstopp auf dem Weg zu neuer Beschäftigung in nahe gelegenen Städten. In zukünftigen Krisen könnte nicht einmal mehr das eine Option sein, da Arbeiter dann bereits in der Nähe ihrer Herkunftsorte wohnen werden, die ihrerseits bereits selbst zerstückelt und an Immobilienentwickler oder große Agrarkonglomerate verkauft worden sind. Während die Reproduktion mühevoller wird, sind solche externen Räume für eine nicht marktförmige Subsistenzwirtschaft immer seltener geworden.

Proletarisierung war historisch gesehen immer »unvollständig«. Der Begriff beschreibt einen Übergang, der per Definition beide Welten umfasst, die »neue Arbeiterklasse« und diejenigen, die in sie hineingesaugt werden. Der »unvollständige« Charakter der Proletarisierung verschränkte sich immer mit Kategorien wie Ethnie und Geschlecht: Die Arbeit von Immigranten, Schwarzen, Kolonialisierten oder von Frauen wurde als weniger wertvoll erachtet als die »normale« Arbeit derer, die formal

als Lohnarbeiter anerkannt waren, oder sie wurde von vornherein überhaupt nicht eigens entlohnt. Das von Lu und Pun beschriebene Phänomen in China entspricht also weitgehend den bekannten historischen Prozessen – mit einer wichtigen Ausnahme.

Risse im Glasboden

Der entscheidende Unterschied ist die Tatsache, dass der Kapitalismus heute eine allgemeine Krise der Reproduktion in einem bisher unbekannten weltumfassenden Ausmaß durchläuft. Das bedeutet, dass wir eine die periodischen Finanzkrisen oder politischen Umbrüche überlagernde, langfristige Tendenz beobachten können, nach der es immer schwieriger wird, Kapital durch profitable Investitionen und zugleich Proletarier als *produktive Arbeiter* zu reproduzieren, das heißt als Menschen, die unmittelbar im Produktionsprozess arbeiten, in dem sich Kapital und menschliche Arbeit verbinden, um Waren mit einem Mehrwert herzustellen. Dies führt nicht nur zu Finanzkrisen und Ausschlägen der Arbeitslosenquote aufgrund von Spekulation und Überinvestitionen, wenn »sicherere« Investitionsziele keine angemessene Rendite mehr erzielen, sondern auch zu einer allgemeinen Mechanisierung der Produktion, sodass der für die Produktion einer bestimmten Warenmenge oder die Extraktion einer bestimmten Menge natürlicher Ressourcen benötigte Prozentsatz der Bevölkerung mit der Zeit abnimmt. Wenn Arbeiter ihre Nützlichkeit für das System verlieren, wenn sie nicht mehr wichtig für die Wertproduktion sind, werden sie in jene Masse ausgestoßen, die Marx als »Überschussbevölkerung« bezeichnet hat. Viele der Ausgestoßenen werden derzeit durch wachsende Dienstleistungssektoren aufgesogen, die in ihrer Mehrzahl nicht direkt wertbildend für das System als Ganzes sind. An manchen Orten – insbesondere in den »Weltstädten« – bieten lukrative Positionen in der internationalen Arbeitsteilung Platz für viele gut bezahlte Dienstleistungsjobs, daneben gibt es gewaltige, staatlich subventionierte und halbspekulative Komplexe, in denen sich ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit Dienstleistungsjobs im mittlerem Einkommensbereich verbindet, was am sichtbarsten im Bildungs-, Gesundheits- und »non-profit«-Sektor wird. Manches davon ermöglicht in letzter

Instanz eine Mehrwertproduktion und hilft den Produzenten, die bürokratische Komplexität des Weltmarkts zu managen. Doch diese »finanzialisierte« Komplexität ist selbst symptomatisch für die säkulare Krise.

Solche Dienstleistungen können also nicht als märchenhaft produktiv gewordene verstanden werden, als die sie bei Hardt und Negri oder in der Grenznutzentheorie angesehen werden, sondern als eigentümlicher Auswuchs eines riesigen globalen Reichtums, der in einer inzestuösen Stauung gefangen bleibt. Da die Profitrate in wertproduzierenden Industrien sinkt, werden selbst stabile und reiche Nationalökonomien gehemmt, sodass die Arbeitslosigkeit zunimmt und besser bezahlte Jobs bei Dienstleistungen, im Transport oder in der industriellen Fertigung mit hoher Wertschöpfung – wenn überhaupt – durch schlecht bezahlte Dienstleistungsjobs ersetzt werden. Dadurch nähern sich auch die gut laufenden Wirtschaften der globalen Norm an, nach der Dienstleistungsjobs meist eher informell sind, oft mit verschiedenen Formen von Schuldknechtschaft oder unverblümter Sklaverei verbunden, und schlecht entlohnt werden.

Dies bedeutet, dass sich das Surplusproletariat nicht einfach nur in absoluten Zahlen ausweitet, auch wenn das ebenfalls der Fall sein kann, sondern auch *seinem allgemeinen Charakter nach*; und zwar in dem Sinn, dass traditionell mit der Surplusbevölkerung verbundene Eigenschaften (informell, prekär, illegal) wieder zu relativ »normalen« Eigenschaften der gesamten arbeitenden Bevölkerung werden.

Ähnliches gab es auch früher in den Zeiten der Kolonialisierung oder der frühen Industrialisierung in Europa. Was sich aber geändert hat, sind weniger die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit oder Inklusion und Exklusion selbst, sondern der globale Kontext, in dem diese integralen Antagonismen ablaufen. Früher behielten Kolonialisierte und in der Industrie arbeitende Migranten eine starke Bindung an vorkapitalistische Überlieferungen. Der frühe Kapitalismus war außerdem von einer Vielzahl anderer Produktionsweisen umgeben. Manche durchliefen ihre eigenen Krisen, andere waren bereits auf katastrophale Weise in den Bann des westeuropäischen Kapitalis-

mus geraten, wieder andere blieben von ihm völlig unberührt. Die neuen Arbeiterklassen zogen ihre Kraft oft aus volkstümlichen Geschichten über die, wenn auch häufig inkohärenten, Kämpfe gegen Enteignungen und Einhegungen, die erst zu ihrer Eingliederung in das Lohnverhältnis geführt hatten. Es handelt sich dabei also nicht so sehr um eine einfache »programmatische« Affirmation der eigenen Identität als Arbeiter; vielmehr haben alle frühen Arbeiterbewegungen Elemente der bäuerlichen oder indigenen Geschichten und Folklore aufgenommen. Ein Großteil der Aufstände und Revolutionen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert wurde direkt von Bauern oder einer jeweils gerade vom Land vertriebenen Generation getragen.

Heute jedoch gibt es kaum noch Raum für Wachstum, die Arbeitsreserve auf dem Land nimmt ab und die industrielle Beschäftigung schwindet aufgrund der Automatisierung. Diese Grenzen werden an der katastrophalen Lage der Natur am sichtbarsten, aber dies ist nur eine Seite jener Krise, in der die einfache Reproduktion von Kapital, Arbeit und ihres Verhältnisses zu einem Problem *an und für sich* wird.

In einer generellen Krise der Reproduktion wird nach *Endnotes* »das alte Projekt einer programmatischen Arbeiterbewegung obsolet: Ihre Welt war die einer wachsenden industriellen Beschäftigung, in der Lohn als die wesentliche Verbindung in der Kette sozialer Reproduktion erschien – als Zentrum jener Zwickmühle, in der sich Kapital und Proletariat treffen und in der eine gewisse Gegenseitigkeit von Lohnforderungen und Forderungen an die Arbeiter den Horizont der Klassenkämpfe abstecken konnte. Doch mit dem Wachstum der Surplusbevölkerung ist genau diese Gegenseitigkeit in Frage gestellt und die Lohnform verliert ihre Zentralität als Streitfrage.«[23]

Im offenbaren Widerspruch zu dieser These standen in China gerade Lohnforderungen im Zentrum der jüngsten Riots, Streiks und Blockaden. Und diese Forderungen konnten nicht nur in unbedeutenden Fällen durchgesetzt werden. Vielmehr gab es in der Industrie im letzten Jahrzehnt einen allgemeinen Anstieg der Löhne – bis zu einem Punkt, an dem die Stabilität des »chinesischen Preises« infrage gestellt werden musste.[24]

23 Endnotes, Crisis in the Class Relation, *Endnotes* 2 (2010), 17.

24 Judith Banister, China's Manufacturing Employment and Hourly Labor Compensation, 2002-2009, Bureau of Labor Statistics (2013), online unter bls.gov.

Die absolute Zahl der Industriearbeiterinnen stieg in dieser Zeit ebenfalls, von 85,9 Millionen im Jahr 2002 auf 99 Millionen im Jahr 2009, was einem Anstieg von 11 Prozent aller Beschäftigten auf 12,8 Prozent innerhalb von sieben Jahren entspricht. Dies ist umso bedeutender für die Beantwortung der Frage, wie eine derartige Krise der Reproduktion und die damit verschwindende Zentralität des Lohns die Möglichkeiten der Proletarier begrenzt, jene Bedingungen anzugreifen, die ihr Leben strukturieren. Dass die Aufständischen den »Glasboden« zwischen der reproduktiven und der produktiven Sphäre nicht durchbrechen konnten, hält etwa die französische Gruppe Théorie Communiste für die wichtigste Beschränkung der griechischen Riots 2008.[25]

25 Théorie Communiste, The Glass Floor (2009), online unter libcom.org.

Im Gegensatz zu Griechenland finden Riots in China in unmittelbarer Nähe zur Produktionssphäre statt, wenn nicht gar in ihr selbst: Viele beginnen innerhalb der Fabrikstädte, verbreiten sich von den Werkhallen in die Schlafsäle und Kantinen und springen so von den Arbeitern einer Fabrik zu denen der nächsten.

Die Krise wirkt sich in China anders aus, als es anderswo zu beobachten ist. Während die Griechen auf einen »dicken« Glasboden treffen, der sie von der produktiven Sphäre trennt, haben Regionen wie das Perlflussdelta durch ihre Position in der weltweiten Arbeitsteilung einen sehr dünnen »Glasboden«, der zunehmend der Wartung bedarf, während sich Risse ausbreiten. Wie oben beschrieben, ist die Hauptstrategie, um solche Konflikte zu managen, die unberechenbaren Teile der Bevölkerung und die Arbeitslosen aus der produktiven Zone zu entfernen. Zusätzlich zum teuren Konjunkturpaket wird es notwendig, die Produktion vor ihnen zu schützen, sei es durch eine Quasideportation in neu sich industrialisierende Städte oder durch die Transformation der produktiven Zone selbst in ein Zentrum der totalen Kontrolle. Die Fabrikstadt ist nun Werkhalle, Freizeiteinrichtung und Gefängnis in einem.[26]

26 Vgl. Stefan Al, Factory Towns of South China. An Illustrated Guidebook, Hong Kong 2012.

So erscheint in den Industrieregionen Chinas die zentrale *inhärente* Beschränkung des derzeitigen Kampfzyklus als *äußerer* Zwang gegenüber den Proletariern. Dieser äußere Zwang verkörpert sich nicht nur in der Polizei, sondern auch in der kon-

struierten Umgebung, die das Individuum unmittelbar umgibt: der neuen Infrastruktur, die durch das Konjunkturprogramm hergestellt wird, den im Landesinneren neu errichteten urbanen *doomscapes* oder den strategisch designten Fabrikstädten. Der Zwang offenbart sich schließlich in einem immer verzweifelteren, improvisierten und intensivierten Mechanismus, die Produktionssphäre durch eine teilweise Entkopplung von der Reproduktion zu schützen – wobei stattdessen der Staat, die Familie oder das kriminelle Syndikat die Last aufnehmen – und zugleich die Integration der Arbeit in den Produktionsprozess sicherzustellen, notfalls mit Gewalt.

Keine Zukunft

Unser intuitives Bild von China als »Werkbank der Welt« führt auch dazu , dass die tatsächlichen Tendenzen in der Zusammensetzung der Arbeitskraft verschleiert werden. Ein genauerer Blick auf die Daten zeigt, dass die chinesische Wirtschaft als Ganzes dem weltweit beobachteten Muster der Deindustrialisierung und Prekarisierung folgt. Obwohl es zwar stimmt, dass die chinesische Produktion zwischen 2002 und 2009 zehn Millionen neue Arbeiter aufgesaugt hat, was zusätzliche 2 Prozent der Gesamtarbeitskraft ausmacht, handelte es sich dabei um einen späten Anstieg nach der massiven Deindustrialisierung im *Rust Belt* des Landes und dem Abbau der »eisernen Reisschüssel« in den 1990ern. Der prozentuale Anteil des Produktionssektors an der Gesamtbeschäftigung ist seit Beginn der Reformperiode massiv gefallen, von 14,8 Prozent im Jahr 1985 auf 11 Prozent in 2001. Erst vor kurzem stieg er wieder auf 12,8 Prozent im Jahr 2009. Insgesamt ging der Trend eindeutig abwärts, und zwar trotz des gleichzeitigen Beschäftigungsrückgangs in der Landwirtschaft von 63 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung im Jahr 1985 auf 35 Prozent 2011.[27] Das bedeutet, dass es in China wie auch anderswo stattdessen einen Nettozuwachs im Dienstleistungssektor gab und Branchen wie der Bausektor immer mehr von staatlichen Investitionen und Finanzspekulationen als etwa vom Bau von Industrieanlagen abhängig wurden.

27 Vgl. die Grafik unter data.worldbank.org/indicator/SL.AGR.EMPL.ZS.

Zusätzlich zu diesen Trends wird der Charakter der chinesischen Produktion oft nicht erwähnt. Häufig wird angenommen,

dass gigantische Fabrikkomplexe mit einem quasi-fordistischen Modell der Arbeitsdisziplin – wie bei Foxconn oder Honda, wo große Proteste stattfanden – hier die Norm sind. Das trifft jedoch nicht zu. Die meisten der chinesischen Industriearbeiter (64,4 Prozent) sind nämlich in ländlichen Staatsbetrieben außerhalb der großen Zentren beschäftigt; diese Arbeiter sind in den offiziellen chinesischen Statistiken kaum berücksichtigt, weil sie zum Teil »außerhalb der etablierten Fabriken arbeiten, selbstständig sind oder in Heimarbeit, in der Nachbarschaft oder in kleinen Produktionseinheiten arbeiten«.[28] Selbst die größten industriellen Zentren sind von diesem Netz vernetzter und hochgradig informeller Arbeiten abhängig, was besonders deutlich etwa beim Recycling, bei der Kleinteilfertigung und der arbeitsintensiven Rohstoffförderung zu sehen ist. Die Produkte werden zusammen mit aus ähnlich informellen Verhältnissen stammenden Teilen größeren industriellen Ballungszentren wie Foxconn zugeführt, um zu Konsumgütern weiterverarbeitet zu werden. Die Grenze zwischen Produktion und Dienstleistung wird dabei verwischt. Viele Betriebe beschäftigen sich auch mit Transport, Arbeitskraftvermittlung und lokaler Finanzierung, die entweder durch persönliche oder aus dem Familiennetzwerk stammende Kredite oder durch die Gründung der immer größeren »Schattenbanken« erfolgt.[29]

28 Banister, China's Manufacturing Employment.

29 Gwynn Guilford, Five Charts to Explain China's Shadow Banking System (2004), online unter qz.com

Da Streiks unter den jüngsten Unruhen in China einen hohen Anteil hatten, und schon wegen der unmittelbaren Nähe der Streikenden zu einigen der wichtigsten Industriezonen der Welt, wird häufig angenommen, dass eine Art neuer Gewerkschaftsbewegung – hochgradig vernetzt, unabhängig von staatlichen Gewerkschaften und basisdemokratisch organisiert – die Grenzen der derzeitigen Kämpfe durchbrechen könnte. Einige stellen sich diese Bewegung mehr oder weniger als eine durch die neueste digitale Technologie unterstützte Wiedergeburt des Syndikalismus in China vor. Anstatt Organisierung als Überwindung von Schranken in Konflikten anzusehen, ist ein solcher Ansatz rein formalistisch. Ein angemessener Ausgangspunkt wäre das Gegenteil. Es gibt keinen Grund, allein wegen der Häufung von Streiks von der Existenz einer »Arbeiterbewegung« im hergebrachten Sinn auszugehen. Und ebenso wenig ist »die Gewerkschaft« zwangsläufig die Organisationsform, die eine Überwindung der Fehlschläge der

Kämpfe garantieren kann, nur weil sie diese Rolle angeblich in der Geschichte gespielt hat. Entsprechende Bedingungen mögen im Westen die Geburt des »Massenarbeiters« herbeigeführt haben, sie gelten aber kaum in einem sich deindustrialisierenden China und auch nicht in den deindustrialisierten USA oder der EU von heute.

Es wäre jedoch ein Fehler, aus der faktischen Abwesenheit der Bedingungen für eine »Arbeiterbewegung« zu folgern, dass damit schon überhaupt jeder Versuch, das derzeitige System umzustürzen, zum Scheitern verurteilt wäre. Diese Annahme wählt aus der äußerst vielfältigen Geschichte von Kämpfen gegen den Kapitalismus willkürlich einen potenziellen Höhepunkt in den USA und in Europa und verallgemeinert diesen Punkt zu einer absoluten Bedingung dafür, dass sich ein neuer Kampfzyklus entfalten könnte. In Wirklichkeit könnte das Gegenteil stimmen. Schon unter dem großen fordistischen Fabrikregime war es gerade die bloße Existenz einer lebhaften »Arbeiterbewegung« – ob angetrieben von den sozialistischen Parteien in Europa oder den Liberalen der Great Society in den USA –, welche die letzte Glut der Revolution auslöschte, die noch von den Aufständen der hundert Jahre zuvor glimmte. Unterdessen waren die Syndikate, kommunistischen Parteien und Revolutionsarmeen dieses Jahrhunderts kaum das Produkt eines »revolutionären Bewusstseins«, das von der kollektivierenden Kraft des Kapitalismus selbst in einer überwiegend industriellen Arbeiterschaft erzeugt worden wäre. Offensichtlich spielten Industrialisierung und der demografische Übergang eine wichtige Rolle, wenn sich Revolten gegen die Verelendung entzündeten. Doch diese früheren Aufstandsbewegungen waren genauso ein Produkt bäuerlicher und indigener Traditionen, die *von außen* Widerstand gegen den Kapitalismus leisteten, wie auch von bloßen kulturellen, historischen und taktischen Zufällen.

Während die Bedeutung von Forderungen nach höherem Lohn und besseren Bedingungen am Arbeitsplatz bei den chinesischen Unruhen auf den ersten Blick die Entstehung einer neuen »Arbeiterbewegung« anzuzeigen scheinen, läuft unter der Oberfläche etwas völlig anderes ab. Trotz der Dominanz von Lohnforderungen in chinesischen Streiks gibt es kaum

Anzeichen dafür, dass solche Forderungen tatsächlich die Wünsche der Arbeiter widerspiegeln. Einen schnellen Blick auf solche Lohnforderungen zu werfen und dann zu schließen, dass die Arbeiter einfach höhere Löhne wollten, nennt das Naheliegende, ohne das Wesentliche zu begreifen. Ähnlich kratzt man kaum an der Oberfläche, wenn man denkt, dass es den Leuten, die bei US-amerikanischen Riots gegen Polizeigewalt Geschäfte geplündert haben, wirklich um den erbeuteten Krempel gegangen sei. Ähnlich wie bei Plünderungen haben Lohnforderungen in China einen »Nimm-was-du-bekommen-kannst«-Charakter, bei dem gerade die Zielstrebigkeit der Absicht bereits einen uneingestandenen Überschuss anzeigt, der sich hinter ihnen verbirgt.

In China braut sich also keine Arbeiterinnenbewegung zusammen: *Und das ist auch gut so.* Es gibt zum Beispiel kaum Impulse, traditionelle Gewerkschaften aufzubauen, die für eine Anerkennung der Wanderarbeiter als »normale Arbeiter« eintreten würden, um über den Preis ihrer Arbeitskraft zu verhandeln und so deren vollständige Eingliederung in das Lohnverhältnis zu ermöglichen. Abgesehen von den Bemühungen einiger linker NGO ist anscheinend der Staat selbst – mit dem Versuch, die aktive Rolle des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes wiederzubeleben[30] und gegen die Korruption niedriger Beamten vorzugehen – die einzige bedeutsame Kraft, die in diese Richtung zielt.

30 Eli Friedman, Insurgency Trap. Labor Politics in Postsocialist China, Ithaca 2014.

Der »chinesische Preis« diente in den letzten zwei Jahrzehnten als Vergleichsmarke für alle Waren. Die Krise des Lohnverhältnisses in China manifestiert sich in, wenn auch durch die Finanzpolitik gebremsten, Währungsturbulenzen, steigenden Löhnen in den etablierten Industriezonen wie dem Perlflussdelta, Arbeitsverlagerungen in günstigere produktive Zentren im Landesinneren und einer massiven Zunahme spekulativer Investitionen in den Immobilienmarkt. Sie ist auch an der wachsenden Blase informeller Finanzen und in der zunehmenden Notwendigkeit staatlicher Investitionsprogramme und ausländischer Direktinvestitionen sichtbar. Alle diese Phänomene bestätigen die »Illegitimität« von Lohnforderungen, da Löhne genau in dem Moment steigen und wegen der Inflation oder der kapitalistischen Durchdringung der ländlichen Regionen

steigen müssen, in dem die Profitraten bereits schrumpfen. Industrien werden verlagert, das Wirtschaftswachstum kühlt ab, Währungen werden instabil und Bedingungen für neue Streikwellen und Aufstände entstehen.

China ist zwischen fallenden Profitraten und einer zunehmenden Welle von Streiks und Riots gefangen. Ein Nachgeben auf der einen Seite löst eine Reaktion auf der anderen Seite aus. Den Lohnforderungen stehen geringe Margen gegenüber. Dies behindert nicht nur die Möglichkeit einer »Arbeiterbewegung«, es schafft auch Bedingungen, unter denen Angriffe auf den Lohn, so wie wir sie unlängst in China beobachten konnten, eine deutlich größere Sprengkraft entfalten können, als dies in den meisten Arbeitskämpfen des letzten halben Jahrhunderts der Fall war. Die subjektive Einstellung der Arbeiter selbst verdeutlicht dieses Rätsel. Bisher hat der Proletarisierungsprozess keine Bewegung hervorgebracht, die eine Anerkennung der Identität der Arbeiter *als Arbeiter* anstrebt. Stattdessen nimmt die erzeugte Subjektivität eine negative Form an: »Es gibt keine Zukunft als Arbeiter und eine Rückkehr ins Dorf ist sinnlos.«[31] Lu und Pun bestätigen dies: »Die Reform verkörpert einen Widerspruch: Als das Kapital neue Arbeiter brauchte, wurden chinesische Bauern gebeten, sich in Arbeitskräfte zu verwandeln, die bereitwillig ihre Tage am Arbeitsplatz verbringen. Als entbehrliche Arbeiter sollten sie jedoch, als sie nicht mehr gebraucht wurden, in die Dörfer zurückkehren, die sie im Stich gelassen hatten und zu denen sie keine Bindung aufrechterhalten konnten. Während das Leben der ersten Generation von Wanderarbeitern sich durch einen Übergang auszeichnete, charaktisiert ein Bruch mit dem Land die zweite Generation, die viel mehr ihrer Lebenszeit in Städten verbringt. Übergang suggeriert Veränderung und fördert so Hoffnungen und Träume von Wandel. Der Bruch hingegen erzeugt eine Sackgasse: Es gibt weder die Hoffnung, sich in einen städtischen Arbeiter zu verwandeln, noch die, aufs Land zurückzukehren und ein Leben als Bauer aufzunehmen.«[32]

31 Chan, Global Financial Crisis.

32 Huilin/ Ngai, 503.

Diese Stimmung beginnt bereits, die wirtschaftlichen Imperative der Binnenmigration zu überlagern. Lu und Pun beschreiben einen der befragten Arbeiter: »Wenn das Streben nach materieller Entlohnung das gemeinsame Ziel ist, das die Un-

terschiede innerhalb der Arbeiterklasse überwölbt, hat dieses Streben für Xin seine Bedeutung verloren. Für ihn war das Konzept der Arbeit zerstört, was einen Bruch in seinem Leben erzeugte: ›Wann immer ich arbeite, bin ich nicht glücklich. Meine Seele ist nie in Frieden. Ich habe immer das Gefühl, dass ich ein großes Ding drehen sollte.‹«[33] Dies hält die Wanderarbeiter in ständiger Oszillation und erzeugt, was Pun und Lu als ihre »Quasi-Identität« bezeichnen. »Eine Arbeiterin, die wir in Dongguan trafen, bemerkte: ›Ich vermisse meine Heimat, wenn ich in der Stadt arbeite. Sobald ich heimkehre, denke ich an die Rückkehr in die Stadt.‹«[34]

Diese Dynamik ist typisch für viele Arbeitskämpfe der letzten Jahre. Für diese Arbeiter »ist ein Teufelskreis entstanden: Die Reform und der Gegensatz zwischen Stadt und Land fördern den Wunsch, den ländlichen Raum zu verlassen, was nur ins Elend der Fabrikarbeit führt; die Frustration der Fabrikarbeit erzeugt den Wunsch, aufs Land zurückzukehren.«[35] Xin führte die Kollegen seiner Kunststofffabrik in einen Streik: »Gefangen im Niemandsland zwischen *kein Zurück* und *kein Voraus* waren sie zu radikalen Aktionen gezwungen.«[36] Gerade weil Xin weder in die Arbeiterklasse noch in die schwindende Bauernschaft vollständig eingegliedert ist, greifen er und seinesgleichen die Verhältnisse ihrer Umgebung an. Somit bedeutet die Abwesenheit einer »Arbeiterbewegung« keine Schwäche, sondern tatsächlich eine Öffnung. Wenn es zu teuer wird, das Leben der Arbeiter als Arbeiter aufrechtzuerhalten, ist das ein Zeichen, dass der Zerfall des sich selbst antreibenden Kreislaufs von Arbeit und Kapital begonnen hat, und die Möglichkeit, ganz aus dem Kreislauf auszubrechen, tritt hervor.

Die Abwesenheit eines »sozialen Dialogs« in China wird immer deutlicher. Als Xin und seine Kollegen mit ihren Beschwerden den legalen Weg beschritten, wurde ihre Eingabe an die Zentralregierung in Peking auf höchster Ebene natürlich nicht beachtet. Sie verzweifelten schließlich daran, wie sie wahrgenommen worden waren und »sie begriffen, dass sie auf sich selbst gestellt waren.«[37] Wie Xins Kollege Chen erklärt: »Wir können uns nur auf uns selbst verlassen. Wir können der Regierung nicht trauen, wir können dem Management nicht trauen.«[38] In einer derartigen Situation »ohne Fortschritt oder

33 Ebenda, 503.

34 Ebenda.

35 Ebenda, 513.

36 Ebenda, 511.

37 Ebenda, 512.

38 Ebenda.

Rückschritt«[39] sind die Wanderarbeiter gezwungen, »ihrem Trauma zu begegnen und ihre Wut nach außen zu kehren«.[40] Die immanenten Begrenzungen der Klassendynamik nehmen in China immer häufiger die Form von äußeren Zwängen an. Repression, Verwaltung und soziale Kontrolle werden in ihrer Brutalität durchschaubar. In eine Ecke gedrängt, bleibt den Arbeiterinnen kaum etwas anderes übrig, als zu kämpfen.

39 Ebenda, 514.

40 Ebenda, 513.

Keine Vergangenheit

Die Höhepunkte kommunistischen Aufbegehrens gingen in der Vergangenheit in erster Linie von Bäuerinnen oder von Generationen von Leuten aus, die gerade erst aus dem ländlichen Leben herausgerissen worden waren und denen dementsprechend heterodoxe Volkstraditionen noch vertraut waren. Diese Heterodoxie war wiederum das Ergebnis frühen Widerstands gegen Landeigentümer und andere Agenten der kapitalistischen Subsumtion; diese Generation kämpfte innerhalb eines zwar schon globalisierten, aber noch nicht wirklich total gewordenen Akkumulationsregimes, dem noch ausreichend Expansionsraum zur Verfügung stand. Es gab noch reichlich Gegenden auf der Welt, auf die dieses System nur einen sehr schwachen Einfluss hatte. Dies führte dazu, dass in China, wie auch anderswo, die globalen Märkte zusammen mit dem Kolonialismus der kapitalistischen Kernländer eine Destabilisierung tradierter Machtstrukturen bewirkten und noch ungeordnete, undefinierte Formen von Widerstand gegen das alte wie gegen das neue Regime hervorriefen. Diese unvollständige Subsumtion stellte sich in einer sehr ungleichmäßigen ökonomischen Geografie dar. So war der Großteil der Industrie in einer Handvoll Hafenstädte konzentriert und beschäftigte nur einen sehr kleinen Teil der chinesischen Bevölkerung. Die Mehrheit lebte auf dem Land und arbeitete in der Landwirtschaft, dem Handwerk oder in kleinen Werkstätten zwischen intensiv bewirtschafteten Kleingärten, weit entfernt vom Getöse der Großstadt.

In den entwickelteren Hafenstädten organisierte sich der Arbeiterwiderstand zunächst in anarchistischen Syndikaten französischer Bauart sowie in Geheimbünden, die teils unpolitisch, teils offen auf linker oder nationalistischer Linie waren. Auch

hier waren die Arbeiter in diesen Gruppen meist Zuwanderer vom Land oder deren Kinder, und diese frühen Organisationsformen waren ebenso sehr durch eine schlichte Feindseligkeit gegenüber dem Ausland oder durch Nationalismus motiviert wie durch die hehren universalistischen Ziele, die in den vielen Zeitungen der chinesischen Linken ausbuchstabiert wurden. Diese Organisationen arbeiteten zu einem bestimmten Grad geheim, viele waren mindestens zum Teil bewaffnet und ihre taktischen Maßnahmen erstreckten sich von einfachen Streiks und Boykotten bis hin zu Attentaten auf Unternehmer und Bürokraten, die sich der Zusammenarbeit mit ausländischen Interessen vermeintlich schuldig gemacht hatten. Letztlich konnten diese Frühformen städtischer Organisation jedoch nicht ihre inneren Schranken überschreiten. Etliche der Geheimbünde wurden von der durch die USA unterstützten nationalistischen Partei, der Guomindang, absorbiert, während die anarchistischen Projekte zusammenbrachen und ihre Mitglieder sich auf nationalistische und kommunistische Kräfte verteilten. Die Kommunisten selbst wurden aufs Land vertrieben, nachdem ihr städtisches Netzwerk aus bewaffneten Banden und Gewerkschaften vom nationalistischen Militär zerschlagen worden war.

Auf dem Land wurden die anfänglichen Beschränkungen des revolutionären Projekts dann überwunden. Der ländliche Widerstand nahm die Form von Räuberbanden, religiösen Sekten und Bauernorganisationen, die von Revolutionären gegründet wurden, an. Die zwei Jahrzehnte Krieg und Chaos von 1920 bis 1940 hatten den Effekt eines Schnellkochtopfs, in dem die verschiedenen Formen des Widerstands zu einer Bauernarmee verschmolzen wurden, durch die wiederum eine allgemeine »Militarisierung« des revolutionären Projekts erfolgte. In China wie auch in Vietnam, Korea und anderswo war es die Bauernarmee, und nicht die Gewerkschafts- oder Arbeiterbewegung, die sich als wirkungsvollstes revolutionäres Mittel erwies. Dies war weder Folge besonderer programmatischer oder ideologischer Reinheit, noch eine Frage schlichter Kräfteverhältnisse, sondern der einfachen Tatsache geschuldet, dass sich unter dem gegebenen Komplex materieller Bedingungen die Bauernarmee als die anpassungs- und widerstandsfähigste Organisationsform erwiesen hat, die sowohl das sich ausbreitende neue kapitalistische System wie auch die alte Ordnung

angreifen konnte und dabei zugleich eine Infrastruktur zur Verfügung stellte, die in den befreiten Gebieten ein gewisses Maß an Stabilität und Prosperität sicherte. Die Bauernarmee konnte die Schranken ihrer Zeit wenigstens in taktischer Hinsicht überwinden.

Aber »Schranken« müssen in einem Doppelsinn verstanden werden. Erstens handelt es sich um die *taktischen und strategischen Schranken eines bestimmten Kampfes.* Diese verhindern, dass ein relativ eingeschränkter Kampf, etwa um Lohnrückstände in einer einzelnen Fabrik, seine unmittelbaren Ziele erreichen oder sich auf weitere Fabriken oder Viertel ausbreiten kann. Taktische Schranken können recht unkompliziert sein, etwa in der Unmöglichkeit bestehen, es mit einer militarisierten Polizei aufzunehmen und diese zu schlagen. Aber es gibt auch strategische Schranken beim Sturz der gegebenen Ordnung, wie die Unfähigkeit, den chinesischen Staat kohärent herauszufordern, oder die Schwierigkeit, sich trotz Zensur, Integration und offener Repression zu organisieren. Historisch drückten sich solche strategischen Schranken in der Unfähigkeit der städtischen Syndikate und bewaffneten linken Gruppen aus, dem nationalistischen Militär ausreichend Widerstand entgegenzusetzen. Diese Schranke wurde letztlich erst durch die Bauernarmee überschritten.

Zweitens müssen besagte Schranken aber auch als *Schranken* verstanden werden, *die einen Kampf daran hindern, kommunistisch zu werden.* Taktische und strategische Schranken können auf viele Arten überschritten werden, die an und für sich nicht kommunistisch sind. Die Bauernarmee hat historisch genau in diesem Sinne versagt. Ein Vielzahl von Maßnahmen können in einem Kampf »linksradikal« *erscheinen* und doch in eine ganz andere Richtung weisen. Diese Schranken sind somit *keine ideologischen Schranken* (keine Probleme »falschen Bewusstseins«), sondern vielmehr materielle Schranken, die der Struktur des Kampfes eingeschrieben sind. *Der Weg des geringsten Widerstands für einen Kampf ist selten kommunistisch* und »Bewusstseinsbildung« kann nicht alleine einen Kampf von diesem Weg abbringen. Keine noch so intensive kulturelle Agitation konnte somit die Gesellschaft, die durch den Sieg der Bauernarmee erschaffen wurde, in eine kommuni-

stische Bahn lenken. Diese Agitation stellte somit stattdessen nichts als eine groteske Verzierung des langsamen Zerfalls dieser Gesellschaft in den Kapitalismus dar.

Heute aber sind die Bauernarmee und die Bedingungen, die diese hervorbracht haben, verschwunden. Sowohl die Potentiale als auch die Schranken eines Kampfes, der *von außerhalb* des Kapitalismus geführt wird, fehlen. Es führt kein Weg voran und keiner zurück. Was sind also, in unserer so düsteren Gegenwart, die aktuellen Schranken der Kämpfe an der sogenannten Werkbank der Welt? Es gibt die offenkundigen taktischen und strategischen Schranken: Riots und Streiks konnten der Repression schlichtweg nicht standhalten. Einige der größeren Kämpfe, etwa der Streik, der unlängst in Yue Yuen stattfand, konnten nur deswegen etwas länger anhalten, weil die Zentralregierung sie stillschweigend unterstützte.[41] In anderen Fällen wurden Forderungen erst erfüllt, nachdem der Streik selbst unterdrückt und seine aktivsten Anführer auf schwarze Listen gesetzt oder eingesperrt worden waren. Häufig jedoch hatten diese Riots überhaupt keine konkreten Forderungen, die sich leicht hätten erfüllen lassen. Sie nehmen die Form einer unausgereiften Gewalt an, die sich etwas willkürlich gegen unmittelbare Repräsentanten von Repression und Autorität richtet. In Wenzhou schlug eine riesige Menschenmenge einige *Chengguan* (zivile Hilfspolizisten) fast tot, nachdem sie einen Ladenbesitzer schikaniert und einen Journalisten angegriffen hatten, der sie dabei fotografiert hatte.[42] In Fällen wie diesem drehen sich die taktischen und strategischen Beschränkungen weniger darum, wie man bestimmte Forderungen im Betrieb durchsetzen kann, als darum, die Macht des »Pöbels« aufrechtzuerhalten und zu lenken. Dennoch hat eine Kombination aus direkter Repression und großzügigen Zugeständnissen praktisch verhindert, dass diese Massenriots sich zu Massenbesetzungen von Stadtvierteln, Fabriken und öffentlichen Plätzen ausgewachsen haben, wie man sie in Gwangju[43], auf dem Tiananmen oder auf dem Tahrir gesehen hat. Da aber die Handlungsmöglichkeiten sowohl des repressiven wie des umverteilenden Flügels des Staates durch die Erfordernisse der Profitabilität eingeengt sind, werden diese Präventivmaßnahmen bald ins Straucheln kommen.

41 Vgl. Friends of Gongchao, The New Strikes in China, 2014, online unter gongchao.org.

42 Alex Stevens, Rioting Crowd Severely Beats 5 Chengguan for Killing Civilian, *Shanghaiist*, 21. April 2014.

43 George Katsiaficas, The Gwangju Uprising, 1980, online unter libcom.org.

Jenseits dessen jedoch gibt es materielle Schranken, die verhindern, dass Konflikte in eine kommunistische Bahn gelenkt werden. Die bemerkenswerteste dieser Schranken scheint das »Problem der Zusammensetzung« zu sein. *Endnotes* definiert es als die »Schwierigkeit, verschiedene Fraktionen des Proletariats im Laufe ihrer Kämpfe zusammenzusetzen, zu koordinieren oder zu vereinen.«[44] Dieses Problem tritt auf, wenn »es kein vordefiniertes revolutionäres Subjekt« gibt oder, anders gesagt, »kein Bewusstsein einer Klasse ›für sich‹ als das Bewusstsein eines allgemeinen Interesses, das alle Arbeiter teilen«.[45] In China ist die offensichtlichste Spaltung innerhalb der Klasse die apartheidartige Trennung zwischen Stadt- und Landbewohnern auf Grundlage ihres *Houkou*-Status. Aber es gibt auch reichlich weitere bedeutsame und sichtbare Trennungen, etwa auf Grundlage von Geschlecht, Ethnie, Bildungsgrad oder dem Grad der Einbindung in die staatliche Privilegienstruktur. Diese Trennungen setzen sich auf fast allen Ebenen fort in Form von beträchtlichen Spaltungen zwischen verschiedenen Industriezweigen, Regionen, Städten oder selbst Abteilungen großer Fabriken. Kein politisches Projekt, außer vielleicht dem Nationalismus, scheint derzeit in der Lage zu sein, diese Gruppen in einem Bewusstsein »für sich« zu vereinen.

44 Endnotes, The Holding Pattern, 47.

45 Ebenda, 48.

Im Kontext städtischer Streiks und Riots tritt das Problem der Zusammensetzung auch im relativ umgrenzten Charakter der verschiedenen Typen von Massenvorfällen auf. Umweltproteste bleiben üblicherweise getrennt von Arbeitskämpfen oder Kämpfen gegen Zwangsräumungen oder Landenteignungen – selbst wenn die gleichen gesellschaftlichen Schichten an ihnen beteiligt sind. Die verschiedenen Protestformen haben auch jeweils ihre eigene Art von Diskurs, die der jeweiligen bestimmten Form von Verhandlung angepasst ist. Jede Protestform könnte ihre Art von Verhandlung auch überschreiten, aber bislang haben sie sich noch nicht wesentlich untereinander verknüpft. All diese Kämpfe weisen, soweit sie innerhalb des gegebenen Verhandlungsrahmens verbleiben, nicht in Richtung Kommunismus. Selbst wenn die Konflikte sich intensivieren, verbleiben Verhandlungen über Rechte, höhere Preise für Land oder Arbeitskraft oder etwas mehr Mitbestimmung in einem System, über das die Beteiligten keine echte Kontrolle haben. Wenn insgesamt die Profitabilität erhalten bleibt, kann

selbst eine beispiellose Explosion von Streiks und Riots den Kreislauf der Verhandlungen nicht unterbrechen. Erst wenn der gesellschaftliche Dialog völlig zusammenbricht, weil die Krise der Reproduktion sich vertieft, können die Konflikte zu einem kommunistischen Projekt zusammenfließen.

Das heißt nicht, dass das »Problem der Zusammensetzung« einfach durch eine Intensivierung der Krise gelöst werden könnte, sondern dass die gegenwärtige »Zusammensetzung« der Klasse *nicht wirklich das Problem ist.* »Zusammensetzung« kann als ein Substantiv verstanden werden, wobei die gegenwärtige Zusammensetzung der Klasse ein »vordefiniertes revolutionäres Subjekt« beinhaltet oder auch nicht, oder als ein Verb, wobei dann revolutionäre Subjektivität durch Handlungen *zusammengesetzt wird.* Trennungen innerhalb des Proletariats werden fortbestehen, aber sobald die Möglichkeit des gesellschaftlichen Dialogs zusammenbricht, werden diese Trennungen abgeflacht und einfacher zu überbrücken zu sein. Die Vorstellung eines »Bewusstseins einer Klasse für sich« oder eines revolutionären Projekts, das im »allgemeinen Interesse aller Arbeiter« liegt, war schon immer ein Mythos, an dem nur die Verblendeten und die Mächtigen festhielten. Das »vereinte« revolutionäre Subjekt geht der revolutionären Dynamik nicht voraus. Es wird eher *erschaffen*, als dass es gegeben wäre.

Wo immer es historisch etwas gegeben hat, das einem solchen Klassenbewusstsein ähnelt, war es nicht das notwendige Ergebnis einer bestimmten industriellen Geografie oder Ordnung der Arbeit. Vielmehr wurde ein solches »Bewusstsein« geschmiedet aus einer chaotischen Ansammlung von Bäuerinnen, Handwerkern, Handarbeitern, Horden von Arbeitslosen, Banden elternloser Kinder, wütenden Hausfrauen, irrlichternden Millenaristinnen, kleinen Beamten, Schülerinnen und Studenten, Seemännern und Banditen, alle zusammengeworfen im Brennkolben der frühen kapitalistischen Stadt und vereint im Rückgriff auf eine Vielzahl unterschiedlicher Traditionen von Widerstand. »Bewusstsein« war keine Vorstellung in den Köpfen dieser Menschen, sondern eine einfache Bezeichnung ihres gemeinsamen Handelns.

Dementsprechend ist klar, dass jeder Versuch, die derzeitigen Schranken des Kampfes in China zu überwinden, die Fabrikstadt als sein zentrales Terrain wählen und Proletarier aus verschiedenen Schichten einbinden muss, die eher durch geografische Nähe vereint sind als durch das Bewusstsein, *einer Klasse* anzugehören. Heute sind die früheren Volkstraditionen des Widerstandes weitgehend erloschen. Die revolutionäre Tradition selbst dient häufig als Ersatz, wobei die frühen chinesischen Revolutionäre viele solche Praktiken in den Mythos des sozialistischen Staates integriert und transformiert haben. Heute werden Symbole und Praktiken aus der sozialistischen Ära regelmäßig eingesetzt, um Angriffe auf die Mächtigen zu rechtfertigen. Das wahrscheinlich prominenteste Beispiel ist die derzeitige Verbreitung der Mao-Verehrung, die von etwa 12 Prozent der Bevölkerung (besonders von den ländlichen Armen) im Stile der traditionellen chinesischen Volksreligion praktiziert wird. Zusammen mit den Unruhen haben diese Traditionen letztlich eher den linken Flügel der KP gestärkt (beispielsweise Bo Xilais »Chongqing-Experiment« oder Wen Tiejuns »Neue Ländliche Aufbaubewegung«) und das tatsächliche Aufstandspotenzial mit sozialistischer Nostalgie verschleiert.

Der zweite entscheidende Unterschied ist die veränderte Größe und Zusammensetzung der kapitalistischen Stadt. Eine riesige Anzahl chinesischer Proletarier lebt und arbeitet in unmittelbarer Nähe zu großen Konzentrationen von produktiver Infrastruktur. Der Xintang-Riot fand in einer Industrievorstadt statt, in der ein Drittel der Jeans weltweit hergestellt wird. Jahrelange Unruhen in Foxconn-Fabriken in ganz China haben Angst vor einer Stilllegung der weltweiten Versorgung mit iPhones aufkommen lassen. Auf den ersten Blick ähnelt dies der Situation im Europa der Industrialisierung, als der Mythos des vereinten proletarischen Subjekts nur deswegen Fuß fassen konnte, weil ein signifikanter Anteil des Proletariats im unmittelbaren Produktionsprozess beschäftigt war. Das ist jedoch nicht die Situation im heutigen China: Veränderungen in der technischen Zusammensetzung der Produktion haben eine Tendenz zur Deindustrialisierung herbeigeführt. Ein neues revolutionäres Subjekt kann nicht durch die Affirmation der »Arbeiterkultur« zusammengeschweißt werden, selbst wenn solche Mythen sich in der Vergangenheit mitunter als nützlich erwiesen haben.

Trotz dieser relativen Deindustrialisierung befindet sich eine große Anzahl chinesischer Arbeiter immer noch an lebenswichtigen Positionen der Weltökonomie. Riots in Athen, Barcelona, London oder Baltimore haben, bei all ihrer sonstigen Bedeutung, kaum eine Möglichkeit, den »Glasboden« zur Produktionssphäre zu durchbrechen. Und selbst wenn sie das könnten, hieße das nur, dass die Leute Orte bloßer Logistik – Häfen, Kaufhäuser, Bahndepots, Universitäten, Krankenhäuser und Wolkenkratzer, Wüsten leerer Räume und leerer Frachtcontainer, sobald alle Güter geplündert wären – oder höchstens noch eine Handvoll High-Tech-Fabriken in Besitz nehmen könnten, die spezialisierte Güter herstellen, für deren Weiterbetrieb diese Leute aber weder den Zugang zu den nötigen Rohstoffen noch das Wissen hätten. In China hingegen sind technisches Wissen sowie grundlegende technische Fertigkeiten weitverbreitet; die Lieferketten sind innerhalb der industriellen Ballungsräume engmaschig und dicht, und so kann die Blockade eines einzigen Fabrikkomplexes verhindern, dass große Teile der weltweiten Produktion auf den Markt gebracht werden. Gleichzeitig werden große Teile der »globalen Fabrik«, die auf logistischer Infrastruktur beruht, in China gebaut, so etwa 82 Prozent der weltweit hergestellten Schiffscontainer.

Die Möglichkeit, durch Blockaden im Westen den Akkumulationszyklus zu stoppen, wird durch all diese Faktoren begrenzt. Obwohl die Produktion über globale Netzwerke verteilt ist und weit in die soziale Sphäre, die sogenannte »gesellschaftliche Fabrik«, hineinragt, bedeuten Eingriffe in diese Netzwerke nicht überall gleich viel. Selbst massive Störungen in Ländern wie Griechenland oder Spanien können umschifft, »aufmüpfige Märkte« können verlassen werden, da die meisten von ihnen ohnehin zusammenbrechen, wenn die Proletarier den Zugang zu billigen Krediten verlieren. Autonome Zonen und Arbeiterstaaten können in den Wüsten des Kapitals errichtet werden, ohne dass sie für dieses eine ernsthafte Bedrohung darstellen würden. Sie können bestenfalls marginalisierte Bevölkerungsgruppen am Leben halten, bis sie von einem neuen Expansionszyklus wieder eingesaugt werden.

Entscheidend ist, dass es schlichtweg Proletarier gibt, die den Hebeln der weltweiten Produktion näher sind als andere. Das

Ziel eines kommunistischen Projekts ist es nicht, sich diese Hebel anzueignen und zugunsten aller zu betätigen, denn das System als solches ist ebenso sehr für die Verelendung gebaut wie für die Produktion. Das Ziel ist es, dieses System zum Erliegen zu bringen, es abzubauen und all das einem neuen Zweck zuzuführen, was einem anderen Zweck zugeführt werden kann, aber dazu muss sein Dreh- und Angelpunkt – der unmittelbare Produktionsprozess, in dem Kapital und Arbeiter aufeinandertreffen und Dinge hergestellt werden – zerstört werden. Um aber diesen Prozess in seine Bestandteile zerlegen und umfunktionieren zu können, ist ein Wissen über die Funktionsweise des Mechanismus erforderlich, aber auch die technische Fähigkeit, die dafür sorgt, dass in der Zwischenzeit nicht alle verhungern.

Dieses Wissen ist nichts Abstraktes, es ist das Ergebnis von Ausbildung und Erfahrung in der Produktionssphäre selbst. Die chinesische Arbeitskraft wurde gerade *aufgrund* dieses Wissens – das sozialistische Bildungssystem hatte eine hochgradig alphabetisierte Nation mit reichlich Ingenieuren der mittleren Ebene geschaffen – zu einer lukrativen Arbeitsquelle für den Weltkapitalismus. Noch heute hat das chinesische Proletariat mehr und weiter verbreitetes »technisches Wissen über die Organisation dieser Welt«[46] als all die Proletarier Griechenlands, Spaniens oder der USA. Das Problem ist ein praktisches. Ohne eine Zukunft oder eine Vergangenheit bleibt uns nur das, was in unserer Reichweite liegt. ■

46 Unsichtbares Komitee, An unsere Freunde, Hamburg 2015, 91.

Chuang



ENDSTATION KATALONIEN

Im Folgenden dokumentieren wir einen Text von Corsino Vela aus Barcelona. Entgegen der auch hierzulande verbreiteten Argumentation, der Weg in die Unabhängigkeit Kataloniens sei vor allem ein wichtiger Schritt, um fernab des monarchistischen und postfaschistischen Spanien einen progressiven Staat aufzubauen, erklärt er die sezessionistischen Bestrebungen aus der Abwärtsdynamik heraus, die auch Spanien und Katalonien im Zuge der globalen Wirtschaftskrise seit 2008 erfasst hat.

Zu dem Mythos, bei der Unabhängigkeitsbewegung handele es sich um eine linke, antifaschistische Freiheitsbewegung, haben die brutalen Bilder der spanischen Militärpolizei Guardia Civil, die mit Knüppeln auf eifrige Demokraten an der Wahlurne eingeprügelt hat, sicher beigetragen. Zudem zeigen die Katalaninnen nicht die hässliche Fratze des Nationalismus – oft weht neben ihrer Nationalfahne auch noch der Slogan Refugees Welcome. *Es ist wenig überraschend, dass hierzulande die gleichen Gruppen und Personen in der katalanischen Bürgerbewegung eine Chance auf soziale Veränderung, gar mögliche revolutionäre Umbrüche wittern, die auch schon auf Hugo Chávez gehofft oder mit Syriza sympathisiert haben. Aber selbst anarchosyndikalistische Genossen sehen mindestens neue* Möglichkeiten, *die sich durch die* causa catalonia *ergeben könnten.*

Katalonien scheint das neue Mekka eines »revolutionären Regionalismus« zu sein, der neuerdings mit der Rede vom »Europa der widerständigen Regionen« beschworen wird. Staatskritik wird dabei kurzerhand gegen das ominöse Konzept der »rebellischen Provinz« eingetauscht. Die gegenwärtigen Abspaltungstendenzen, ob in Katalonien, Flandern oder Norditalien, sind nur eine besondere Spielart des wiedererstarkenden Nationalismus in ganz Europa, der die soziale Frage kassiert. So ist auch in Katalonien keine Rede mehr von der Krise, die auf der ganzen iberischen Halbinsel ihre Spuren hinterlassen hat: Jugendarbeitslosigkeit von über 30 Prozent, prekäre Arbeitsbedingungen, Rentenkürzungen, hunderttausende Menschen, die ihre Wohnungen und Häuser verloren haben, Suizidrate auf Rekordhöhe – das ganze Programm, von dem Millionen Menschen in Südeuropa betroffen sind. In diesem

Licht erscheint die katalanische Kleinstaaterei vielen, die den Glauben an eine bessere Zukunft weitgehend verloren haben, als letzte Hoffnung. ■

Der vorliegende Text versucht die gegenwärtige Dynamik der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung im politischen und ökonomischen Kontext zu erklären und ihre Klassenzusammensetzung zu beleuchten, nicht ihre historischen Wurzeln. Trotzdem sollte nicht unerwähnt bleiben, dass der gemäßigte katalanische Nationalismus in den letzten vierzig Jahren den spanischen Staat stabilisiert hat. Die CiU (Convergencia i Union), Vorläuferin der Partei des abgesetzten Regionalpräsidenten Puidgemont (Partit Demòcrata Europeu Català, PDeCAT), hat die postfranquistische Verfassung von 1978, die unter anderem die Monarchie wiederhergestellt hat, nicht nur akzeptiert, sondern selbst mitausgearbeitet, und seitdem durchgängig die Zentralregierung unterstützt, ganz gleich, ob diese von den Konservativen (Partido Popular, PP) oder den Sozialdemokraten (Partido Socialista de España, PSOE) gestellt wurde. Im Gegenzug kam man der Regionalregierung in Katalonien bei der Vergabe administrativer Rechte entgegen. Die katalanischen Sozialdemokraten (Esquerra Republicana de Catalunya, ERC) haben sich zwar bei der Abstimmung über die Verfassung von 1978 enthalten, waren aber genau wie CiU und PDeCAT immer im Parlament von Madrid vertreten und haben die Zentralregierung somit ebenfalls in gewisser Weise legitimiert.

Um den Aufstieg der Unabhängigkeitsbewegung in den letzten sechs Jahren und damit die gegenwärtige Situation zu verstehen, muss man sich die jüngsten politischen Entwicklungen vergegenwärtigen. Nach den Regionalwahlen 2003 wurde Katalonien bis 2006 von einer Dreiparteienkoalition aus Sozialisten, Grünen und ERC regiert, die eine Reform des Autonomiestatuts zu einem ihrer Hauptziele erklärte. Angestrebt wurden unter anderem eine Veränderung des Finanzausgleichs mit dem Zentralstaat – bislang zahlt Katalonien mehr ein, als es zum Beispiel durch Infrastrukturinvestitionen aus Madrid erhält – und Kataloniens Anerkennung als eigenständige Nation innerhalb von Spanien. Die PP, damals in der Opposition, klagte dagegen vor dem Verfassungsgericht mit der Begründung, dass ein Großteil der Neuregelungen gegen die Verfassung verstoße. Im Jahr 2010 wurde der Klage stattgegeben, die Reform scheiterte. Als auch Neuverhandlungen mit der Regierung in Madrid nicht mehr möglich schienen, veränderte

der katalanische Nationalismus seinen Charakter: Waren die Separatistinnen bislang in der Minderheit gewesen, während sich die Mehrheit lediglich für mehr Autonomie oder Souveränität ausgesprochen hatte, wurde ihr Lager nun größer. In den frühen 2000er Jahren sprachen sich 17 Prozent für ein unabhängiges Katalonien aus, heute sind es 48 Prozent.

Die Auswirkungen der Krise

Die globale Wirtschaftskrise hat ab 2008 auch in Katalonien – und dem spanischen Staat insgesamt – zu tiefgreifenden Verschlechterungen der Lebenssituation geführt und den Staatshaushalt in eine Schieflage gebracht. Seit den 1990er Jahren war ihr eine einschneidende Veränderung des kapitalistischen Akkumulationsmodells im gesamten Land vorausgegangen: Deindustrialisierung und Wachstum des Dienstleistungssektors, wobei der Tourismus und eng mit ihm verwobene Bereiche wie der Bausektor und das Gastgewerbe am wichtigsten wurden (in Katalonien arbeiten fast drei Viertel der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich, auf den Tourismus entfallen 14 Prozent). Das Platzen der Immobilienblase war nur der oberflächlichste Aspekt einer grundlegenden Krise des spanischen Kapitalismus, dessen starke Abhängigkeit vom Baugewerbe sich nun zeigte. Was zunächst wie eine Banken- und Finanzkrise erschien, entpuppte sich schnell als weit mehr und hat in Madrid wie Barcelona das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben. Unterdessen stiegen die Arbeitslosenzahlen landesweit in rasender Geschwindigkeit auf das Rekordniveau von rund 25 Prozent. Heute sind es in Spanien 16,4 und in Katalonien 12,5 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit liegt aber weiterhin bei etwa 30 Prozent. Von 2006 bis 2017 ist in Katalonien rund ein Viertel der Industriejobs entfallen, im Bausektor sogar fast die Hälfte (215.000 von 445.000).

Vor allem aber hat die Krise auch Folgen für den zentralstaatlichen Finanzausgleich zwischen reicheren und ärmeren Regionen gehabt, der im Zentrum des Konflikts zwischen Madrid und Barcelona steht. Je nach Berechnungsweise zahlt Katalonien dabei 2 bis 16 Milliarden Euro mehr ein, als es selbst aus Madrid bekommt. Unabhängig von den exakten Zahlen hofft

das nationalistische Establishment in Katalonien, künftig mehr Steuergelder einzubehalten und so zumindest teilweise die Auswirkungen der Krise abfedern zu können. Diese spüren vor allem die proletarisierten Schichten, aber auch Teile der Mittelschicht, inklusive derer, die von dem klientelistischen System bevorzugt werden: Beamte, Angestellte der Regionalregierung und sozialer Institutionen, die von ihr subventioniert werden.

Von den besetzten Plätzen zur Nation

Die Wirtschaftskrise führte zu einer rigiden Sparpolitik, die vor allem den Gesundheits-, Bildungs-, und Sozialbereich traf; auch die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden gekürzt oder eingefroren. Die Folge war eine Welle von Protesten und Massenmobilisierungen. Die katalanische Regierung hat die Kürzungsmaßnahmen gleich doppelt instrumentalisiert: Zum einen schob sie die Schuld an der sozialen Misere auf die Zentralregierung, da Katalonien im Finanzausgleich benachteiligt werde – »Madrid beklaut uns!« –, zum anderen wurden große Privatisierungswellen, vor allem im Bildungs- und Gesundheitssektor, durch die klammen Staatskassen gerechtfertigt.

In den ersten Jahren der ökonomischen Krise – und der politischen, die nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts über das Autonomiestatut heraufzog – kam es zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen, die Gegenwehr auf den Plan rief: Von Schließung bedrohte öffentliche Krankenhäuser und Ärztezentren wurden besetzt, auch gegen Kürzungen im Bildungssektor fanden Kämpfe statt. Die starken Mobilisierungen mündeten 2011 in ganz Spanien in großen Besetzungen von Plätzen (»Bewegung 15-M«, »Indignados«), so auch der Plaça de Catalunya in Barcelona, die jedoch von den Besetzerinnen freiwillig wieder aufgegeben wurde, nachdem ein brutaler Räumungsversuch der katalanischen Polizei an massivem Widerstand gescheitert war. Einen Monat später wurde das katalanische Parlament belagert, das an diesem Tag weitere Sparmaßnahmen beschließen wollte. Für den damaligen Präsidenten der Autonomieregion, Artur Más, wurde dies ebenso zu einer Demütigung – der Landesherr musste per Hubschrauber ins Parlament eingeflogen werden – wie für die Abgeordneten, die – egal, ob sie der Rechten oder der Lin-

ken angehörten – nur von der katalanischen Polizei eskortiert in das Gebäude gelangten. Diese Aktion war die deutlichste Delegitimierung der politischen Repräsentanten seit dem Ende der Franco-Diktatur und offenbarte eine beispiellose politische und soziale Krise.

Angesichts dieser Situation, die gewisse Züge einer Unregierbarkeit hatte,[1] bekam es ein Teil der Aktivisten – vor allem aus der Antiglobalisierungsbewegung und der NGO-Szene – mit der Angst zu tun: Die Massenmobilisierungen für konkrete materielle Anliegen, vor allem für das Ende der Sparpolitik, drohten das gesamte politische System zu destabilisieren. Zwei Jahre später, 2013, veröffentlichten einige Gruppen daher ein Manifest, in dem sie sich für einen »konstituierenden Prozess« aussprachen – für den schrittweisen Aufbau einer katalanischen Republik, die einen sozialen Charakter haben sollte. In vielen Dörfern und Städten wurden Versammlungen (Asambleas) gebildet, die zugunsten dieses »konstituierenden Prozesses« linke Kandidaten, die sich für die Forderung nach einer katalanischen sozialen Republik stark machten, bei Wahlen unterstützen sollten. Auf diese Weise wurden große Teile der sozialen Bewegung zugleich institutionalisiert und national gewendet. Ihr Niedergang wurde zudem durch einen Generalstreik im November 2012 befördert, bei dem sich die großen Gewerkschaften abermals fernhielten und auf den die katalanische Polizei erneut mit harter Repression reagierte.

Warum es so leicht war, die Bewegung gegen die Sparpolitik von der sozialen Frage abzulenken und für die Unabhängigkeitsbewegung zu gewinnen, lässt sich vor allem durch ihre soziale Zusammensetzung erklären. Die »Indignados« waren keine klassenkämpferische Bewegung, sondern von Anfang an von einem starken Wunsch nach »Erneuerung der Demokratie« und bürgerschaftlichem Engagement geprägt. Darin drückte sich die Haltung proletarisierter Mittelschichten aus, die sich später sehr offen für die Idee der eigenen Nation zeigten.

Parallel dazu wurde 2012 die »Katalanische Nationalversammlung« gegründet (Asamblea Nacional Catala, ANC), die wie eine Art Satellit der separatistischen Tendenzen der Regionalregierung funktioniert und die Verantwortung für die so-

1 Nachdem am Morgen tausende Demonstranten das Regionalparlament umzingelt hatten, drohte Präsident Más, die »Befreiung« der Parlamentarier anzuordnen. Das hätte zu einem erneuten brutalen Einsatz der katalanischen Polizei Mossos d´Esquadra geführt, wie einen Monat zuvor auf der Plaça de Catalunya. Einige Organisationen und Sprecher, die zunächst zu der Blockade aufgerufen hatten, riefen nun dazu auf, die Aktion abzubrechen und sich auf einem anderen Platz in der Nähe des Parlaments zu versammeln. Daraufhin kam es zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen unter den Demonstranten; letztlich aber hielt die Blockade bis zum Ende der Parlamentssitzung am frühen Abend an – so wie es in der Asamblea, die zu der Aktion aufgerufen hatte, auch beschlossen worden war.

zialen Einschnitte mit der bekannten Argumentation auf die Regierung in Madrid abwälzt. Als breite soziale Front aus Gewerkschaften, Parteien, NGOs, Vereinen, Kulturverbänden etc. propagierte die ANC, es gebe keinen Spielraum mehr für Verhandlungen über einen besseren Finanzausgleich mit Madrid und die zwingende Voraussetzung für eine bessere Sozialpolitik liege in einem unabhängigen Katalonien; die soziale Frage erscheint so unweigerlich mit der nationalen verbunden. Dabei ist auch die Rolle der katalanischen Medien (TV3, Radiosender und Zeitungen) und eines weitverzweigten Netzes staatlich geförderter Sport-, Kultur- und Wohlfahrtsvereine von Bedeutung, die zur ideologischen Verbreitung des Separatismus beitragen – so wie es spiegelbildlich dazu Medien und soziale Organisationen auf spanischer Seite tun.

An die nationale Unabhängigkeit wurde somit ein Versprechen gekoppelt: die Wiederherstellung des Wohlfahrtstaats. Das ist die Antwort der katalanischen Eliten auf die Krise, während sie ihre Politik der Einsparungen und Privatisierungen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen ungerührt fortsetzen. Gleichzeitig hat die spektakuläre Propagandaschlacht zwischen katalanischer und spanischer Regierung zu einem nicht unwichtigen Nebeneffekt geführt: Sie lenkt von den zahllosen Korruptionsfällen ab, in die Mitglieder beider Regierungsparteien verwickelt sind. In diesem Sinne ist die nationalistische Antwort auf die Krise für das politische Establishment auf beiden Seiten von Vorteil gewesen.

Die soziale Zusammensetzung der Unabhängigkeitsbewegung

Der katalanische Nationalismus hat seine soziale Basis in den Mittelschichten, die von der Verschärfung der kapitalistischen Krise seit 2007 stark betroffen sind: Beamtinnen, Selbstständige, das in einen dramatischen Proletarisierungsprozess geratene Kleinbürgertum des Handels- und Agrarsektors, Angestellte von Kultur- und Sportvereinen sowie Studierende. Zählt man zu den 5 Prozent der katalanischen Erwerbsbevölkerung, die im öffentlichen Dienst arbeiten, die Beschäftigten im Gesundheits- und Bildungswesen hinzu, erreicht der Anteil der von der Regionalregierung abhängigen Arbeitsplätze fast 20

Prozent; der bedeutende Sport- und Kulturbereich lebt ebenfalls in hohem Maße von ihren Subventionen. Auch die rund 500.000 Sekundarschüler und 200.000 Studierenden, deren gegenwärtigen Aussichten in Proletarisierung und Prekarisierung bestehen, sind ein aktiver Teil der Unabhängigkeitsbewegung.

Die verschiedenen Kapitalfraktionen unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zur Unabhängigkeit. Zwar setzen sich Organisationen kleinerer und mittelgroßer Unternehmen aktiv für den Separatismus ein, sie vertreten aber nicht die Mehrheit der Unternehmer und sind auch nicht im wichtigen katalanischen Arbeitgeberverband *Foment del Treball* vertreten. Große Teile des etablierten katalanischen Kapitals, organisiert um den Wirtschaftskreis *Cercle d' Economia*, sowie das vor Ort ansässige transnationale Kapital lehnen die Unabhängigkeit dagegen ab und bekunden dies auch öffentlich. Das hat nicht in erster Linie politische oder ideologische Gründe – schließlich ist die Unabhängigkeitsbewegung in keiner Weise antikapitalistisch –, sondern erklärt sich schlicht aus der politischen Destabilisierung und Rechtsunsicherheit, die der Konflikt erzeugt und die den Interessen von Unternehmern unmittelbar schaden. Auch ein Boykott katalanischer Produkte im Rest des spanischen Staates wird befürchtet, der allerdings insofern paradox wäre, als er auch spanische Unternehmen treffen würde, die Vorprodukte an katalanische Firmen liefern.

Wichtig ist allerdings, dass der Gedanke eines eigenen Staates bei einer Schicht auf Anklang stößt, die man als aufstrebende Bourgeoisie oder neue Elite bezeichnen könnte und die folgerichtig eine führende Rolle in der separatistischen Bewegung spielt. Sie setzt sich zusammen aus hohen Beamten und politischen Fachleuten, Anwältinnen, Geschäftsleuten und Selbstständigen aus der Tourismusbranche und dem Baugewerbe, Beratern und Vertreterinnen internationaler Investmentfonds sowie Akademikern, Journalistinnen und Künstlern. Dies ist ein zuletzt größer gewordenes Segment der herrschenden Klasse mit wirtschaftlichen und beruflichen Interessen in der Dienstleistungswirtschaft, insbesondere im Immobilien-, Tourismus- und Kultursektor, das mitunter transnationale Investitionen ins Land zieht, verwaltet und zugleich aufs Engste mit den

oberen Ebenen des katalanischen Staatsapparates verflochten ist, der durch klientelistische Subventionen ein soziales Netzwerk am Leben hält.

Allerdings ist die Unabhängigkeitsbewegung in den letzten zehn Jahren so stark gewachsen und erhält bei Wahlen mittlerweile fast die Hälfte der Stimmen, weil sie auch in den unteren Schichten Zuspruch findet. Ethnokulturelle oder rassistische Züge spielen für den katalanischen Nationalismus tatsächlich keine Rolle. Er ist vielmehr klassenmäßig bestimmt: Es handelt sich um einen kleinbürgerlichen Nationalismus, der sich vor allem auf die staatliche Verwaltung bezieht – die katalanischen Steuern sollen in Katalonien bleiben. Diese Abwesenheit ethnisch-rassistischer Züge lässt sich aus der demografischen Zusammensetzung der Region erklären: Von ihren 7,5 Millionen Einwohnern wurde laut einer Volkszählung von 2011 mehr als ein Drittel außerhalb Kataloniens geboren (rund 1,5 Millionen im übrigen Spanien und 1,3 Millionen im Ausland). Die anderen sind mehrheitlich Kinder von spanischen Zuwanderern der 1960er und 1970er Jahre; sie sind in Katalonien zur Schule gegangen und Teile von ihnen unterstützen den Separatismus.

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterinnenklasse, die in den städtischen Industriegürteln lebt, steht der Unabhängigkeit tendenziell gleichgültig gegenüber, ohne dem extremen spanischen Nationalismus anzuhängen. Im Zuge der jüngsten Eskalation des Konflikts zwischen Regional- und Zentralregierung allerdings hat das Auftreten der rechten wie linken spanischen Parteien (Partido Popular, Ciudadanos und Partit dels Socialistes de Catalunya, PSC) dazu geführt, dass der spanische Nationalismus in Teilen der klassischen Arbeiterinnenklasse stärker Auftrieb erhalten hat, wie die territoriale Verteilung der »pro-spanischen« Stimmen bei Wahlen zeigt. So wie der katalanische Nationalismus trotz seines ausgesprochen kleinbürgerlichen Charakters Teile der traditionellen Arbeiterklasse für sich gewinnen kann und somit einen gewissen Querschnitt durch die Gesellschaft repräsentiert, gilt dies auch für den spanischen Nationalismus in Katalonien.

Die institutionalisierte Linke in Katalonien

Vor dem Hintergrund der Krise und des erstarkenden Separatismus hat sich auch die institutionalisierte Linke in Katalonien verändert. Die traditionellen linken Parteien (Sozialdemokraten und Sozialisten) unterstützen mit unterschiedlichen Nuancen den spanischen Zentralstaat. In der neuen Linken, die aus den sozialen Bewegungen der letzten Jahre hervorgegangen ist, bestehen dagegen unterschiedliche Positionen zur Unabhängigkeit. Während die CUP (Candidatura de Unidad Popular – Kandidatur der Volkseinheit) eine einseitige Unabhängigkeitserklärung der katalanischen Republik verlangt, vertritt Podemos/BenC (Barcelona en Comú – Barcelona Gemeinsam) föderalistische Positionen und fordert ein rechtlich bindendes Referendum nach dem Prinzip »Recht auf Entscheidung«. In beiden Parteien drückt sich eine Institutionalisierung der sozialen Basisbewegungen aus.

Die Ursprünge der CUP gehen auf die Kommunalwahlen von 1986 zurück. Trotz ihrer radikalen antikapitalistischen, feministischen und antirassistischen Rhetorik unterstützte die Partei in den letzten Jahren die bürgerlich-separatistischen Fraktionen in Gestalt von PDeCat und ERC. Innerhalb des Systems der politischen Vertretung hat die CUP von ihren zehn Sitzen im Parlament profitiert, die unabdingbar waren, um den genannten Parteien zu einer Mehrheit zu verhelfen und den Prozess mit der Unabhängigkeitserklärung vom 27. Oktober 2017 voranzutreiben. Überraschenderweise hat sich die CUP bereit erklärt, an den Wahlen vom 21. Dezember teilzunehmen, die die spanische Regierung nach Suspendierung der Unabhängigkeit angesetzt hatte, um gemäß der Verfassung von 1978 die Einheit Spaniens wiederherzustellen. Diese »Einheit« ist das zwanghafte Dogma des spanischen Nationalismus. Der Beitrag der CUP bestand darin, der Unabhängigkeitsbewegung einen sozialen Anstrich zu verleihen, und sie war ein wichtiger Akteur in der Basismobilisierung – wobei sie die beiden großen Parteien der Bewegung stets verteidigt hat. Die CUP vertritt im Rahmen des Parlamentarismus dezidiert sozialdemokratische und populistische Positionen und stellt eine Art extreme Linke des Kapitals dar, insofern sie sich an den demokratischen Institutionen der kapitalistischen Ordnung be-

teiligt, »um sie zu untergraben« – eine illusorische Vorstellung, die man von radikaleren Spielarten der alten Sozialdemokratie kennt.

In ähnlicher Weise ist BenC/Podemos ein Ergebnis der Institutionalisierung der Indignados-Bewegung und von Basisinitiativen wie der PAH.[2] Da sie in Barcelona die Lokalregierung stellt, hat sie gewisse Möglichkeiten, in soziale Angelegenheiten einzugreifen. Wie die CUP in den von ihr regierten Städten und Gemeinden verfolgt BenC/Podemos eine Sozialpolitik, die sich immer innerhalb des begrenzten Handlungsspielraums bewegt, den der institutionelle Rahmen bietet. Mit Blick auf die nationale Frage legt die Partei einen mehrdeutigen Föderalismus an den Tag, um in der katalanischen Wählerschaft der Sozialisten auf Stimmenfang zu gehen.

2 Plataforma de Afectados por la Hipoteca – Plattform von Betroffenen, die durch die Krise bedingt ihre Hypotheken nicht mehr bedienen können und somit von der Zwangsversteigerung ihrer Eigentumswohnungen bedroht sind.

Die Comités de Defensa del Referendum (Komitees zur Verteidigung des Referendums) verdienen eine gesonderte Behandlung. Sie wurden am 1. Oktober gebildet und spielten mit ihrer enormen Organisationskraft eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Repression der spanischen Guardia Civil während des Referendums. Die Zusammensetzung der einzelnen Komitees ist sehr heterogen, da sie als Stadtteilversammlungen allen offen stehen. Manche treten für eine herkömmliche Republik europäischer Art ein, andere für eine »soziale Republik«, wieder andere für eine Republik, die von der Basis aus errichtet werden soll, oder für einen »konstituierenden Prozess«, an dessen Ende nicht unbedingt ein Staat stehen muss. Sie waren einerseits praktische Zusammenschlüsse für konkrete Aktionen gegen die Polizeirepression oder für Interventionen beim Generalstreik, andererseits bieten sie den Beteiligten auch einen öffentlichen Raum, um über ihre Meinungen und Bedürfnisse zu diskutieren. Ohne ihre Bedeutung und ihr Potenzial zu schmälern, sollte man die Rolle der Komitees im aktuellen Konflikt nicht überbewerten oder gar mystifizieren. Auch wenn sie viele Leute mobilisiert haben, sind sie eine Minderheit, deren erfolgreiches Eingreifen am 1. Oktober und während der Generalstreiks stark von der Zurückhaltung der katalanischen Polizei Mossos d'Esquadra profitiert hat, die soziale Protestbewegungen ansonsten bekämpft. Ebenso darf nicht vergessen werden, dass das Referendum auf verschie-

denen logistischen Ebenen von der ANC organisiert wurde, also von einem konventionellen und konservativen Gerüst des katalanischen Nationalismus.

Zwei konkurrierende bürgerliche Klassen

Der Hintergrund des Konflikts ist in erster Linie der Kampf zwischen zwei Eliten. Sie kämpfen um ihr Gewicht in der transnationalen Kapitalakkumulation und versuchen gleichzeitig die Regierbarkeit eines von der Krise getroffenen Landes zu gewährleisten. Für die herrschende Klasse in Madrid ist die Einheit Spaniens die Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung eines gewissen Gleichgewichts und sozialen Friedens zwischen den verschiedenen Regionen. Dafür ist der vom Zentralstaat organisierte Finanzausgleich unentbehrlich.[3] Die herrschende Elite in Katalonien dagegen verspricht sich von der Unabhängigkeit größere finanzielle Mittel für Investitionen in die eigene Infrastruktur und für sozialpolitische Maßnahmen. Das ist die Grundlage des Unabhängigkeitsversprechens.

3 Dass das Baskenland und Katalonien beim Finanzausgleich unterschiedlich behandelt werden, erklärt sich aus ihrem jeweiligen Anteil am BIP Spaniens: Madrid war gegenüber dem Baskenland entgegenkommender, weil es ohnehin nur 5 Prozent beiträgt, bei Katalonien geht es dagegen um 20 Prozent. Außerdem wurde die baskische Quote in einem von der ETA geprägten Kontext beschlossen.

Jedoch versinken beide Länder und beide Eliten, die jetzt miteinander konkurrieren, in der gleichen Korruptionswelle, sie betreiben die gleiche Vetternwirtschaft, setzen die gleiche Spar- und Privatisierungspolitik durch und sind gleichermaßen für prekäre Beschäftigungsverhältnisse verantwortlich. Die herrschende katalanische Klasse, die die Unabhängigkeitsbewegung anführt, weist kaum Unterschiede zu der in Madrid auf, weder was die Repression angeht – für die es zahllose Beispiele aus den letzten Jahrzehnten gibt: Zwangsräumungen, Räumungen besetzter Häuser, Polizeigewalt und Strafverfolgung bei Generalstreiks, Arbeitskämpfen, Platzbesetzungen etc. – noch in ihrem konservativen Charakter und manipulativen Umgang mit der sozialen Frage.

Offensichtlich wurde diese Haltung bei der Vereinnahmung des Generalstreiks vom 3. Oktober 2017. Nicht nur wurde sein sozialer Gehalt durch die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen ersetzt – gemeint waren die inhaftierten Anführerinnen der Unabhängigkeitsbewegung –, der Gedanke des Generalstreiks wurde durch die Losung des »Stillstands des Landes« (*Paro Nacional*) grundsätzlich ad

absurdum geführt und in eine harmlose zivilgesellschaftliche Aktion verwandelt.

Kennzeichnend für die gesamte Entwicklung ist ein Paradoxon: Obwohl die Proletarisierung der katalanischen Mittelschichten die tiefere Ursache der gesellschaftlichen Mobilisierung ist, fehlt die Klassenperspektive oder ist dem nationalen Konflikt untergeordnet. Junge Menschen, die Opfer der grassierenden Prekarität sind, wollen die eigene Proletarisierung nicht anerkennen und kämpfen stattdessen für die Unabhängigkeit, von der sie sich – nicht anders als ihre Eltern – Chancen auf sozialen Aufstieg versprechen.

Auf der anderen Seite führt die Kampagne der spanischen nationalistischen Parteien die Gefahr der Unabhängigkeit Kataloniens für Renten, Beschäftigung, Bildung etc. an, um Teile der nicht-katalanischen arbeitenden Bevölkerung für den spanischen Nationalismus zu begeistern. Beginnend mit den beiden pro-spanischen Demonstrationen am 5. und 12. Oktober, die zeigen sollten, dass die Straßen nicht den Unabhängigkeitsbefürwortern gehören, haben spanische Nationalisten versucht, die arbeitende Bevölkerung für sich zu gewinnen, die sich bisher vom nationalistischen Konflikt mehrheitlich fernhielt.

Die sozialen Ursachen der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung sind unbestreitbar – ihr Aufstieg ging mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise einher –, doch sie folgt auch einem emotionalen Impuls, der sich aus dem legitimen Wunsch nach Selbstbestimmung des Landes nährt. Dieser Impuls ist aber zu einer Fiktion geworden, zu einem riesigen Hirngespinst, das die Institutionen der Regionalregierung medial-spektakulär nach Kräften am Leben halten. Der »konstituierende Prozess« der Katalanischen Republik hat eine grundlegende emotionale Komponente, er ist in der Lage, Massen zu mobilisieren. Andererseits sind die Grenzen seiner praktischen Umsetzung in der gegenwärtigen sozialen und politischen Realität deutlich geworden. Die Sackgasse, in der die Unabhängigkeitsbewegung sich jetzt befindet, ist nicht nur der Inkompetenz und Abenteuerlust ihrer Führungsfiguren geschuldet. Sie offenbart vor allem, dass das Projekt der Schaffung eines Nationalstaates in

einer historischen Situation hinfällig wird, die durch den transnationalen Staat gekennzeichnet ist – durch eine territoriale Verwaltung, die den Erfordernissen der transnationalen Kapitalakkumulation unterworfen ist.

Jenseits der radikalen Rhetorik, die die Minderheitenströmung um die CUP verbreitet, hat die Bewegung für eine katalanische Republik keinerlei antikapitalistische Ausrichtung. Auch aus diesem Grund wird der Konflikt zwischen spanischer und katalanischer Regierung vom Großteil der Arbeiterinnenklasse, die weitgehend aus Zugewanderten besteht, weiterhin mit Gleichgültigkeit betrachtet. Nach den Wahlen vom 21. Dezember besteht die Pattsituation zwischen spanischen und katalanischen Nationalisten weiter; der Konflikt wird auf politischer und rechtlicher Ebene anhalten, ohne dass sich eine Lösung abzeichnet. Dazu trägt auch die eindeutige Unterstützung des spanischen Staates seitens der europäischen Länder bei.

Wir befinden uns in einer Situation des politischen Stillstands, geprägt von einem instabilen Gleichgewicht. Nur wenn die unvermeidliche Verschärfung der Krise die soziale Frage auf die Tagesordnung setzt, kann sich diese Situation ändern – weg von der Problematik der nationalen Selbstbestimmung und hin zu der Frage, wie sich die Klasse eigenmächtig als Akteur konstituieren kann. Nur so können wir der Sackgasse der nationalen Frage entkommen, die der Tradition des Nationalstaates, einem Produkt der aufsteigenden Phase des Kapitalismus, verhaftet bleibt; einer Tradition, mit der es unter den gegenwärtigen Bedingungen einer allgemeinen Krise des Kapitals kaum möglich sein wird, soziale Emanzipation im historisch überlieferten Sinne von Klassenautonomie wenigstens zu versuchen. ■

Corsino Vela



ERINNERUNGEN AN PETER RAMBAUSECK

Unser Freund und Genosse Peter Rambauseck ist am 26. Juli 2016 mit 82 Jahren gestorben. An Peter soll – auch zu diesem späten Zeitpunkt – noch einmal erinnert werden. Zum einen, weil er als radikal gebliebener 68er seine Erfahrungen im umfassenden Sinne an uns Nachgeborene weitergegeben hat, weil aus ihm, mit analytischer Schärfe artikuliert, immer wieder hervorschimmerte, auch immer wieder hervorplatzte, worin die eigentliche Kraft dieses letzten weltweiten revolutionären Aufbruchs bestanden haben mag. In Peter tummelten sich mit der Lust am Widerspruch, der Unversöhntheit mit der ganzen alten Scheiße, auch zuweilen dem bewussten Abgleitenlassen ins Kindisch-Patzige, bis zuletzt alle Energien der antiautoritären Revolte, weder durch das Denunziantentum des Renegaten noch durch rot-grünes Schulterklopfen neutralisiert.

Wie bleibt man als Antiautoritärer ein Leben lang unversöhnt und der Sache treu? Wie erinnert man an Verstorbene? »Wir« haben kein Mausoleum, keine Monumente und Huldigungsfibeln; »wir« haben keine Partei, keinen Katechismus, der den revolutionären Drang sterilisiert, einbalsamiert und über die Jahrhunderte haltbar macht. Wenn Peter Vorbild war (was er nicht sein wollte), dann in Bezug auf die fast unlösbare Aufgabe, einer Sache treu zu bleiben, ohne sie und sich in den gläsernen Sarg des Dogmatismus einzusperren.

In Peters Leben spiegelt sich ein knappes Jahrhundert linker Geschichte in Deutschland mit ihren Katastrophen und ihren großartigen Episoden, die dazu führen, dass wir heute überhaupt noch weitermachen können. Er kam aus einem kommunistisch-proletarischen Haushalt, sein Vater Hans Janocha war Anstreicher und hatte das »Malerhandwerk in einer kleinen Stadt gelernt, wo es mehr Prügel als Essen gab«, so Peter. In der Zeit der Weimarer Republik war er in Berlin als KPD-Rowdy bekannt, der im Rotfrontkämpferbund mit viel Akribie und Passion Nazis aufs Korn nahm. Nach deren Machtantritt wurde er von der SA als einer der ersten in ein improvisiertes KZ verfrachtet und dort schwer misshandelt. Kurz nach Peters Geburt 1934 emigrierte er nach Prag und schloss sich der Thälmann-Kolonne der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg an. Im August 1938 ist er am Ebro gefallen. Peters Mutter, die Stenotypistin Charlotte Rambauseck, war ebenso

in der KPD aktiv. Um sich an der Moskauer Lenin-Schule für den parteiinternen Geheimdienst und den antifaschistischen Widerstand ausbilden zu lassen, gab sie ihren einjährigen Sohn zu einer Pflegemutter. Auch sie sah Peter nie wieder.

1941 begann für Peter die lange und leidvolle Zeit der Kinderlandverschickung. Die Odyssee durch die Heime des Nationalsozialismus führte ihn nach Thüringen, Ostpreußen, Pommern, Dänemark und die Tschechoslowakei. Die Organisation der Anstalten basierte auf den Prinzipien von Drill und Brechung: Die Knaben hatten Uniformen zu tragen, wenn im Spind und im Bett nicht alles auf Kante lag, setzte es Stubenkeile und die vom Regiment der Angst zwangsläufig produzierten Bettnässer mussten sich mit ihrem fleckigen Bettlaken zur Strafe im Heimhof zur Schau stellen.

Angesichts dieses Dauerfeuers an Gewalt und angesichts des rastlosen Weg- und Weitergegebenwerdens erschien der Verlust der Eltern erst recht als schwärende Wunde, die Peter zeit seines Lebens schmerzte. Es scheint, als sei in dieser Zeit der Keim für Peters lebenslange Revolte gegen den Autoritarismus und für die Empfindsamkeit gepflanzt worden – als der nationalsozialistische Staat in den letzen Kriegswochen zusammenbrach und sich die Kinder auf Zugdächern und Trittbrettern unter dem Bombardement der Alliierten über Felder, durch Wälder und Ruinenstädte aus Bayern allein nach Berlin durchschlagen mussten, kam möglicherweise noch die Überzeugung dazu, dass noch der Elendste am Ende selbst für sein Schicksal zu kämpfen habe.

Nach Kriegsende machte Peter, von Spanienkämpfern unter ihre Fittiche genommen, in der DDR eine Schlosserausbildung und eiferte seinem Vater, dem unbekannten Helden, nach: Auch weil er, wie er einmal vermutete, »Angst hatte, allein leben zu müssen«, verpflichtete er sich zur Kasernierten Volkspolizei, die er jedoch bald als Knast wahrnahm. Auch wenn Peter immer hohe Wertschätzung dafür bewahrte, in der DDR trotz beziehungsweise wegen seines proletarischen Hintergrunds schulisch gefördert und zum Studium zugelassen worden zu sein, präsentierte sich ihm der realsozialistische Staat bald als passivierend und beengend. Die totale Organisation

der Gesellschaft und ihre repressiven Institutionen empfand er als Kontinuität zu bestimmten Elementen des Nationalsozialismus. Der gläserne Sarg, in dem die Heldengeschichten konserviert waren, bekam Risse. In dem Moment konstituierte sich eine innere Gewissheit, dass mit dem Anliegen der Emanzipation für ihn selbst etwas zu gewinnen sein müsse, dass mit ihr für ihn ganz persönlich etwas auf dem Spiel stehen würde. Kurz nach dem Mauerbau beging er mit dem gefälschten Ausweis eines US-Soldaten Republikflucht in Richtung Westberlin und begann dort ein Studium der Politikwissenschaft, um, wie er es nannte, »Vergangenheitsbewältigung zu betreiben«. Im SDS, genauer: in der Anschlag-Gruppe um Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Dieter Kunzelmann, fand er eine Organisation, die seinen Kampf gegen den Panzer der Existenz gesellschaftlich führen wollte. Vor der Politikwissenschaft hatte er sich kurz an einem Medizinstudium versucht, in dem er sich als Ostberliner Arbeiterkind angesichts der Übermacht von Bürgerkindern aber verloren fühlte. Auch im SDS schien er als Prolet am falschen Platz zu sein, doch anders als bei den Medizinern ließ er sich hier durch Adorniten-Jargon und Hahnenkämpfe nicht in die Position relegieren, die die bürgerliche Gesellschaft für Leute seiner Herkunft vorgesehen hat. In einem Interview beschrieb er diesen Aneignungsprozess von Wissen und Haltung als eigentliche Befreiung seines Lebens: »Dann fing ich auf Grund meines zunehmenden Selbstvertrauens auch an, mich mehr zu trauen, also Fragen zu stellen, ohne Angst zu haben, als der Blöde dazustehen.« Die Bewegung mit ihren Hoffnungen wurde Peter zum Identifikationspol und prägte seinen Habitus bis in die letzten Tage. Bei aller geistigen Beweglichkeit hatte man – sei es in der Art, wie er den Bügelverschluss von einer Bierflasche abschlug oder wie er nach Hippiemanier eine Handhöhle um den Joint legte – mit ihm irgendwie immer einen Mittdreißiger aus dem Jahr 1968 vor sich. Das betraf zuweilen auch bei manchen Diskussionen und Themen, von deren Sinn er nicht überzeugt war, seinen barschen, ablehnenden Ton, der noch aus den Männerrunden des SDS herüberzuhallen schien. Mit dem antiautoritären Aufbruch als universalistischer Befreiung hatte Peter etwas gefunden, an dem festzuhalten ihm existenziell schien. Dieser Aufbruch war für ihn so bedeutend, dass er Strömungen wie die Frauenbewegung bisweilen mit Ignoranz bis Ablehnung strafte.

Als sich auch im SDS die Überzeugung durchzusetzen begann, dass für eine kommunistische Revolution auch Arbeiter von Belang sein könnten, wurde der »authentischen« Stimme des Genossen »Ramba« immer mehr Gewicht beigemessen; eine Instrumentalisierung, der er sich strikt verweigerte, da er selbst am besten wusste, wie wenig Anlass zum Idealisieren die *condition prolétarienne* bietet. Die sich ausbreitende Arbeitertümelei unter Bürgerkindern, die plötzliche Kultivierung einer anbiedernd volksnahen Sprache, betrachtete er als eine Mischung aus »Masochismus und Hochmut« – ein Urteil, das ihn insbesondere in konsequente Gegnerschaft zu dem bald einsetzenden Gründungsfieber der stalino-mönchischen K-Gruppen versetzte und von ihm auf der Gründungsversammlung der KPD/AO durch einen Mehlbeutelanschlag auf den frisch gekürten Vorsitzenden Christian Semler auch praktisch unterstrichen wurde.

Mit der sich konstituierenden RAF, der Bewegung 2. Juni und anderer militanter Gruppen, unter denen er viele Freunde hatte, teilte er die Auffassung, dass der Kampf für eine bessere Gesellschaft eine persönlich verpflichtende, eben existenzielle Angelegenheit sei. Ihre Strategie, durch das voluntaristische Zündeln direkt das Feuer an die Lunte des Klassenwiderspruchs legen zu wollen, empfand er hingegen als Anmaßung. Er entschied sich für eine »indirekte Propaganda der Tat«, wie er es später nannte. In der Basisgruppe Wedding sollten in der Nähe zu den Arbeitern von Telefunken und AEG neue gemeinschaftliche Verkehrsformen als Antizipation der befreiten Gesellschaft ausprobiert werden: So richteten die Genossen in einem Ladenlokal einen Versammlungsraum mit Bibliothek ein und zeigten Präsenz, ohne die eigenen Anliegen zu verschleiern und hintenanzustellen. Und tatsächlich wurde der Ort ein Anziehungspunkt für jüngere Arbeiter, die dort trotz aller Medienhetze doch etwas zu erkennen vermochten, was auch sie anging. Peters Szenebekanntheit und Umtriebigkeit im Sponti-Milieu führten ab 1970 dazu, dass sich die Stasi dafür interessierte, den – wie es in seiner 140-seitigen Akte gut kadersozialistisch heißt – zum »Führungskreis der Antiautoritären« gehörenden Kritiker jeder Führung »politisch abzuschöpfen«, also durch ihn Informationen über die linksradikale Szene Westberlins sammeln zu lassen.

Der Anwerbeversuch ist ein Lehrstück in widerwärtiger manipulativer Praxis des »Roten Faschismus« (Otto Rühle), der Peter in all seiner Abscheu bestätigen musste. Die Staatssicherheit hatte die verlorene Kindheit als psychologische Achillesferse ausgemacht und einen alten Spanienkämpfer aufgetan, der Peter damals eine Art Vaterersatz gewesen war. Dieser sollte, vorgeblich persönlich motiviert, Kontakt zu Peter aufnehmen und auskundschaften, ob er – angesichts des Schicksals seines Vaters – bezüglich der eigenen Republikflucht ein »Schuldgefühl gegenüber der DDR hat und bereit ist, [dies] wieder gut zu machen«. Der Kontaktbeamte im Ministerium für Staatssicherheit notiert lakonisch die Früchte der Aktion: »Die KP ›Spanier‹ und seine Ehefrau wurden von der HP ›Rotgardist‹ [so Petters Chiffre] herzlich empfangen. Die HP war sehr bewegt von diesem Wiedersehen.« Vier Jahre versuchte die Stasi, »Rotgardist« über die Bewirtschaftung seines Kindheitstraumas zu Aussagen über seine politischen Zusammenhänge zu bewegen, doch Peter bediente alle Vorurteile, die einem stalinistischen Funktionär über Gammler und Anarchisten in den Sinn kommen konnten: Dezidierte Fragen beantwortete er ausweichend und zögerlich, Treffen verpasste er vermeintlich aus Nachlässigkeit. Frustriert wurde der mit enormem Aufwand betriebene Anwerbungsversuch »nach Kenntnis seiner Mentalität« 1974 abgebrochen.

Diese »Mentalität« ließ Peter als Organisator des Westberliner »Kronstadt-Kongresses« (1971), in Initiativen für das besetzte Georg-von-Rauch-Haus und als Mitherausgeber der Zeitschrift *Die soziale Revolution ist keine Parteisache* (1971–1972), einem ideellen Vorläufer von *Kosmoprolet*, aktiv werden. Neben der Beschäftigung mit der kommunistischen Dissidenz, vor allem mit dem Rätekommunismus, befasste er sich, inspiriert von der Marcuse'schen Randgruppentheorie sowie Ulrike Meinhofs *Bambule* und angetrieben von seinen eigenen Kindheitserfahrungen, mit emanzipatorischer Pädagogik und versuchte dabei seinen Erkenntnissen eine praktische Form zu geben: In der von ihm über Jahre mitbetriebenen »Werkschule« lebten Erwachsene unter anderem mit aus Heimen geflohenen Jugendlichen, um gleichberechtigt zusammen zu lernen, zu arbeiten und den Kopf etwas aus dem Dreck der subalternen Existenz herauszurecken.

Mit Anfang Siebzig stieß Peter dann zum *Kosmoprolet*-Kreis, fuhr zu Arbeitstreffen, referierte auf Veranstaltungen, genau wie die Jahrzehnte zuvor. Er lud uns zu Diskussionstreffen in seine selbst in Stand gesetzte Datsche in Mecklenburg-Vorpommern ein, bewirtete uns in seiner Parterrewohnung im Wedding mit selbstgebackenem Kuchen und bot angereisten Genossen aus dem Ausland Obdach. Es war immer spürbar, dass in dieser Warmherzigkeit noch einmal die Hoffnung auf eine Reaktivierung der umfassenden Sozialbeziehungen des antiautoritären Aufbruchs aufkeimte, unter deren Verschwinden Peter in den tristen 1990er und 2000er gelitten hatte. In Gesprächen am Kneipentisch erzählte er dann auch wieder öfter von der Leerstelle, die seine nie gekannten Eltern hinterlassen hatten, und von der Bitterkeit, die eine Entdeckung nach der Wende bei ihm auslöste: Entgegen der Annahme war seine Mutter nicht von der Gestapo ermordet worden, sondern hatte bis zu ihrem Tod Anfang der 1990er in Westdeutschland gelebt, nachdem sie wegen Trotzkismus-Verdachts aus der KPD ausgeschlossen worden war.

Als Peter dann während der langen Leidenszeit vor seinem Tod im Krankenhaus aus unserem Kreis Ulrike Heiders Buch *Vögeln ist schön. Die Sexrevolte von 1968 und was von ihr bleibt* geschenkt bekam und es mit großer Lust las und vielleicht mit noch mehr Lust gut sichtbar auf seinem Nachttisch drapierte, konnte man an der Irritation des gut vierzig Jahre jüngeren Pflegepersonals ablesen, dass es sich bei 1968 – erst recht bei dem, um das es Peter ging – nie um eine Jugendrevolte oder einen Generationenkonflikt gehandelt hatte, sondern um ein umfassendes Lebensprojekt, gespeist aus der Glut der innersten Bedürfnisse. Peter war ein Mitleidender, der den schwachen und beschädigten Menschen zum Ausgangspunkt für sein Nachdenken über Gesellschaft machte. Die Revolution wäre in dieser Perspektive, in Anlehnung an ein Kafka-Wort, die Axt für das gefrorene Meer in uns, und politisch gewendet: die Axt, um Risse in den gläsernen Sarg zu schlagen. ■

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft



KOSMOPROLET

»So hermetisch, wie das Ganze erscheint, ist es nicht: Das nationale und rechte Bewusstsein erweist sich unter Bedingungen der Ausweglosigkeit als sehr zäh, ist aber abseits der ganz Bornierten Stückwerk, konfus und brüchig. Wir glauben nicht, dass es demnächst besser wird, aber es k a n n besser werden.«

KOSMOPROLET 5